



VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe 1-2013



Baden-Württemberg

Beirat für Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung nimmt Arbeit auf

Stuttgart 23.01.2013: Die Arbeit an dem von Sozialministerin Katrin Altpeter auf den Weg gebrachten Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung nimmt Fahrt auf. Mit der Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Beirats für den Aktionsplan hat die Ministerin heute (23. Januar) in

Stuttgart den Startschuss für mehr Gleichstellung und Akzeptanz aller sexuellen Identitäten in Baden-Württemberg gegeben. In dem Beirat will Altpeter gemeinsam mit Lesben, Schwulen, Bisexualen, Transgenders, Transsexuellen und Intersexuellen (LSBTII) für den Aktionsplan konkrete Handlungskonzepte erarbeiten, wie Vorurteile abgebaut und Baden-Württemberg zu einem Vorreiter für Vielfalt und Offenheit gemacht werden kann.



„Die Zeit des Wegsehens bei Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ist endgültig vorbei“, sagte die Ministerin.

Es sei erklärt Ziel der Landesregierung, gegen bestehende Ungleichbehandlungen in der Gesellschaft vorzugehen.



Auf ihrer ersten Sitzung wollen sich die Beiratsmitglieder auf die Handlungsfelder verständigen, die künftig von verschiedenen Arbeitsgruppen bearbeitet werden sollen. Dabei geht es z. B. um sexuelle Diskriminierung in der Arbeitswelt, aber auch in der Schule oder in der Freizeit, um Gewaltprävention und Partizipation. „Homo- und Transphobie müssen wir in allen Lebensphasen und Lebensbereichen entgegenwirken“, betonte Ministerin Altpeter. „Mit den Handlungsfeldern und der Zusammensetzung

des Beirats gelingt uns das“ so die Ministerin weiter. Der Beirat setzt sich zusammen aus Vertretern aller Landesministerien, des Landesnetzwerks LSBTTI, der Landtagsfraktionen, der Kommunalen Landesverbände, der LIGA der freien Wohlfahrtspflege, der Aidshilfe Baden-Württemberg und des Landesgesundheitsamtes.

Besonders erfreut zeigte sich Altpeter über die starke Einbindung der LSBTTI-Community in die Arbeit am Aktionsplan. „Sie machen die Erarbeitung des Aktionsplans überhaupt erst möglich“, so die Ministerin. Im Oktober 2012 hatten über 40 Vereine und Initiativen aus ganz Baden-Württemberg das LSBTTI-Netzwerk gegründet. Es soll nicht nur die Zusammenarbeit der Initiativen untereinander verbessern, sondern auch den Austausch mit der Politik intensivieren. „Ich bin sicher, dass es dem Landesnetzwerk gelingen wird, die Bevölkerung über die Belange der Menschen aus der LSBTTI-Community aufzuklären und zu sensibilisieren“, ergänzte Altpeter.

Quelle: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Politik des `gehört Werdens` auch bei Themen wie gleichgeschlechtliche Vielfalt und sexuelle Orientierungen // Inhaltliche Arbeit muss unverzüglich beginnen

Stuttgart, 28. 01. 2013: Am Mittwoch, den 23. Januar 2013 tagte erstmals der Beirat zum Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung der Landesregierung (vgl. Pressemitteilung Nr. 012/2013, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren). Mit der konstituierenden Sitzung des neu geschaffenen Gremiums fiel der Startschuss für eine bis 2015 angelegte, intensive Zusammenarbeit. Klares Ziel: ein "Klimawandel" in der Gesellschaft. Für die Gemeinschaft von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender-Personen, trans- und intersexuellen sowie queeren Menschen (LSBTTIQ) kann dies zu einem wahren Meilenstein werden. Die vielbeschorene Politik

des "gehört Werdens" hat so erstmals die Chance, auch bei bisher in Baden-Württemberg vergessenen Bevölkerungsgruppen Anwendung zu finden.

Mit dem Aktionsplan wird seit der Ankündigung im grün-roten Koalitionsvertrag im Jahr 2011 die große Hoffnung verbunden, einen anhaltenden Veränderungsprozess im Land anzustoßen, welcher am Ende zu einem nachhaltigen Umdenken in den Köpfen der Menschen mündet. Respektvoller Umgang mit der Vielgestaltigkeit von Geschlecht und sexueller Orientierung in landespolitischen Verantwortungsbereichen, wie Schulplänen und Gesetzen, sind ein Maßstab für den Erfolg des Aktionsplanes. Die Unterstützung beim Prozess des Sichtbarwerdens ein anderer.

Die vielfältige Besetzung des knapp 40-köpfigen Beirats mit Vertreter_innen aller Landesministerien, des Landesnetzwerks LSBTTIQ, der Landtagsfraktionen, der Kommunalen Landesverbände, der LIGA der freien Wohlfahrtspflege, der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg und des Landesgesundheitsamtes weist in die richtige Richtung. Das Landesnetzwerk begrüßt die Zusage des Ministeriums, dass getreu der Maxime "Der Weg ist das Ziel" bereits bei der Ausarbeitung des Aktionsplans vieles zeitnah umgesetzt werden soll was zu einer merklichen Verbesserung der Lebenssituation von LSBTTIQ beiträgt.

Als übergeordnete Handlungsfelder wurden dazu im Beirat am 23.01. folgende Oberbegriffe definiert:

- > Kinder, Jugend, ältere Menschen, Familie Bildung und Aufklärung
- > Gesundheit und Pflege Arbeitswelt und Soziales, Gewaltprävention und
- > Justiz, Gesellschaft, Religion und Partizipation Kultur, Medien und
- > Sport

Um zielgerichtet der immer noch vorhandenen Homo- und Transphobie entgegenzuwirken, ist in jedem Fall ein ganzheitlicher Blick notwendig. Ergänzend zu den vom Beirat benannten Handlungsfeldern werden für die LSBTTIQ Gemeinschaft weitere Themenblöcke wie Migration und Integration, Geschichtsaufarbeitung und Erinnerungskultur sowie die spezifische Situation von Trans- und Intersexualität eine entscheidende Rolle spielen.

Das Landesnetzwerk hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung, mit dem federführenden Sozialministerium, gewillt scheint, diesen wichtigen gesellschaftlichen Veränderungsprozess voranzubringen und die im Koalitionsvertrag angekündigte Vorreiterrolle zu übernehmen. Die mehr als 60 im neugegründeten Landesnetzwerk organisierten Gruppen, Vereine und Initiativen sind bereit zur aktiven Mitarbeit und stellen ihre fundierte, vielfältige und zumeist jahrelang aufgebaute Expertise zur Verfügung.

Diese Einbindung zivilgesellschaftlichen Engagements ist eine gute Basis und unverzichtbare Grundvoraussetzung für das Gelingen des gesamten Aktionsplans. Bemerkenswert ist dabei, dass das Landesnetzwerk LSBTTIQ bisher nur über ehrenamtliche Strukturen verfügt. Eine angemessene Ausstattung mit Finanzmitteln ist zumindest mittelfristig unausweichlich. Ebenso gilt es, von Seiten der Landesregierung möglichst schnell klare Arbeitsstrukturen für die künftige Zusammenarbeit am Aktionsplan zu entwickeln und einen detaillierten Zeitplan mit eindeutigen Fixpunkten bis 2015 zu entwerfen.

Das nächste landesweite Netzwerktreffen findet am Sonntag, den 24. Februar 2013 in Freiburg statt. LSBTIQ-Gruppen, -Vereine und -Initiativen, die an Vernetzung sowie gesellschaftspolitischer Arbeit in Baden-Württemberg interessiert sind, sind herzlich eingeladen teilzunehmen.

Über das Landesnetzwerk: Das Landesnetzwerk LSBTIQ Baden-Württemberg ist ein überparteilicher und weltanschaulich nicht gebundener Zusammenschluss von lesbisch-schwul-bisexuell-transsexuell-transgender-intersexuell und queer (LSBTIQ) Gruppen, Vereinen und Initiativen. Das Netzwerk zeigt damit bereits die Vielfalt und die Vielgestaltigkeit von Geschlecht und sexueller Orientierungen. Ziel des Landesnetzwerks ist es, die Zusammenarbeit der verschiedenen LSBTIQ-Mitgliedsgruppen auf Landesebene zu fördern und den Erfahrungsaustausch zu intensivieren, zu zentralen Themen gemeinsame Positionen zu erarbeiten und gegenüber landespolitischen Entscheidungstragenden zu vertreten. Dabei greift das Netzwerk auf die vorhandenen Kompetenzen und Expertisen der Mitglieder zurück. Die Bündelung der Aktivitäten vor Ort erbringt Synergieeffekte, die den gesellschaftlichen Beitrag der Mitgliedsgruppen wirkungsvoller gestaltet. Die Eigenständigkeit jedes Mitglieds wird respektiert und alle Mitglieder arbeiten gleichberechtigt.

In Kürze wird unter www.netzwerk-lsbtiq.de eine Website mit weiteren Informationen eingerichtet.

LSBTIQ: Die Abkürzung steht für die einzelnen Richtungen in der vielfältigen Regenbogen-Gemeinschaft - lesbisch (L), schwul (S), bisexuell (B), transgender (T), transsexuell (T), intersexuell (I), queer (Q)

Quelle: PM Landesnetzwerk

Steuerrecht – FDP `Dreikönigstreffen in Stuttgart`

Aktivistinnen und Aktivisten vom LSVD und VelsPol-BW haben am Sonntag (06.01.2013) vor der Stuttgarter Oper für eine Gleichstellung im Steuerrecht demonstriert. (Karen Seiter stv. Landesvorsitzende VelsPol-BW e.V.) im Gespräch mit Außenminister Westerwelle.



National / International

EGPA – Konferenz 2014



Das Mitarbeiternetzwerk VelsPol-Deutschland e.V. lädt zur Teilnahme an der

7. EGPA-Konferenz im Jahr 2014 nach Berlin ein.

Alle zwei Jahre kommen LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) Polizeibedienstete, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Polizeibehörden aus ganz Europa, anlässlich der internationalen EGPA-Konferenz (European Gay Police Association) zusammen.

Die 7. EGPA-Konferenz findet vom 18. bis 21.06.2014 in der Bundeshauptstadt Berlin statt und wird vom Mitarbeiternetzwerk VelsPol-Deutschland e.V. organisiert und ausgerichtet.

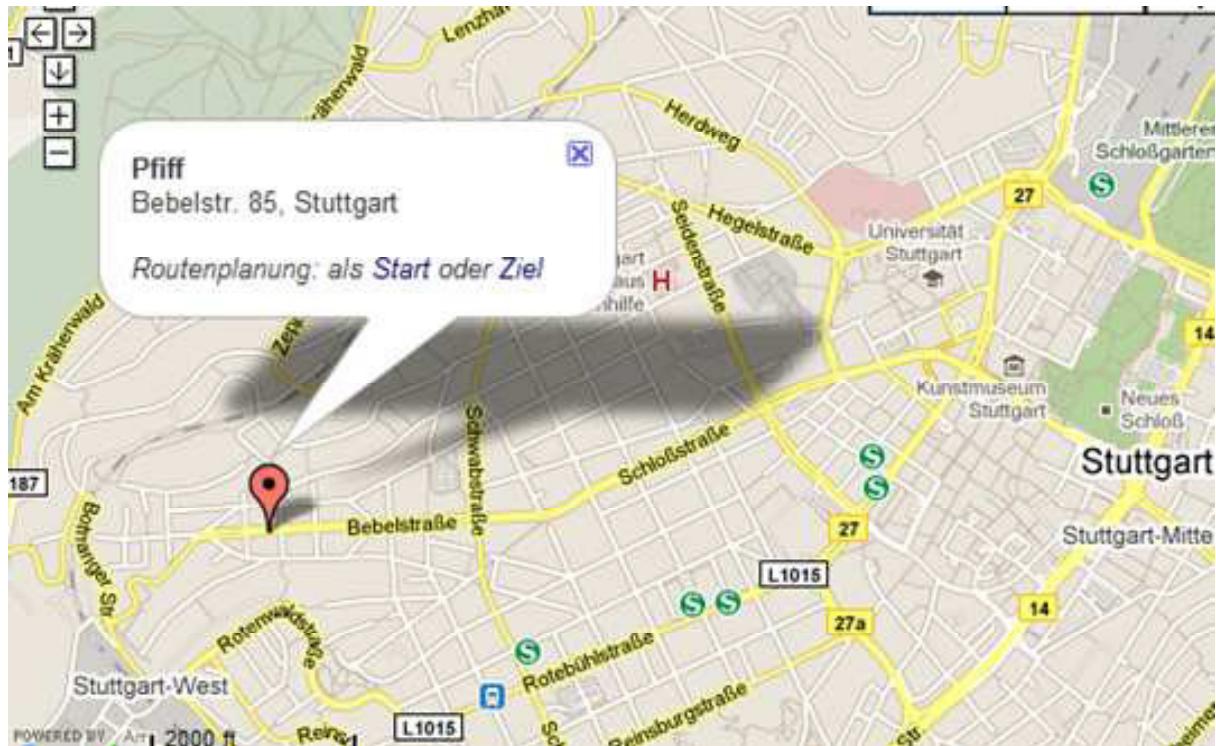
www.egpa2014.com.

Bundesseminar 2013

Das nächste Bundesseminar findet vom 17.07. bis 21.07.2013 in Frankfurt statt. Die Planungen durch die Landesgruppe VelsPol-Hessen sind bereits sehr weit fortgeschritten. Für die Eröffnungsveranstaltung können wir mit einer Überraschung rechnen. Nähere Informationen zum Seminar folgen demnächst.

Stammtischtermine

Der nächste Stammtisch findet am Freitag 15.02.2013, 20.00 Uhr im Restaurant 'Pfiff' statt;



Stammtischtermine 2013:

15.02.2013

08.03.2013

05.04.2013

03.05.2013

21.06.2013

05.07.2013

02.08.2013

06.09.2013

04.10.2013



Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

Mitgliedsantrag

() Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
() Fördermitgliedschaft

Name	Vorname
Strasse	
PLZ/Wohnort	
E-Mail	
Telefon _____	Jahresbeitrag _____ Euro
() Einzugsermächtigung	
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.	
Konto-Nr.:	
BLZ:	
Kreditinstitut	
Datum, Unterschrift	

() ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Impressum

Redaktion	Thomas Ulmer	Karen Seiter
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	



VelsPol -

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe 2-2013



Baden-Württemberg

Filmstart 'Freier Fall' am 24.05.2013 in Offenburg

Zum bundesweiten Filmstart beteiligt sich VelsPol-BW e.V. mit einem Infostand und Diskussionsbeiträgen an der Filmaufführung im Forum-Kino in Offenburg. VelsPol-BW e.V. hat sich im vergangenen Jahr an Beratungen der Produktionsfirma aus Baden-Baden zu diesem Film beteiligt.

Der Film handelt zwar von einem Männerpaar, aber Mitglieder (beiderlei Geschlechts) die sich am Infostand beteiligen wollen sind aufgerufen sich unter vorstand@velspol-bw.de zu melden.

Rückmeldungen, die bis zum 08.05.2013 eintreffen erhalten zudem freien Eintritt zur Filmvorführung.



Folgender Ablauf ist geplant:

18.00 Uhr Aufbau Infostand

19.00 Uhr Infostand im Foyer des Kinos

Ca. 21.00 Uhr Diskussion

22.00 Uhr Filmstart

Inhalt:

Karriereaussichten bei der Bereitschaftspolizei, Nachwuchs unterwegs, die Doppelhaushälfte von den Eltern vorfinanziert: Marcs Leben ist gut eingerichtet. Doch dann lernt er bei einer Fortbildung den Kollegen Kay kennen. Beim gemeinsamen Lauftraining lernt Marc ein neues Gefühl von Leichtigkeit kennen – und wie es ist, Gefühle für einen Mann zu entwickeln. Hin- und hergerissen zwischen der ihm vertrauten Welt und dem Rausch der neuen Erfahrung gerät ihm sein Leben zusehends außer Kontrolle. Im freien Fall kann Marc es dann niemandem mehr recht machen. Am wenigsten sich selbst.

Drama um ein relativ spätes Coming Out, zu einem Zeitpunkt als bereits entscheidende Weichen im Leben gestellt sind. Ohne zu werten oder seine Figuren zu verurteilen, erzählt Stephan Lacant in seinem ersten Spielfilm die Geschichte eines Mannes, der aus seiner überschaubaren Welt fällt. Die fulminanten schauspielerischen Leistungen von Hanno Koffler (UNTER STROM), Max Riemelt (NAPOLA) und Katharina Schüttler vermitteln auf emotionale Weise, was es heißt, wenn Lebensentwürfe zu Bruch gehen und es keinen Weg mehr gibt, den Menschen, die man liebt, gerecht zu werden.

Regiestatement von Stephen Lacant: "Als Co-Autor Karsten Dahlem und ich uns vor drei Jahren kennen lernten und er mir von Mobbingfällen an homosexuellen Kollegen erzählte, die er während seiner Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei beobachtete, entschlossen wir uns, dieses Thema gemeinsam in einem Film zu behandeln. Trotz nach außen hin sichtbarer Reformen ist die Polizei immer noch in maskulin dominierten, konservativen Strukturen verhaftet. Mich reizt an unserem Zugang zum Stoff besonders, dass wir den erzählerischen Schwerpunkt anders gelagert haben, als vielleicht zu erwarten wäre. Er liegt nicht auf der Liebe zweier Männer in einem Umfeld, in dem Schwulsein ein Tabu darstellt, sondern vielmehr auf Marcs Zerrissenheit zwischen zwei unvereinbaren Polen: der Wucht der Vaterschaft und seines frischen Familienglücks mit Bettina auf der einen und der Kraft der aufkeimenden Liebe zu Kay auf der anderen Seite. Auch wenn Homosexualität thematisch mitschwingt, geht es mir vorrangig darum, die dahinterliegende, archetypische Konfliktlage aus Liebe, Hass, Verleugnung und Selbstfindung auszuloten, unsere Charaktere mit all ihren Ängsten und Hoffnungen ernst zu nehmen und menschlich begreifbar zu machen."

Männer-Magazin zum Film

MÄNNER | THEMA



„DAS VERSTECKSPIEL ‘GING MIR IRGENDWANN AUF DIE NERVEN“

Der Film „Freier Fall“ zeigt den Alltag und die Probleme schwuler Polizisten. Aber wie sieht die Realität aus? Gar nicht mal so schlecht, sagen unsere Gesprächspartner von VelsPol, dem Verein für lesbische und schwule Polizeibedienstete TEXT: TIMO GERLING

Da waren sie, in flagrant! Zwei dunkle Gestalten in einem abgestellten Auto, mitten auf dem Parkplatz der Kölner Innenstadt, wo Nachts zuletzt immer wieder Autos geknackt worden waren. Vermutlich warteten sie nur darauf, die nächste Luxuskarosse aufzubrechen. Aber diesmal nicht!

Der Beamte steuerte seinen Streifenwagen direkt auf das Auto zu, um die Diebe hochzunehmen. Doch im Scheinwerferkegel sah er, wie die Gestalten sich hastig aus einer engen Umarmung lösten – zwei Männer! Der Beamte stieg aus, genau wie einer der Männer. Und der

Beamte bekam den Schock seines Lebens. „Stephan...?!“ Vor ihm stand sein Chef, Hauptkommissar Kehr, den er bis dahin ganz sicher für heterosexuell gehalten hatte.

Zehn Jahre später erzählt Stephan Kehr die Parkplatz-Geschichte als Coming-Out-Anekdot - und amüsiert sich besonders über die Verblüffung des Streifenbeamten: „Dem ist alles aus dem Gesicht gefallen!“ Der Kollege war überrascht – aber seine Reaktion in den nächsten Wochen zeigte auch, wie wenig Homosexualität bei der Polizei noch ein Problem ist. Stephan Kehr bat seinen Kollegen, erstmal nichts weiterzuerzählen. Nicht so sehr aus Angst vor den

Reaktionen, sondern weil er das erstmal selbst für sich klarmachen wollte. Und der Kollege hielt dicht. Es gab kein Getuschel, keine Gerüchte. Stephan Kehr konnte sich auf seinen Kollegen verlassen. Auch das ist Teil der Polizei.

Im Jahr 2000 hatte sich Stephan Kehr von seiner Freundin getrennt, wenn auch aus anderen Gründen als der Sexualität.

In den folgenden Jahren merkte er, dass er sich immer mehr für Männer interessierte, probierte es aus, und die Kollegen bekamen nach und nach mit, dass er auf Männer steht. Heute ist er vollkommen geoutet und arbeitet wie damals als Dienstgruppenleiter einer Wache im Streifendienst. Und die Homosexualität? „Das interessiert niemanden. Wir leben ja im dritten Jahrtausend in Köln. Da ist das ein Langweiler-Thema.“ Kaum erwähnenswert, dass sein Lebensgefährte zu Weihnachtsfeier und Sommerfest mitkommt. Natürlich gibt es ab und zu Sprüche oder Witze, aber die seien nett gemeint, „und das kommt von mir doppelt geölt zurück. Akzeptanzprobleme hatte ich nie.“ Auch mit Vorgesetzten nicht, „da ist volle Akzeptanz bis hoch in die Generalsebene des Präsidiums Köln“, sagt Kehr. Ähnliches berichtet Kommissar Marco Klingberg – obwohl sein Outing noch weiter zurückliegt. Das war 1992, da war der 21-Jährige gerade drei Jahre im Dienst als Bereitschaftspolizist in seiner Heimat Luckenwalde, 50 Kilometer südlich von Berlin. Kilometer südlich von Berlin. „Das Versteckspiel ging mir auf die Nerven. Alle erzählten immer davon, was sie am Wochenende gemacht haben, sprachen von ihrer Freundin, nur ich habe das neutral verpackt. Und ich hatte Angst, mich zu verquatschen.“ Seine Ansage, dass er keine

Freundin, sondern einen Freund hat, führte nur zu neugierigen Nachfragen, nicht zu Ablehnung. „Sie kannten mich ja und schätzten mich als Menschen.“

Trotzdem hätte Marco in den 90ern niemandem geraten, sich von Anfang an zu outen. „Damals war das noch schwieriger, es gab ja auch keine Lesben und Schwulen bei der Polizei.“ Heute ist das anders. Die Polizei hat Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, und die Lesben und Schwulen bei der Polizei organisieren sich im Verband Lesbischer und Schwuler Polizeibediensteter (VelsPol). Marco ist Vorsitzender für Berlin-Brandenburg und stellvertretender Bundesvorsitzender.

Stephan Kehr bestätigt, dass sich die Zeiten eindeutig geändert haben, auch wenn er einschränkt: „Ich würde nie jemandem raten, sich im Sinne einer ‚Erklärung vor der Truppe‘ zu outen, das soll jeder für sich selbst entscheiden und dabei der eigenen Gefühlslage folgen.“ Zu ihm

gekommen ist noch keiner, der Tipps haben wollte. „Aber vielleicht habe ich durch mein selbstverständlich-unaufgeregtes Vorleben einigen noch verkappten Kollegen Mut gemacht.“ Stephan ist bewusst, dass er von einer neuen Aufgeklärtheit profitiert. „Ich habe Glück im Jetzt zu leben, also 2013 in Köln. In den 70ern zum Beispiel in Paderborn hätte das sicher ganz anders ausgesehen, da wäre mir nach meinem Outing die Verantwortung für die Führung junger Männer entzogen worden und ich hätte – rein zufällig natürlich – nur noch Taschendiebstähle zu bearbeiten gehabt.“ Er ist ja schon eine Weile bei der Polizei, und als er anfing, 1987, sah es dort noch ganz anders aus. „Der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat noch in den 90ern gesagt hat, schwule Soldaten hätten in Führungspositionen bei der Bundeswehr nichts zu suchen!“ Aber die Realität, die Reaktionen nach seinem Coming-Out haben Stephan beruhigt. „Da hat es seit Mitte der 90er einen rabiaten Bewusstseinswandel gegeben.“

Einen Anteil an diesem Wandel hat auch VelsPol. Schon seit 1995 gab es Vereine für lesbische und schwule Polizeibedienstete in verschiedenen Bundesländern, die sich dann 2002 zum Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter vereinigten. Es heißt etwas sperrig „Polizeibedienstete“, weil

„BEI DER POLIZEI GAB ES SEIT MITTE DER 90ER EINEN RABIATEN BEWUSSTSEINSWANDEL“

Hauptkommissar Stephan Kehr hatte keine Probleme mit dem Outing bei der Polizei

der Verein Arbeitern, Angestellten und Beamten im Polizeiberuf offen steht. In Berlin-Brandenburg hat VelsPol etwa 50 Mitglieder,

erzählt Marco Klingberg, von denen rund 10 „richtig aktiv“ sind. VelsPol organisiert Unterstützung für Kollegen, hat monatlich einen vereinsinternen Stammtisch und ist auf CSDs und schwul-lesbischen Stadtfesten vertreten, um über die Verbandsarbeit zu informieren – manchmal mit einem vom Film gemieteten Streifenwagen, ein echter Polizeiwagen darf nicht auf einer Demonstration genutzt werden. Doch es geht noch weiter: In Berlin-Brandenburg etwa wurden 2008 VelsPol-Vertreter hinzugezogen, als über die Anpassungen im Beamtenrecht verhandelt wurde, die eingetragenen Partnerschaften den gleichen Status wie der Hetero-Ehe geben sollten. VelsPol ist also über die Polizei und über die Homo-Szene hinaus ein anerkannter Gesprächspartner – ein deutliches Zeichen des Wandels. Natürlich ist dieser Wandel von Ort zu Ort unterschiedlich ausgefallen. In Köln ist ein offen schwules Leben (allgemein und bei der Polizei) problemloser möglich als zum Beispiel in Mecklenburg-Vor-



MÄNNER | THEMA

pommern oder Oberbayern. In der Provinz trifft man noch eher auf die alten Vorurteile. Genau deswegen spielt „Freier Fall“ auch nicht in der Großstadt. Wobei es auch in Großstädten wie Berlin manchmal noch Unsicherheit im Umgang mit Homosexualität gibt. Bei der Recherche zu diesem Text sollte auch ein Beamter der Bundespolizei (früher Bundesgrenzschutz) interviewt werden. Er hatte schon zugesagt, bat allerdings, noch das Okay der Pressestelle einzuholen, um Fotos auch an seinem Arbeitsplatz und in Uniform machen zu können. Die Mitarbeiter dort reagierten nervös, wollten eine Ausgabe der MÄNNER zur Ansicht haben – und lehnten dann auf Anweisung ihrer Vorgesetzten ab. Die Begründung: Es sei dem Kollegen nicht zuzumuten, in einem Heft aufzutreten, in dem auch Erotik-Hotlines inserieren. Das könnte in Online-Netzwerke gelangen und so dem Beamten schaden. Diskussion zwecklos. Egal, ob eine vorgeschoßene Begründung oder ehrliche Sorge um die eigenen Mitarbeiter: Ein souveräner Umgang mit Homosexualität und schwuler Presse ist das nicht. Das Verhalten der Bundespolizei setzt so einen Kontrapunkt zur fast schon gelangweilten Normalität, die Marco Klingberg und Stephan Kehr als offen schwule Polizisten rüberbringen.

Diese Art der Männlichkeit macht Polizisten auch attraktiv – heute jedenfalls. Zu Zeiten des Paragraphen 175, als Homosexualität noch verfolgt wurde, waren Polizisten in Homo-Kneipen nicht gern gesehen. Auch wenn sie schwul waren: Wie konnte man sicher sein, dass nicht der gleiche Mann, mit dem man gestern noch gemütlich ein Bier schlürfte, morgen in Uniform den gleichen Club bei einer Razzia räumen lassen würde? Schwule Polizisten waren damals Teil des Apparats, der die Schwulen unterdrückte. Heute ist das nicht mehr so, es scheint fast, als wäre das Gegenteil der Fall, sagt jedenfalls Stephan Kehr: „Polizist zu sein hat bei schwulen Nicht-Polizisten oft eine deutlich erotisierende Wirkung.“ Manchmal sagt er den Männern, die er kennenlernt, dass er Florist ist oder Angestellter für Grünanlagen. „Oft wird man auf den Fetisch Uniform reduziert, das geht mir auf die Nerven!“, sagt Stephan Kehr. „Ich will den Menschen in die Augen schauen.“ Die Gay-Cops Hamburg weisen auf ihrer Internetseite extra darauf hin, dass sie keine Uniformfetischisten sind, sondern diese tragen, „weil wir dazu (teilweise) dienstlich verpflichtet sind“. Und die Liebe? Im Film „Freier Fall“ verlieben sich zwei Polizisten im Dienst. Leider können weder Stephan Kehr noch Marco Klingberg von



Womöglich gilt diese Normalität auch nur, wenn man wirklich „normal“ ist. Wenn man in erster Linie Mann ist, erst in zweiter Linie schwul, und auch das nur ein bisschen, schon gar nicht tuntig. Das findet auch Stephan, der mit Tuntigkeit gar nichts anfangen kann: „Wir sollten das seriös vorleben und keine Negativ-Klischees bedienen. Schwule sind an ihrem Image mitunter selbst schuld – wenn man sich die Trinen beim Kölner CSD anguckt ... da werden Vorurteile verlässlich von den Schwulen gepflegt, die laufen da mit wackelndem Arsch und abgebrochenen Handgelenken ... Ich sehe beim CSD immer wieder Szenen, die mich befremden und sicher nicht für mehr Akzeptanz sorgen. Mittlerweile meide ich daher diese Paraden.“ Polizist ist ein körperbetonter Beruf. Man muss sich auf die Kollegen verlassen können, auch auf ihre Körper.

einem vergleichbaren Fall berichten. Auch wenn sie es durchaus für möglich halten: Polizisten sind oft stundenlang zu zweit in einem Auto unterwegs, da kommt man sich in Gesprächen automatisch näher. „Es gibt unzählige Fälle von heterosexuellen Pärchen bei uns, die sich so gefunden haben – warum soll das nicht ebenso unter Männern passieren, die sich gegenseitig irgendwann mehr als nur interessant finden?“, fragt Stephan Kehr. Marco Klingberg kennt Kollegen, die sich beim Bundesseminar des VelsPol getroffen und verliebt haben – ist aber ganz froh, dass sein Partner kein Polizist ist. Stephan Kehr war schon in Beziehungen mit Polizisten, sein erster Freund war einer und auch die Freundin, die er vorher hatte. Aber heute freut er sich, wenn er Arbeit und Privates trennen kann: „Ich komme gern nach Hause und schalte das Blaulicht aus.“

AgL - Gespräch mit dem LPP Dr. Hammann

Am 15. März hat im neuen Innenministerium ein weiteres Gespräch zur Einführung von Ansprechpartnern für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) bei der Polizei BaWü stattgefunden. Dr. Hammann wurde das von VelsPol-BW ausgearbeitete Konzept übergeben. Der LPP sicherte zu, die Einrichtung von AgL bei Polizeidirektionen/ Polizeipräsidien (alte Polizeistruktur) zeitnah, noch vor dem Start der Umsetzung der Polizeireform zu ermöglichen. Das Thema sollte darüber hinaus nochmals in einer der kommenden Pol-Chef-Runden angesprochen und diskutiert werden.

Zudem erhielt VelsPol-BW den Auftrag interessierte Kolleginnen und Kollegen anzusprechen, die sich insbesondere die Übernahme einer solchen Aufgabe (AgL) vorstellen könnten.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen bitte unter vorstand@velspol-bw.de melden.

CSD – Saison 2013

VelsPol-BW e.V. wird sich in diesem Jahr auch wieder an CSD-Veranstaltungen im Land beteiligen.

Lesben, Schwule und Transgender treffen sich am **13.07.2013** zum CSD am See in Konstanz. Wie schon vor zwei Jahren wird hier eine grenzüberschreitende Parade (Konstanz/ Kreuzlingen) das Highlight des CSD sein. VelsPol-BW wird gemeinsam mit PinkCop (CH) und GayCopsAustria (A) auf dem Straßenfest vertreten sein.

Unter dem Motto 'tiefentoleranz' steht der CSD in Stuttgart in diesem Jahr. VelsPol-BW wird wie schon traditionell an der Parade (27.07.2013) und dem Straßenfest am Sonntag 28.07.2013 vertreten sein.

Jüngstes Mitglied in der CSD-Reihe ist Ulm. Bereits vor zwei Jahren haben sich VelsPol-BY und VelsPol-BW auf dem Marktplatz in Ulm mit Erfolg präsentiert. In diesem Jahr findet der Ulmer CSD am 10.08.2013 statt, hier werden wir wieder mit den Kollegen aus Bayern gemeinsam vertreten sein.

Interessierte, die an der Planung der Infostände und dem Betrieb dieser mitmachen möchten können sich unter vorstand@velspol-bw.de melden.

Mitgliedsbeiträge 2013

Ende Mai werden die Mitgliedsbeiträge 2013 per Lastschrift eingezogen. Der Vorstand für Finanzen, Tobias Lingner bittet alle Mitglieder Kontoänderungen per E-Mail mitzuteilen. Gebühren die durch Rücklastschriften entstehen müssen leider dem jeweiligen Mitglied in Rechnung gestellt werden. Mitglieder die den Mitgliedsbeitrag überweisen bitten wir den Beitrag in Höhe von 15 Euro bis zum 31.05.2013 zu überweisen. Änderungen bitte an vorstand@velspol-bw.de mitteilen. Vielen Dank.

Geschichte 1964

Nachstehend einen Blick in die (Polizei)Geschichte. Dieser Artikel stand 1964 im Jahrbuch des Polizeipräsidiums Stuttgart zwischen Dirnengewerbe und Stadtstreicher.

Homosexualität

Homosexuelle Umtreibe in der Öffentlichkeit sind zweifellos, auch in den Augen einsichtiger Homosexueller, verabscheugewürdig und schon allein wegen Verletzung des gesunden sittlichen und moralischen Anstandsgefühls – wie die sexuelle Ärgerniserregung auf anderen Triebgebieten – mit aller Schärfe zu verfolgen. In Bedürfnisanstalten, Bahnhöfen, Grünanlagen, Waldteilen, Frei- und Hallenbädern, auf Spiel-, Sport- und Festplätzen, Baustellen, Park- und Rastplätzen, abgelegenen dunklen Straßen, Plätzen und der gleichen finden tagtäglich, auch in Kraftfahrzeugen, Sexualakte statt. Meist sind es anonyme Männerkontakte, wobei die Parasiten der Homosexualität, die Strichjungen, Erpresser und Räuber, nicht selten ihre Hand im Spiel haben.

Fälle von Gruppenunzucht unter Beteiligung Minderjähriger werden in Bedürfnisanstalten des öfteren aufgedeckt. Auf das Erscheinungsbild homosexueller Auswüchse in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem vielschichtigen Problem der Homosexualität noch näher einzugehen, würde hier zu weit führen. Stuttgart hat zur Gefahrenabwehr u. a. folgende Präventiv- und Repressivmaßnahmen ergriffen:

Beratung der zuständigen Amtsstellen bei der Neuerrichtung und Umgestaltung von öffentlichen Bedürfnisanstalten nach den Erfahrungen der Polizeipraxis.

Systematische polizeiliche Überwachung aller in Frage kommenden Örtlichkeiten, in erster Linie durch das Sonderkommando Prostitution. Die Bäderüberwachung erfolgt routinemäßig in Verbindung mit dem Kur- und Bäderamt unauffällig und ohne Zeitplan.

Registrierung der des Homo-Umgangs verdächtigen Personen in den kriminalpolizeilichen Sammlungen. (1960 = 77, 1961 = 109, 1962 = 48, 1963 = 145, 1964 = 244)

Benachrichtigung der Polizeidienststellen des Wohnorts bei auswärts wohnhaften Personen. Die Kontrollberichte werden von Fall zu Fall von der Justiz in Strafverfahren beigezogen.

Anzeigenvorlage bei Feststellung strafbarer Handlungen von Amts wegen.

Vorgänge	1960	1961	1962	1963	1964
Unzucht zwischen Männern in Bedürfnisanstalten	53	62	37	55	52
Erregung öffentlichen Ärgernisses in Bedürfnisanstalten	22	64	24	42	102
Erteilung von Bahnhofsaufenthaltsverboten gegen polizeibekannte Homosexuelle und ihren Anhang durch die Bahnpolizei. Diese Maßnahme dient vor allem dem Schutz der durchreisenden und im Bahnhof sich aufhaltenden Minderjährigen vor Jugendverführern.					

Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage ist die Erteilung von Hausverboten für öffentliche Bedürfnisanstalten demnächst vorgesehen. Der in Frage kommende Personenkreis muß durch entsprechende Vorschriften und durch eine Verhaltensweise, die der Anbahnung und Ausnutzung gleichgeschlechtlicher Unzucht in Beziehung mit einer Bedürfnisanstalt dient, in Erscheinung getreten sein. Dabei wird vorausgesetzt, daß es den betreffenden Personen möglich und zumutbar ist, zur Verrichtung ihrer natürlichen Bedürfnisse andere Toiletten (etwa in Gaststätten) aufzusuchen.

In einer Reihe von Bedürfnisanstalten ist das unbefugte Verweilen (längerer Aufenthalt oder Nächtigen) schon jetzt, bis zur Einführung des generellen Aufenthaltsverbots, wegen Hausfriedensbruchs mit Strafe bedroht.

In einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 11. Dezember 1962 – II 46/62 – sind wichtige Entscheidungsgründe hinsichtlich der Unterhaltung von Homosexuellen-Verkehrslokalen enthalten. Das Urteil bezieht sich auf den Rechtsstreit eines auswärtigen Gaststättenbesitzers (Homo-Lokal) gegen das Polizeipräsidium Stuttgart wegen Versagung der Gaststätten-erlaubnis. Nach den Feststellungen des VGH wird durch das Dulden und Fördern des Zusammentreffens homosexueller Kreise in einer Gaststätte die Homosexualität gefördert und das Gewerbe mißbraucht. Beim Vorliegen dieser gesetzlichen Voraussetzungen des § 2 I GaG ist die Behörde verpflichtet, die Erlaubnis zu versagen. Sie hat in diesen Fällen keinen Ermessensspielraum.

Von dieser Grundsatzentscheidung sind die Stuttgarter Homosexuellenverkehrslokale heute unmittelbar betroffen, sofern sich der Lokalcharakter nicht entsprechend den Ankündigungen der Konzessionsbehörde „normalisierte“.

Überdies wurden Anträge auf Erlaubnis für Männerl Tanzveranstaltungen stets abgewiesen.

National / International

Bundesseminar 2013

Das 20. Bundesseminar findet vom 17.07. bis 21.07.2013 in Frankfurt statt. Die Landesgruppe VelsPol-Hessen hat ein interessantes und vielfältiges Programm zusammengestellt. Seit wenigen Tagen sind Anmeldungen zum Seminar unter www.velspol-hessen.de oder www.velspol.de möglich.

Für die Eröffnungsveranstaltung können wir mit einer Überraschung rechnen. Die Einladungen an die Kolleginnen und Kollegen sind den Innenministerien zugegangen, die Anträge auf Anerkennung als staatsbürgerliche Fortbildungsveranstaltung sind gestellt, Anfragen diesbezüglich bitte an die Landesgruppe Hessen stellen.

Boardmeeting 2013 - Brüssel



Der Blick über die Grenzen ist für unsere Arbeit ein wichtiger Bestandteil, sowohl aus deutscher Sicht als auch aus landespolitischer Sicht.

Bundesvorsitzender Thomas Ulmer hat Ende März am EGPA-Boardmeeting in Brüssel teilgenommen.

Neben Themen, wie Aufgaben und Funktionen von AgL in Washington DC und die Einbindung von Themen wie Homophobie in den Städten der Neuenglandstaaten wurden auch Fortbildungskonzepte aus Irland und Italien vorgestellt.

Thomas Ulmer hat das Fortbildungskonzept für Führungskräfte an der DHPol (Deutsche Hochschule für Polizei/ Münster) vorgestellt. Teile dieser Konzepte und Vorträge sollen nun auch anderen Ländern zugänglich gemacht und ausgetauscht werden.

Im Rahmen des Meetings fand auch ein Empfang der TeilnehmerInnen durch den amerikanischen Botschafter in Brüssel und bei der EU statt.

Bundesvorsitzender Thomas Ulmer hat in diesem Rahmen auch Kontakte zur US-Botschaft in Berlin aufgenommen, die eine Unterstützung der EGPA-Konferenz 2014 in Berlin zusagte.

Hier einige Impressionen:



PRESS COMMUNIQUE

On International Day Against Racism and Discrimination, the European Gay Police Association and Rainbow Cops Belgium, with the U.S. Embassy and U.S. Mission to the EU, Tackle LGBTI Discrimination in the International Policing Context and Promote Protection of LGBTI Rights Europe-Wide

This Thursday, March 21 - on the International Day Against Racism and Discrimination the European Gay Police Association (EGPA) and Rainbow Cops Belgium, with the support of the U.S. Embassy to Belgium and the U.S. Mission to the European Union, will announce a new initiative for promoting Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, and Intersex (LGBTI) equality across the European Union. As the protection of LGBTI rights – for citizens and law enforcement professionals alike – is uneven across the EU, EGPA and Rainbow Cops Belgium have resolved to call for new, Europe-wide norms for LGBTI community policing and the protection of LGBTI police within the law enforcement field.

EGPA and Rainbow Cops Belgium, with the support of the U.S. Embassy to Belgium and the U.S. Mission to the European Union, are hosting a conference focused on the two pillars of EGPA's work: training police in LGBTI-sensitive community policing and supporting LGBTI law enforcement employees.

U.S. Ambassador to Belgium Howard Gutman and U.S. Ambassador to the EU William Kennard will host a reception to present the conclusions of the conference at Ambassador Gutman's Residence on Thursday, March 21, from 5 to 7 p.m. Several high level Belgian and European Union officials are expected to attend the reception, including Flemish Minister of Education, Youth, Equal Opportunity, and Brussels Affairs Pascal Smet; Brussels Regional Government State Secretary for Mobility and Equal Opportunity Bruno de Lille; and Belgian Federal Police Commissioner Catherine De Bolle. European Gay Police Association Rainbow Cops Belgium USA Embassy Brussels www.gay-police.eu www.rainbow-cops-belgium.be www.dutch.belgium.usembassy.gov

The United States government is firmly committed to advancing LGBTI rights, and as former U.S. Secretary of State Hillary Clinton emphasized in December 2011, ‘gay, lesbian, bisexual, and transgender people are human beings born free and given bestowed equality and dignity, and who have a right to claim that. Some have suggested that gay rights and human rights are separate and distinct; but, in fact, they are one and the same.’

Underlining the need for further action, EGPA President Herman Renes noted that ‘contrary to what is often claimed, LGBTI equality and emancipation has not yet been completed in police organizations across Europe. This conference emphasizes the harsh struggle of both current EGPA members and our colleagues in Eastern Europe. Teaming up with the U.S. Embassy in Brussels and the U.S. Mission to the EU in this new transatlantic initiative highlights our joint determination to advance LGBTI rights as fundamental human rights.’

Focusing on the situation in Belgium, Rainbow Cops Belgium President Dirk Maes highlighted that his organization ‘supports the Belgian Federal Police’s policy of creating a social and safe work environment for LGBTI police personnel,’ noting that ‘it is in part thanks to Rainbow Cops’ efforts that homosexuality in the workplace is a subject that can now be discussed more openly.’

EGPA was created in 2004 and its member countries are The Netherlands, Belgium, Austria, France, Germany, Ireland, Italy, Scotland, Spain, Sweden, Switzerland, the United Kingdom and the United States of America.

Media wishing to attend the reception at Ambassador Gutman’s residence on March 21 at 5pm should notify the Embassy Press Section by noon on March 21 – Pierre Manderlier at manderlierp@state.gov or 0475/29 69 08

Freund und Freund und Helfer

Homosexuelle Polizisten litten lange unter Vorurteilen, dummen Sprüchen und Benachteiligungen – das Münchner Präsidium hat geholfen, das zu ändern

VON FLORIAN FUCHS.

Das Datum wird Harald Bayer nie vergessen, es war der 29. Februar 2000. Auf seiner damaligen Dienststelle in Gauting im Landkreis Starnberg hat er ein bisschen mit einem Kollegen geblödelt, auch ein paar Sprüche über Schwule sind gefallen. Dann hat ihn der Kollege darauf angesprochen: „Bist du schwul? Wenn es wirklich so ist, entschuldige ich mich für die Witze.“ Harald Bayer hat ein bisschen nachgedacht über den Satz, aber dann, nach Dienstschluss, als er alleine war mit dem Kollegen, da ist es aus ihm rausgeplatzt: „So. Und jetzt entschuldige dich mal.“ Es war sein erstes, sein kleines Outing bei der Polizei.

Der Kollege, schon damals ein guter Freund, war noch weitere acht Jahre der einzige bei der Polizei, der um Bayers Homosexualität wusste. Bis 2008 dauerte es, dass der Polizist Harald Bayer in der Arbeit völlig offen mit dem Thema umging. Inzwischen wissen in seiner Einheit alle Bescheid. Heute sagt er: „Ich hätte mich viel früher outen sollen, dann hätte ich mir einiges erspart.“

Mit seinem Verein Velspol, in dem sich schwule und lesbische Beamte von Sicherheitsbehörden wie Polizei, Zoll und Bundespolizei zusammengeschlossen haben, kämpft Bayer nun für die Rechte von Homosexuellen in seinem Beruf und versucht auch Vorbehalte von Schwulen und Lesben gegen die Polizei abzubauen. Johannes Träumer, auch im Vorstand von Velspol, stellt der Polizei im Freistaat dabei ein gutes Zeugnis aus: „Es hat sich in den letzten Jahren sehr vieles verbessert. Kein Kollege muss sich Sorgen machen, dass er Nachteile erleidet oder Probleme hat, bloß weil er schwul ist. Das gleiche gilt für Lesben.“ Allerdings war es ein langer Weg bis dahin – und ganz perfekt ist auch heute nicht alles.

Das Gesetz, das sexuelle Kontakte von Männern unter Strafe stellte, wurde erst 1994 ganz abgeschafft

Antang der Neunzigerjahre, als Bayer zur Polizei kam, da war die Situation anders. Damals galt noch der Paragraf 175 im Strafgesetzbuch, der seit 1871 bestand und sexuelle Kontakte von Männern unter Strafe stellte. Zwar war er inzwischen entschärft worden, sodass nur noch „homosexuelle Handlungen mit männlichen Jugendlichen“ bestraft werden sollten. Aber wie sich das auswirkte, erlebte Bayer noch in der Ausbildung: Plötzlich führte die Kripo einen offen schwulen Kollegen ab. Es waren Gerüchte entstanden, nur weil er einen Jugendlichen, der sich ebenfalls in der

Ausbildung befand, jedes Wochenende nach Hause fuhr. 1994 änderte der Bundestag das Gesetz, erst seitdem gelten für Schwule die gleichen Regeln beim Schutz von Minderjährigen wie bei Heterosexuellen: Das Schutzzalter wurde einheitlich auf 14 Jahre festgelegt. „Das Problem ist“, sagt Träumer, „dass der Paragraph 175 bis in die Achtzigerjahre hinein massiv von Polizisten verfolgt wurde. Das setzt sich fest in den Köpfen. Gerade ältere Kollegen haben deshalb heute noch manchmal ein Problem mit Schwulen.“

Beamte erfanden Ausreden, warum ihre angebliche Freundin nicht zur Weihnachtsfeier kam

Für Bayer war nach dem Erlebnis in der Ausbildung klar, dass er sich auf seinen Dienststellen erst einmal nicht outen wird. „Ich hatte Angst vor dummen Sprüchen, vor Benachteiligung. Ich hatte einfach Angst davor, wie Kollegen reagieren würden.“ Als er 2008 zur Gründungsmaßnahm von Velspol gehörte, war klar, dass er nun offen mit dem Thema umgehen wird. Der Verein tritt schließlich auch in der Öffentlichkeit auf. „Ich oute mich nicht aggressiv, ich spaziere nicht in eine Dienststelle und erzähle erst einmal allen, dass ich schwul bin. Aber wenn mich jemand fragt, dann antworte ich ehrlich.“ Bayer und Träumer wissen von Fällen, in denen schwule Kollegen Ausreden erfanden, warum ihre angebliche Freundin nicht mit auf die Weihnachtsfeier konnte. Sie kennen Kollegen, die zum Schutz der eigenen Fassade behaupteten, dass sie mit einer Frau in den Urlaub fahren. „Wenn ich einen Freund habe, dann finde ich es heute schön, dass ich mich ganz normal von ihm von der Arbeit abholen lassen kann. Die Geheimniskrämerie fällt weg“, sagt Bayer.

Diese Botschaft, sagt Träumer, ist eines der Hauptanliegen des Vereins schwuler und lesbischer Polizisten. Viele Kollegen machten sich unnötig Sorgen vor einem Outing. „Wir wollen Kollegen vermitteln, dass sie nicht die einzigen sind, und wir wollen Ansprechpartner zum Erfahrungsaustausch sein.“ Innerhalb der Polizei geben die Mitglieder von Velspol Tipps im Umgang mit schwulen und lesbischen Bürgern. Oder sie helfen bei Ermittlungen in der Schwulenszene, wie erst vor Kurzem im Todesfall eines Rentners, dessen Leiche in Ismaning in der Nähe eines Parkplatzes gefunden wurde, der als Anbahnungs-ort für Homosexuelle gilt. „Und wir versuchen in der Szene selbst aufzuklären“, sagt Bayer. So gibt es immer noch Schwule, die etwa in einem Szenetreff bestohlen werden und bei der Anzeige dann von einem



Johannes Träumer (links) und Harald Bayer von Velspol. Der Verein vertritt die Interessen homosexueller Polizisten. Foto: HESS

ganz anderen Tatort sprechen – weil sie wegen ihrer Homosexualität Angst vor Repressalien durch die Polizei haben. „So kann man natürlich keine Fälle aufklären“, sagt Bayer, „kein Schwuler muss heute noch Angst vor Polizisten haben.“

Natürlich ist Velspol aber auch politisch aktiv: Als sich der Landesverband gründete, traten Träumer und Bayer zusammen mit den anderen Mitgliedern für eine Gleichstellung beim Besoldungsrecht von Beamten ein. Und inzwischen gibt es auch einen permanenten Ansprechpartner im Innenministerium für die Anliegen von Velspol – obwohl dies nicht ganz so einfach war. Nach der Gründung, erzählt Träumer, habe der Verein Flugblätter an alle damals elf Präsidien in Bayern geschickt. Nur in München und Schwaben-Südwest seien die Infozettel tatsächlich verteilt worden. „Wir mussten oft ein bisschen nachbohren, aber inzwischen gibt es da keine Probleme mehr.“

Heute spielt es keine Rolle, „ob Kollegen schwul, lesbisch, blau- oder rotkariert sind“

Vor allem das Polizeipräsidium München und Präsident Wilhelm Schmidbauer, sagt Bayer, seien sehr offen für Velspol gewesen. Pressesprecher Wolfgang Wenger habe als erster einen Artikel über Velspol in die haus eigene Zeitschrift gehoben und stich immer beim Christopher-Street-Day in München blicken lassen. „Es ist völlig klar, dass wir keine Unterschiede machen, egal ob Kollegen schwul, lesbisch, blau- oder rotkariert sind“, sagt Wenger.

Einzelne Kollegen machen aber offenbar doch noch Unterschiede. In Berlin, erzählt Träumer, gab es mal einen Velspol-Polizisten, dem seine Kollegen demonstrativ nicht zur Seite sprangen, als er einen Schläger überwältigte. „Schwule gelten eher als feminin, die Kollegen wollten mal sehen, ob er auch alleine seinen Mann stehen kann.“ So etwas, sagen Bayer und Träumer, seien aber die absoluten Ausnahmen im Dienst. „Natürlich gibt es ansonsten mal Sprüche, aber das muss man nicht gleich alles an die große Glocke hängen, wir wollen ja nicht Übertrieben.“

Nur eine Situation gab es, über die ist Bayer heute noch sauer. In der Umkleide hat ein unbekannter Kollege mal eine schwulenfeindliche Zeichnung auf eine Kiste von ihm gezeichnet. Bayer ist danach zu seinem Chef gegangen. Dessen Ansage war klar: „Wenn man den Verantwortlichen erwische, fliegt er.“ Dieser Rückhalt, sagt Bayer, sei wichtig für die Seele. Und ein Zeichen an einzelne Kollegen, die vielleicht auch heute noch ein bisschen rückständig denken.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 03.04.2013

EGPA – Konferenz 2014



Das Mitarbeiternetzwerk VelsPol-Deutschland e.V. lädt zur Teilnahme an der

7. EGPA-Konferenz im Jahr 2014 nach Berlin ein.

Alle zwei Jahre kommen LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) Polizeibedienstete, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Polizeibehörden aus ganz Europa, anlässlich der internationalen EGPA-Konferenz (European Gay Police Association) zusammen.

Die 7. EGPA-Konferenz findet vom 18. bis 21.06.2014 in der Bundeshauptstadt Berlin statt und wird vom MitarbeiterNetzwerk VelsPol-Deutschland e.V. organisiert und ausgerichtet.

www.egpa2014.com.

Stammtischtermine

Der nächste Stammtisch findet am Freitag 03.05.2013, 20.00 Uhr im Restaurant 'Pfiff' statt;



Stammtischtermine 2013:

03.05.2013

21.06.2013

05.07.2013

02.08.2013

06.09.2013

04.10.2013

08.11.2013

Mitgliederversammlung

06.12.2013

Besuch
Weihnachtsmarkt

Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

Mitgliedsantrag		<input type="checkbox"/> Aktive Mitgliedschaft (nur Polizeibedienstete)
Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Fördermitgliedschaft
Strasse		
PLZ/Wohnort		
E-Mail		
Telefon	/	Jahresbeitrag <input type="text"/> Euro
<input checked="" type="checkbox"/> Einzugsermächtigung		<input type="checkbox"/> ich überweise
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.		auf das Konto VelsPol-BW e.V. bei der VoBa Sindelfingen Konto 412772000 BLZ 60390000
Konto-Nr.: <input type="text"/>		Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de
BLZ: <input type="text"/>		
Kreditinstitut: <input type="text"/>		
Datum, Unterschrift: <input type="text"/>		

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Impressum

Redaktion	Thomas Ulmer	Karen Seiter
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	



VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe 3-2013



Baden-Württemberg

Zum Tod von Polizeipräsident Thomas Züfle



Mit Polizeipräsident Thomas Züfle haben wir nicht nur den Präsidenten des Präsidiums Stuttgart verloren, sondern auch einen Menschen, der Menschlichkeit, Toleranz und Offenheit verkörperte. Thomas Züfle war der erste Polizeipräsident in Baden-Württemberg, der auf einer lesbisch-Schwulen Preisverleihung Flagge zeigte und die Laudatio auf unser Mitarbeiternetzwerk, anlässlich

der Verleihung des Ehrenamtspreises 'Rosa Detlef' hielt. Ganz selbstverständlich überließ er unserer Organisation auch die Räumlichkeiten des Polizeipräsidiums Stuttgart im Sommer vergangenen Jahres während des Bundesseminars 2012.

Wir haben mit ihm einen Menschen verloren, der die Zeichen der Zeit erkannte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so akzeptierte wie sie waren bzw. sind. Für die Belange unseres Netzwerkes hatte er immer ein offenes Ohr und unterstützte die Arbeit von VelsPol-BW. Tiefbetroffen sind wir in Gedanken bei seiner Familie.

Der Landesvorstand VelsPol-BW e.V.

Dienstrecht

das Kabinett hat am 11. Juni den Entwurf zur Änderung dienstrechlicher Vorschriften zur Anhörung freigegeben.

Darin ist vorgesehen, dass die in Baden-Württemberg ab 1. September 2006 bestehende Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Ehen im öffentlichen Dienstrecht vor dem Hintergrund höchstrichterlicher Rechtsprechung auf den Zeitraum ab 1. August 2001 ausgeweitet werden soll. Hierdurch erfolgt die Gleichstellung von dem Zeitpunkt an, ab dem eingetragene Lebenspartnerschaften geschlossen werden konnten.

Der entsprechende Gesetzesentwurf wird aufgrund der noch erforderlichen Beteiligungs- und Anhörungsverfahren erst nach der Sommerpause vorgelegt und beschlossen.

Somit wird es in allen Bundesländern nun eine einheitliche Regelung bei der Rückwirkung bis 2001 geben –

und mit dem Erfolg bei der Gleichstellung im Steuerrecht sind wir nicht nur im Land auf einem guten Weg.

Quelle: Brigitte Lösch (B90/ Die Grünen)

Steuerrecht

Pseudo-Gleichstellungssteuergesetz - Halbherziger Regierungsentwurf

Zur Ersten Lesung des Entwurfs zur „Änderung des Einkommensteuergesetzes in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Mai 2013“ erklärt **Axel Hochrein**, Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) begrüßt den Versuch der Bundesregierung, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Aber was da nun vorliegt zeigt, wie unmotiviert die Koalition bei dem Thema ist.

Die Koalition will das Einkommensteuergesetz durch Einfügung einer Generalklausel ändern. Aber das sind wieder nur halbe Sachen: Zum Steuerrecht gehören auch andere wichtige Bestimmungen, wie etwa das Wohnungsbau-Prämiengesetzes, das Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz, das Eigenheimzulagengesetz sowie die Einkommensteuer-Durchführungsverordnung, das Bundeskindergeldgesetz und die Abgabenordnung. Die Koalition ringt sich gerade mal zur Pseudogleichstellung durch und schiebt tatsächlich alles andere auf die lange Bank.

Der Auftrag aus Karlsruhe war klar: vollständig und rückwirkend. Frau Merkel und ihre Koalition machen daraus: unvollkommen und verzögernd. Die Zeit drängt und es bleibt zu hoffen, dass die Ausschuss-Arbeit hier korrigierend eingreift. Wir rufen insbesondere die Regierungspartei FDP auf, ihrer Verantwortung und ihren Versprechen gerecht zu werden.

Drei Monate vor der Wahl ist das nun die Nagelprobe, inwieweit sich Lesben, Schwule und Kinder in Regenbogenfamilien auf die Versprechen der FDP verlassen können.

Die Ignoranz der Bundesregierung zeigt sich auch in der Haltung zum Adoptionsrecht. Es gibt einen Arbeitsauftrag aus Karlsruhe und das Votum der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister. Diese haben am Donnerstag mit klarer Mehrheit an die Regierung appelliert, ein Gesetz zum vollen Adoptionsrecht auf den Weg zu bringen.

Aber die Regierung Merkel macht weiterhin nichts. Stattdessen dürfen Unions-Mitglieder in öffentlichen Debatten ihre Vorurteile zum Besten geben und gegen Regenbogenfamilien hetzen. Wenn selbst ein Mitglied der „Wilden 13“ in der Debatte behauptet, dass das gemeinsame Adoptionsrecht und die Ehe-Öffnung für gleichgeschlechtliche Paare "...die Axt an die Wurzeln von Ehe, Familie und Gesellschaft legt", wird deutlich, dass die Union keine Blockade-Mauern einreißen, sondern neue Mauern bauen will.

Quelle: LSVD-Bundesverband

CSD – Warschau

Pressemitteilung

Stuttgarter unterstützen die CSD-Parade in Warschau

Brigitte Lösch, MdL: „Gemeinsam demonstrieren wir mit den Lesben und Schwulen in Polen und fordern deren Gleichstellung“



Brigitte Lösch, MdL, Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion für die Belange von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Transgenderpersonen, Trans- und Intersexuellen (LSBTTI) macht sich mit einer 16-köpfigen Delegation auf den Weg zum Christopher Street Day (CSD) nach Warschau in Polen. Mit dabei ist auch Laura Halding-Hoppenheit, eine bekannte Größe in der Stuttgarter Gay-Szene.

Mit ihrer Teilnahme möchte Lösch auch in Warschau ein Zeichen für die Rechte

von Homo- und Bisexuellen setzen. „Baden-Württemberg pflegt vielfältige Partnerschaften in Polen - auch als Landtag - aber neben den wirtschaftlichen Beziehungen ist es mir wichtig, aktiv gegen Diskriminierung einzutreten und die Bewegung der Homo- und Bisexuellen in Polen zu unterstützen“ führt die Landtagsvizepräsidentin aus.

Auf dem Weg nach Warschau wird die Delegation die KZ-Gedenkstätte in Auschwitz und Birkenau besuchen. Um an die Verfolgung und Ermordung von Homosexuellen in der Nazi-Zeit zu erinnern, möchten Brigitte Lösch und die Teilnehmenden der Reise dort einen Kranz

niederlegen. Zudem wird die Delegation vom Direktor der Inter-nationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz (IJBS), Herr Leszek Szuster begrüßt werden, der seine Einrichtung vorstellt.

In Stuttgart engagiert sich Brigitte Lösch für den Erinnerungsort „Hotel Silber“, in dem eine Dauerausstellung geschaffen werden soll, bei der erstmals auch die Verfolgung der Homosexuellen dargestellt wird. „Es ist mir sehr wichtig, diesen grausamen Teil der Geschichte niemals zu vergessen oder auszublenden“, so Lösch. Unter dem Motto „Liebe ist ein Menschenrecht wird die Delegation am Samstag Teil der Parada Rownosci (Parade der Gleichheit) sein.

„Wir gehen mit den Homo- und Transsexuellen in Polen gegen Diskriminierung und gegen Vorurteile – für Akzeptanz und Gleichstellung auf die Straße“, erklärt Brigitte Lösch. Mit ihrer Anwesenheit möchten sich die Stuttgarter solidarisch zeigen.

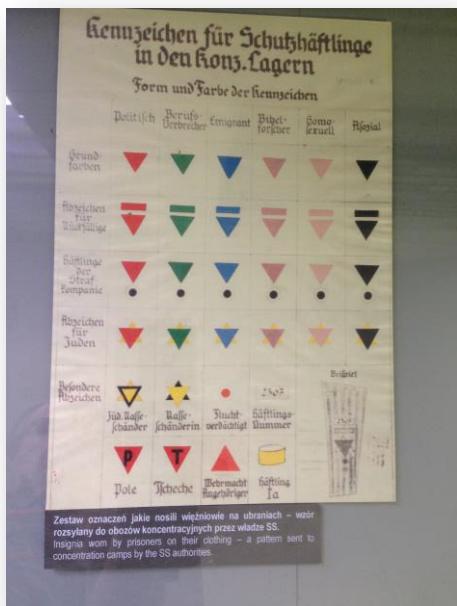
„Eine aktive Politik gegen Diskriminierung von sexueller Orientierung und Identität darf keine Grenzen kennen“, sagt Lösch abschließend.

Fahrt zur Gedenkstätte KZ Auschwitz und zum CSD Warschau:

Liebe ist ein Menschenrecht!

„CSD Stuttgart grüßt CSD Warschau – Liebe ist ein Menschenrecht!“ –

mit dieser Aufschrift eines Transparents beteiligten sich am 15. Juni 2013 Brigitte Löscher,



Bündnis 90/Die Grünen und Vizepräsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Thomas Adler von der Fraktionsgemeinschaft SÖS/Linke des Stuttgarter Gemeinderats und Laura Halding-Hoppenheit, Kings Club, mit neun weiteren Stuttgarter Aktivistinnen und Aktivisten am CSD Warschau. „Lesben, Schwule, Transexuelle und Transgender-Personen zu stärken und auch im Ländle zu zeigen, wie wichtig es ist, Minderheitenrechte als Menschenrechte zu begreifen“ nannte Lösch als Motiv der Reise. „Angesichtes eines Bündnisses zwischen religiösen Eiferern und hasserfüllten, gewaltbereiten Gegnern von Lesben und Schwulen in vielen osteuropäischen Ländern ist unsere gelebte Solidarität gefordert“ ergänzt

Halding-Hoppenheit, die sich bereits ein Wochenende zuvor am CSD in Bukarest beteiligte.

In 2004 und 2005 konnte der ehemalige Bürgermeister von Warschau, Lech Kacynski, den CSD in seiner Stadt noch verhindern. Mit seiner Abwahl als Premierminister in 2007 scheint die Zeit der CSD-Verbote jedoch in Polen vorbei zu sein. ..Trotz feindseliger

Gegendemonstranten blieb es friedlich. Geschätzte drei Tausend Lesben und Schwulen mit ihren Freunden hinterließen einen selbstbewussten Eindruck. Zahlreiche Teilnehmerinnen eines Frauenkongresses applaudierten und winkten uns Teilnehmern der CSD-Parade fröhlich zu“, freuen sich Maike Pfuderer von der Landesarbeitsgemeinschaft QueerGRÜN und Christoph Ozasek von der Landesarbeitsgemeinschaft Queer der LINKEN.

Zur Verblüffung und Überraschung ihrer polnischen Polizeikollegen beteiligten sich Karen Seiter und Thomas Ulmer vom Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter mit einem

eigenen Transparent bei der Parade. Offensichtlich ist man so etwas in Polen noch nicht gewöhnt.



„Im Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes – Stuttgarter Delegation zum CSD Warschau 2013“



stand auf den Schleifen eines Blumengebindes, das die Reisegruppe an der Todeswand vom KZ Auschwitz einen Tag zuvor niederlegte. „Im Hotel Silber soll zum ersten Mal in Baden-Württemberg die Verfolgung der Homosexuellen während der Nazizeit und in Nachkriegsdeutschland am Beispiel von Karl Zeh dargestellt werden. Dieser war von der Gestapo ins Hotel Silber verschleppt und in der Folge u. a. in das KZ Auschwitz verbracht und nach 1945 erneut wegen

§175-Vergehen zu Gefängnisstrafe in Stuttgart verurteilt worden. Mit dieser Reise wollten wir auch sein Schicksal besser verstehen und nachvollziehen können“, so Ralf Bogen vom Vorstand der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber. Ausgrenzung und Verfolgung Homosexueller in Baden-Württemberg endlich konsequent aufzuarbeiten, forderten Weissenburg e. V. und IG CSD e. V. anlässlich des diesjährigen Gedenktags zur Befreiung des

KZ Auschwitz. Darin hieß es: „Wenn der Ort ‚Hotel Silber‘, von dem die Verfolgung in der NS-Zeit und danach ausging, zu einem Ort des offenen Bekenntnisses zur Vielfalt des Lebens sowie des gegenseitigen Lernens und Verstehens wird, dann waren diese Opfer nicht vergeblich“.

Ralf Bogen und Werner Biggel

Neues aus dem Landes-Netzwerk

Am Montag, den 08.07.2013 trafen sich Vertreter der einzelnen Themengruppen aus dem Landenetzwerk mit Mitarbeiterinnen des Statistischen Landesamtes in Stuttgart. In dem Workshop sind die Verfahrensweisen der bevorstehenden landesweiten Workshops vorgestellt und besprochen worden.

Zum ersten Workshop in Stuttgart im November 2013 sind alle Interessierten aus der Community herzlich eingeladen. VelsPol-BW vertritt den Themenbereich Gewalt und Hasskriminalität.

Baden-Württemberg tritt Koalition gegen Diskriminierung bei



Baden-Württemberg ist der „Koalition gegen Diskriminierung“ beigetreten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann und die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des

Bundes (ADS), Christine Lüders, unterzeichneten dazu in Stuttgart die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“.

Ziel der Vereinbarung ist es, gemeinsame Anstrengungen gegen Diskriminierung zu organisieren und dafür Sorge zu tragen, dass der Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen politisch verankert wird. Baden-Württemberg ist das achte Land, das der Koalition beigetreten ist.

„Das ist ein ganz wichtiges Zeichen für alle Menschen in Baden-Württemberg, die Opfer von Benachteiligungen werden – und auch für diejenigen, die in Beratungsstellen vor Ort mit großem persönlichem Engagement dagegen eintreten“, sagte ADS-Leiterin Christine Lüders und dankte Ministerpräsident Winfried Kretschmann für den Beitritt des Landes: „Mit seiner Unterschrift zeigt der Ministerpräsident, dass der Kampf gegen Diskriminierung in Baden-Württemberg ein wichtiges Thema ist.“

Vielfalt ist große Chance

Ministerpräsident Kretschmann betonte: „Die baden-württembergische Landesregierung misst Diskriminierungsschutz, Akzeptanz und Toleranz einen sehr hohen Stellenwert bei. Unsere Aufgabe ist es, konkret hinzuschauen, wo Menschen bewusst oder unbewusst ausgegrenzt werden. Denn Antidiskriminierung darf kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss zu konkreter Politik führen. Schließlich ist Vielfalt eine große Chance und unser Potenzial für die Zukunft.“

Tolerantes und weltoffenes Land

Konkrete Maßnahmen gegen Diskriminierung hat Sozialministern Katrin Altpeter bereits auf den Weg gebracht. Sie verwies auf den Aktionsplan für Toleranz und Chancengleichheit, an dem ihr Haus zurzeit zusammen mit allen relevanten Verbänden und Organisationen und den anderen Ministerien arbeitet. Ziel ist ein Maßnahmenkatalog, um noch bestehende Diskriminierungen gegen Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender im Land abzubauen.

Auch bei der Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderung sei man bereits deutlich vorangekommen, so die Ministerin. Gemeinsam mit dem Landesbehindertenbeauftragten und einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern, Gruppen, Organisationen und Verbänden werde daran gearbeitet, Baden-Württemberg inklusiv zu planen, zu gestalten und zu leben. „Wir sind angetreten mit dem Ziel, Baden-Württemberg zu einem toleranten und weltoffenen Land zu machen und wir setzen das um“, sagte Altpeter.

Für Chancengerechtigkeit und Teilhabe

Integrationsministerin Bilkay Öney sieht das Land auf einem guten Weg beim Thema Integration: „Wie die Studie ‚Gelebte Vielfalt‘ des Integrationsministeriums ergeben hat, ist die Bevölkerung in Baden-Württemberg für das Thema Diskriminierung sensibilisiert“, sagte die Ministerin. Rund die Hälfte der Befragten sieht Migrantinnen und Migranten auf dem

Ausbildungs- und Arbeitsmarkt benachteiligt, 61 Prozent auf dem Wohnungsmarkt. Öney: „Diskriminierung und Ausgrenzung haben viele hässliche Gesichter. Eines davon ist der Alltagsrassismus. Oftmals sehen wir ihn nicht, oder wir wollen ihn nicht sehen.“

Das Integrationsministerium unterstützt eine Reihe von Projekten, die Menschen für das Thema sensibilisieren, zum Beispiel anonymisierte Bewerbungsverfahren, Arbeit gegen Zwangsverheiratung und präventive Ansätze wie „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ oder „Instant Acts gegen Gewalt“. Auch die interkulturelle Öffnung von Verwaltung, Verbänden und Vereinen unterstützt Chancengerechtigkeit und Teilhabe.

Die Koalition gegen Diskriminierung ist Teil der „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“, die Anfang 2011 startete. Im Rahmen dieser Offensive fördert die Antidiskriminierungsstelle des Bundes deutschlandweit Beratungsstellen und verstärkt ihre Öffentlichkeitsarbeit. Die ADS setzt dabei auf eine enge Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen. Die Unterzeichner der „Koalition gegen Diskriminierung“ machen mit ihrer Unterschrift deutlich, dass sie entschieden gegen Diskriminierung vorgehen wollen und gemeinsame Strategien gegen Diskriminierung entwickeln wollen.

Umfrage

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Ich bin Studentin an der HWR Berlin und im Rahmen meiner Abschlussarbeit untersuche ich den Zusammenhang von der Darstellung sexueller Orientierung in der Werbung und der Einstellung der Betrachter zu eben dieser Anzeige. Da ich eine möglichst breite Schicht an homo- und heterosexuellen Umfrageteilnehmern anstrebe, möchte ich Ihnen hier kurz meine Idee erklären und hoffe, dass Sie Interesse haben, mich ein wenig zu unterstützen.

Die Grundidee stammt vom Diversity Ansatz, der in einigen Unternehmen im Personalwesen angestrebt wird und bei dem man bewusst Bewerbungen von Minderheiten in Betracht zieht. Dieser Ansatz wird auch vermehrt in der Werbung aufgegriffen, indem man zum Beispiel auch ethnische Minderheiten zeigt...doch leider werden bis heute eher selten homo- oder bisexuelle Inhalte dargestellt und selbst wenn, oft mit fraglichen Beweggründen. Oft wird es vermieden mit der Begründung „man wolle seine breite Konsumentenbasis nicht vor den Kopf stoßen“.

Dies ist jedoch nirgends belegt, da ein Trade-off zwischen dem „vor den Kopf stoßen“ und den positiven Effekten, die nicht nur aus der entsprechenden Community sondern auch von toleranten und offenen heterosexuellen Bevölkerungsteilen (zum Teil zum Beispiel in urbanen Räumen) kommen können.

Mit meiner Arbeit möchte ich erste Grundlagen schaffen, dem auf den Grund zu gehen, indem ich verschiedenen Gruppen meine von mir produzierten Printanzeigen (siehe Anhang) präsentiere und anhand meines Fragebogens ihre Einstellung dazu erfrage.

Der Fragebogen ist auf Englisch gehalten, aus mehreren Gründen, aber vorrangig, da meine Arbeit auch auf Englisch verfasst sein wird. Es ist absolut nicht möglich, Antworten zurückzuverfolgen. Anonymität ist also gewährleistet.

Den Fragebogen können Sie hier einsehen (Testansicht) :

http://www.q-set.de/Meine_Online-Umfragen/Umfrage_testen.php?screenData%5BsCode%5D=KCNQEAKDSSVJ

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich durch Ihre Hilfe ein paar weitere Teilnehmer erreichen könnte (zum Beispiel durch eine Nennung in Ihrem Newsletter oder Post auf einer Facebook Fanpage).

Bei Interesse leite ich Ihnen meine Resultate natürlich gern weiter!

Für Fragen stehe ich Ihnen jederzeit unter dieser eMail Adresse oder unter 0177-794-17-16 zur Verfügung.

Mit besten Grüßen,

Sylvia Liebold

LGBTIQ – Empfang im Landtag



Nachdem Ministerpräsident Kretschmann im vergangenen Jahr erstmals Lesben und Schwule in den Garten des Staatsministeriums eingeladen hatte, wurde die Community in diesem Jahr in den Landtag eingeladen. Sozialministerin Altpeter stellte den Stand des Aktionsplanes vor und Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien diskutierten über die Stellung von Lesben und Schwulen in der Gesellschaft.

National / International

Bundesseminar 2013



Das Bundesseminar startet am 17.07.2013. Aktuelles aus den Vorträgen und den Workshops wird zeitnah auf facebook gepostet. Erste Bilder vom Empfang im Frankfurter Römer gibt es am 17.07.2013, ab 19.00 Uhr.

Einführung von AgL bei der Bundespolizei

Gutes Beispiel des Bundespolizeipräsidenten - Vorbild für unkomplizierte Einrichtung von AGL in der Polizei.

Heute führte der Vorstand des Vereines lesbischer und schwuler Polizeibediensteter Berlin-Brandenburg ein erstes Arbeitsgespräch mit dem Bundespolizeipräsidenten, Herrn Dieter Romann in Potsdam. Themen waren die Arbeit des Vereines, der Umgang der Bundespolizei mit den queeren Medien, das Bundesseminar und die EGPA-Tagung 2014. Eines der Ergebnisse des sehr offenen, persönlichen und kooperativen Gespräches war die heutige Einsetzung des Ansprechpartners für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Bundespolizei. Eine jahrelange Forderung unseres Verbandes. Quelle der Fotos: Bundespolizeipräsidium Potsdam“

» Startseite » Infothek

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Bundespolizei

12.07.2013

Probleme und Herausforderungen gleichgeschlechtlich lebender Bediensteter der Bundespolizei waren gestern Thema eines Gesprächs im Bundespolizeipräsidium: Die Leitung des Bundespolizeipräsidiums traf sich mit Vorstandsmitgliedern des „Vereins lesbischer und schwuler Polizeibediensteter“ (VelsPol).

Dr. Dieter Romann, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, erklärte dazu:
„Auf Vorschlag von VelsPol habe ich heute Herrn David Petry zunächst zum zentralen Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Bundespolizei benannt. Die Aufgabenwahrnehmung der Gleichstellungsbeauftragten wird davon nicht tangiert. Ich erhoffe mir von diesem zentralen Ansprechpartner eine erleichterte Kommunikation.“

David Petry, Mitarbeiter des Bundespolizeipräsidiums, steht fortan bei Fragen und Problemen für alle Angehörigen der Bundespolizei zur Verfügung. Er erklärte hierzu:



„Ich freue mich ganz besonders, dass die Leitung des Bundespolizeipräsidiums heute beschlossen hat, einen Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Bundespolizei zu benennen.“

„Mein Name ist David Petry und ich arbeite bei der Verbindungsstelle für den Digitalfunk in der Bundespolizei im Bundespolizeipräsidium. Seit einigen Monaten bin ich Mitglied in VelsPol. Wir stehen für Gespräche, Hilfe oder Rat zur Verfügung - für Arbeiter, Angestellte und Beamte.“

David Petry

„Ich sehe mich in erster Linie als Ansprechpartner für lesbische, schwule, bisexuelle und transidente Polizeibeamte und Angestellte bei Problemen innerhalb des Dienstes und strebe eine enge Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten an.“

„Eine sehr wichtige Basis des Vertrauens ist die Zusicherung absoluter Diskretion und Wahrung der Anonymität. Ich freue mich schon sehr auf meine Aufgabe und auf Ihre Unterstützung.“



v.l.n.r.: David Petry, Dr. Dieter Romann, Marco Klingberg
 (Stellv. Vorsitzender Bundesverband), Rudolf Hubl
 (Vorsitzender Landesverband Berlin-Brandenburg)



Quelle: BPOLP, StSt ÖA

Symposium der Polizei RLP

Polizeikurier Rheinland-Pfalz - Ermutigung zu einem Klima d...

<http://www.polizei.rlp.de/polizeikurier/sub/2ec/2ec106f4-86a2...>



Symposium zum Thema "Vielfalt als Chance - Gleichgeschlechtliche Lebensweisen als Herausforderung für die Polizei"



"Vielfalt als Chance verstehen - Gleichgeschlechtliche Lebensweisen als Herausforderung für die Polizei", unter dieser Überschrift stand ein Symposium, das von Innenstaatssekretärin Heike Raab an der Landespolizeischule in Hahn-Flughafen eröffnet wurde. "Wir wollen mit diesem Symposium einen Impuls in die Polizeiorganisation setzen, dass es sich lohnt, beim Thema sexuelle Identität ein Klima der Offenheit und Akzeptanz auch innerhalb der Polizei zu schaffen", betonte Raab. Dies betreffe den polizeilichen Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie den kollegialen Umgang der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten untereinander.

Sie sei davon überzeugt, sagte die Staatssekretärin, dass es sich beispielsweise auch auf die Umstände einer Anzeigenaufnahme eines schwulen oder lesbischen Gewaltopfers auswirkt, ob auf der Dienststelle Polizistinnen und Polizisten Dienst tun, die selbst lesbisch oder schwul sind und dabei mit ihrer sexuellen Orientierung und Identität selbstverständlich akzeptiert und in den Dienstalltag integriert sind oder nicht. Niemand solle einen Freund oder eine Freundin erfinden müssen, um heterosexuell zu erscheinen und erst damit als Person akzeptiert zu werden.

Das Symposium ist Teil der Strategie der Landesregierung für Vielfalt sowie des Aktionsplans "Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen".

Homophobe Haltung als ein Ausdruck von Menschenfeindlichkeit

Der Vormittag stand im Zeichen von Vorträgen. Den wissenschaftlichen Grundstein legte Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein in Krefeld und Mönchengladbach. Mit ihren Ausführungen zum Thema "Anders und oft nicht gleich ... Die Abwertung von schwulen und lesbischen Menschen als Teil einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" machte die Sozialwissenschaftlerin deutlich, wie Vorurteile entstehen, wie sie wirken und sich verstärken. Dazu stellte die Referentin auch die Ergebnisse einer Studie der Universität Bielefeld aus dem Jahr 2011 vor. Homophobe Einstellungen gibt es demnach gemäß Ländervergleich in Rheinland-Pfalz noch relativ häufig. Ergebnis der Studie war auch, dass Menschen, die homophobe Einstellungen teilen, oftmals auch andere Gruppen abwerten, die sie als Minderheit, fremdartig oder bedrohlich empfinden, so etwa Migranten oder Obdachlose.

Thomas Ulmer vom Polizeipräsidium Stuttgart bilanzierte die allmählich veränderte Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen innerhalb der Polizei während der vergangenen 20 Jahre. Einen "Umdenkungsprozess" stelle er auch bei der Polizeiführung fest. Auf beiden Seiten bestehe aber immer noch Verbesserungsbedarf was Offenheit und Transparenz betrifft. Nach Ulmers Einschätzung beträgt der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, die lesbisch oder schwul sind, etwa zehn Prozent. Der Referent stellte auch die Ziele und Angebote des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibedensteter (VelsPol) vor.

Sich verstellen zu müssen, kostet enorme Energie und schadet damit allen

Diplom-Psychologe Dominic Frohn präsentierte Ergebnisse seiner Studie "Out im Office", die einleuchtend dokumentiert, dass ein Klima mangelnder Offenheit beim Thema sexuelle Orientierung und Identität auch betriebswirtschaftlich negative Folgen hat. Frohn verdeutlichte das an einem einfachen Beispiel: Man möge sich als heterosexuell empfindender Mensch einmal vorstellen, nur für einen einzigen Tag im Kollegenkreis keinerlei Informationen über sein Privatleben mehr preiszugeben, das heißt jegliche Äußerung zum Feierabend, zu Urlaubsplänen, Wochenenden und privaten Unternehmungen mit der Partnerin oder dem Partner zu unterlassen - selbst auf entsprechende Nachfragen hin. Dies koste ein hohes Maß an psychischer Energie und Konzentration, die der beruflichen Tätigkeit unwillkürlich verloren gehe. Als ein Signal der Offenheit empfahl Frohn den Vorgesetzten "offene Fragestellungen", bei Männern also nicht nur nach einer "Partnerin" zu fragen und bei Frauen nicht nur nach einem "Partner". Dies signalisiere Offenheit in einer für die Betroffenen wichtigen Fragestellung.

Polizeiliche Ansprechstelle wirkt nach innen und nach außen

Polizeikurier Rheinland-Pfalz - Ermutigung zu einem Klima d...

<http://www.polizei.rlp.de/polizeikurier/sub/2ec/2ec106f4-86a2...>

Angela Düpper (LKA) berichtete über die Arbeit der im Jahr 2011 eingerichteten Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Polizei Rheinland-Pfalz (Agl), im Nebenamt besetzt durch Roland Kohn (WSP) und Angela Düpper. Zum einen hat diese die Aufgabe, bei internen Anfragen zum Themenbereich der sexuellen Orientierung und Identität die Kolleginnen und Kollegen zu informieren und zu beraten. Zum anderen steht sie den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, die zu diesen Fragen mit der Polizei in Kontakt treten wollen oder Opferschutz brauchen. Zudem erläuterte die Referentin die Möglichkeiten des kriminalpolizeilichen Melddienstes gemäß KPMs, der - anders als die PKS - die spezielle Erfassung homophober Straftaten im Bereich der Hasskriminalität ausdrücklich vorsieht. Diese Möglichkeit werde bisher aber kaum genutzt. Entscheidend für die Erfassung sei dabei nicht etwa die tatsächliche sexuelle Orientierung des Opfers, sondern vielmehr die Motivation des Täters. Laut einer bundesweiten sozialwissenschaftlichen Studie ereigneten sich in Rheinland-Pfalz im Untersuchungsjahr 2008 etwa 230 homophobe Straftaten. Alarmierendes Ergebnis der Berliner Studie: Nur etwa 13 Prozent aller Fälle kommen zur Anzeige. Schwellenängste abzubauen, sei daher eine zentrale Aufgabe der polizeilichen Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen.

Ansprechpartner in allen Präsidien bleibt ein weiteres Ziel

"Akzeptanz" Der Sprecher des Netzwerks "QueerNet", Joachim Schulte, stellte die Ziele und bisherigen Ergebnisse der Arbeit seiner Organisation vor. QueerNet mit Hauptsitz in Mainz und Büros in allen Oberzentren des Landes betreibt Menschenrechtsarbeit in Bezug auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI) in Rheinland-Pfalz. Zu den Aufgaben des Netzwerks zählt die Antidiskriminierungsarbeit auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen. Die Ziele von QueerNet machte der Referent an den Begriffen "Akzeptanz" und "Sichtbarkeit" fest: Interessierte "Akzeptanz" reiche dabei sehr viel weiter als eine nur duldende "Toleranz". Und selbstbewusste "Sichtbarkeit" sei ihm noch wichtiger als nur ein Teil gesellschaftlicher "Vielfalt" zu sein. Besonders hob Schulte die mit der Landesregierung geschlossene Zielvereinbarung mit dem Netzwerk hervor, die in anderen Bundesländern ihresgleichen suchte. Für die Polizei Rheinland-Pfalz wünschte er sich die Einrichtung von Ansprechpartnern in allen Polizeipräsidien.

Vorurteile intern möglichst vermeiden, Opfer extern beraten und schützen

Am Nachmittag wurden zwei größere Gesprächsgruppen gebildet. Die erste Gruppe mit den Moderatorinnen Sabine Jakobi (LPS) und Silke Röhs (PP Frankfurt) setzte sich mit der Vorbeugung von homophoben Einstellungen und Verhaltensweisen in der Polizei sowie dem angemessenen Umgang mit schwulen und lesbischen Gewaltopfern und Anzeigeerstattern auseinander. Dabei wurde deutlich, dass auch in der Polizei Rheinland-Pfalz noch Raum für eine Klimaverbesserung ist. Ein Teilnehmer beschrieb die Situation mit den Worten: "Dass wir offensichtlich ein Problem haben, wird schon daran deutlich, dass ich keinen einzigen schwulen Polizeibeamten kenne."

Coming-Out in den Reihen der Polizei braucht Offenheit und Mut

In der zweiten Gesprächsgruppe berichteten Christian Blohm und Erik Werle von der Bundespolizei über eigene Erfahrungen beim Coming-Out in einer Polizeiorganisation. Sie machten deutlich, dass es nicht nur der Offenheit in der Polizeiorganisation bedarf, sondern auch den Mut der Betroffenen braucht, sich zu outen. Im zweiten Teil der Gruppenarbeit beschrieb eine transsexuelle Kollegin ihren schwierigen inneren und äußeren Weg der Geschlechtsangleichung vom Mann zur Frau. Dieses beeindruckende Zeugnis machte deutlich, dass das Thema sexuelle Orientierung und Identität nicht allein auf Schwule und Lesben beschränkt ist.

Es geht um den Respekt vor der Identität von Menschen

Dr. Rita Wirrer (ISIM) moderierte die Veranstaltung gemeinsam mit Sabine Jakobi und fasste die Ergebnisse der Gesprächsgruppen zusammen. Dabei betonte sie, hier gehe es um den Respekt vor der Identität von Menschen. Diesen Grundgedanken sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihren beruflichen und privaten Alltag hineinragen.

Polizeiführungskräfte verschiedener Ebenen, Sozialberaterinnen und Sozialberater der Polizei, Polizeiseelsorger und interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an diesem Symposium teil. Neben den Polizeipräsidenten Wolfgang Erfurt (Westpfalz) und Lothar Schömann (Trier) war auch derstellvertretende Leiter der Wasserschutzpolizei, Harald Brock, unter den Teilnehmern. Nach seinem Eindruck befragt, sagte Polizeipräsident Schömann: "Meine Teilnahme erachte ich als selbstverständlich. Das Symposium war informativ und hätte noch mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer verdient." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Autor Tobias Burkey, ISIM
Herausgeber Redaktion Polizeikurier
Aktualisierungsdatum 10.07.2013

IDAHO-Konferenz in Den Haag



Mitte Mai haben sich LGBTTIQ-Vertreter aus ganz Europa zur IDAHO-Konferenz in Den Haag getroffen. VelsPol war innerhalb der EGPA auf der Konferenz vertreten. Paul Franey von G-Force (IRL) hat auf der Konferenz ein Fortbildungskonzept zum Thema Hasskriminalität vorgestellt. Darüber hinaus wurden Fortbildungskonzepte zu den Themen Homosexualität und Hatecrime auf der Konferenz vorgestellt. Ausführlich diskutiert wurde die FRA-Studie zur Situation von LGBTTIQ-Personen in Europa und Kroatien.

Höhepunkt der Veranstaltung war ein Galadinner mir Königin Maxima und ein persönlicher Empfang der EGPA-Mitglieder.



Dies ist eine kurze Übersicht über einige der Umfrageergebnisse. Die wichtigsten Ergebnisse, relevante Diagramme und Kommentare sind im Kurzbericht enthalten. Die vollständigen Umfrageergebnisse sind im Hauptbericht enthalten.

1. Warum und wie wurde die LGBT-Umfrage innerhalb der EU durchgeführt?

Die FRA führte auf Anfrage der Europäischen Kommission in allen EU-Mitgliedstaaten und Kroatien eine Online-Umfrage unter homosexuellen, bisexuellen und Transgender-Personen (eng. Akronym: LGBT) durch, die u. a. Diskriminierung und Hassverbrechen zum Gegenstand hatte. Bei der Umfrage wurden in allen EU-Mitgliedstaaten und Kroatien in großem Umfang empirische Daten gesammelt. Die Zielgruppe bestand aus volljährigen Personen, die sich selbst als homo- bzw. bisexuell oder als Transgender betrachten. Die anonym durchgeführte Umfrage wurde in allen 23 offiziellen Sprachen der EU (außer Irisch), inklusive Katalanisch, Kroatisch, Luxemburgisch, Russisch und Türkisch, online verfügbar gemacht. Nach offener Ausschreibung erhielt Gallup Europe den Zuschlag und führte von April bis Juli 2012 in Zusammenarbeit mit der ILGA-Europe (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and

Intersex Association) die von der FRA konzipierte Umfrage durch. ILGA-Europe, die vertretende europäische Dachorganisation der zivilgesellschaftlichen LGBT-Organisationen, unterstützte die Umfrage mit nationalen Experten.

Die Ergebnisse spiegeln die Erfahrungen der über 93 000 Einzelpersonen, die an der Umfrage teilgenommen haben, wieder. Zwar sind die Daten nicht repräsentativ für alle LGBT-Personen in der EU, doch ist die Anzahl der TeilnehmerInnen sehr hoch. Bei den Daten handelt es sich um die bislang größte Sammlung empirischer Informationen in Europa. Die Umfrage ist in ihrer Form die weitreichendste und umfassendste Umfrage zu Erfahrungen von LGBT-Personen in der EU und Kroatien. Im Zuge der Umfrage wurde eine angemessene Anzahl unterschiedlicher Meinungen sowie Verhaltensmuster und Einstellungen von LGBT-Gruppen erfasst, die eine detaillierte Datenanalyse ermöglicht. Weitere Informationen finden Sie im technischen Bericht.

2. Welche Fragen wurden bei der Umfrage gestellt?

Die TeilnehmerInnen wurden nach ihren Erfahrungen in Bezug auf Diskriminierung, Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, in sozialen Dienstleistungen und an öffentlichen Orten wie Cafés, Restaurants, Banken und Geschäften, gefragt. Den Fragen lagen durch die EU geschützte Persönlichkeitsrechte und weitere internationale Standards zugrunde. Sofern die TeilnehmerInnen entsprechende Erfahrungen gemacht hatten, wurde nach weiteren Detailinformationen gefragt. Die TeilnehmerInnen wurden ebenfalls nach 2 grundlegenden Aspekten ihres Alltags gefragt, einschließlich ihrer Wahrnehmung der öffentlichen Meinung über LGBT-Personen, der Sichtbarkeit von LGBT-Personen im öffentlichen Leben und negativer Reaktionen der breiten Öffentlichkeit.

Transgender-Personen wurden ebenfalls entsprechend spezifische Fragen zum Gesundheitswesen und zu ihren Erfahrungen bei der Geschlechtsangleichung in offiziellen Dokumenten gestellt.

Zudem wurde bei der Umfrage eine große Menge soziodemographischer Daten gesammelt, die u. a. den Bildungsweg, den Beschäftigungs- und Beziehungsstatus, den zivilen und elterlichen Status sowie das Einkommen der Teilnehmer betrafen.

3. Wie häufig ist Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung oder geschlechtlicher Identität?

Etwa die Hälfte aller TeilnehmerInnen gab an, innerhalb eines Jahres vor der Umfrage persönliche Diskriminierung oder Belästigung in Bezug auf ihre sexuelle Ausrichtung erfahren zu haben. Der Großteil der persönlich diskriminierten oder belästigten Personen fand sich unter lesbischen Frauen (55 %), jungen TeilnehmerInnen zwischen 18 und 24 Jahren (57 %) und den UmfrageteilnehmerInnen mit dem geringsten Einkommen (52 %).

Von den TeilnehmerInnen, die sich innerhalb eines Jahres vor der Umfrage in einem Arbeitsverhältnis befanden oder arbeitssuchend waren, fühlte sich ein Fünftel diskriminiert. Unter den UmfrageteilnehmerInnen, die sich als Transgender bezeichnen, fühlte sich ein Drittel diskriminiert. In allen Ländern wurden jeweils zwei Drittel der

Befragten Zeugen negativer Kommentare oder Behandlung gegenüber LGBT-Personen am Arbeitsplatz.

Ein Drittel der TeilnehmerInnen gab an, in mindestens einem der folgenden Bereiche aufgrund der sexuellen Ausrichtung persönlich diskriminiert worden zu sein:

Wohnverhältnis, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, soziale Dienste und Zugang zu Gütern und Dienstleistungen.

4. Wie empfanden LGBT-Personen ihre Schulzeit?

Zwei Drittel der UmfrageteilnehmerInnen versteckten oder verschwiegen ihre sexuelle Ausrichtung während ihrer Schulzeit bis zum Alter von 18 Jahren. Mindestens 60 % erfuhren persönlich negative Kommentare oder Behandlung in der Schule aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung. Über 80 % aller Befragten in den jeweiligen LGBT-Gruppen in allen Ländern wurden Zeugen negativer Kommentare oder Behandlung einer Mitschülerin/eines Mitschülers, weil diese(r) als LGBT-Person wahrgenommen wurde. Zwei Drittel gaben an, dass diese Kommentare oder Verhaltensweisen während ihrer Schulzeit sehr häufig auftraten oder allgegenwärtig waren. Zwei Drittel gaben ebenfalls an, ihre wahre sexuelle Ausrichtung während der Schulzeit häufig oder immer versteckt bzw. verschwiegen zu haben. Dies gilt speziell für homo- und bisexuelle Männer.

5. Wie häufig sind Hassverbrechen an LGBT-Personen?

In den vergangenen fünf Jahren wurden 26 % aller UmfrageteilnehmerInnen entweder angegriffen oder mit Gewalt bedroht. Unter den befragten Transgender-Personen liegt der Anteil bei 35 %. Von den Personen, die innerhalb des vergangenen Jahres Gewalt erfahren hatten, gaben 59 % an, der jüngste Angriff oder die jüngste Androhung von Gewalt sei zustande gekommen, da sie als LGBT-Person wahrgenommen wurden. Innerhalb eines Jahres vor der Umfrage wurden 19 % Opfer von Belästigung, die ihrer Einschätzung nach deshalb erfolgte, weil sie als LGBT-Person wahrgenommen wurden. Die Vorfälle ereigneten sich überwiegend an öffentlichen Orten und wurden von mehreren – für gewöhnlich männlichen – Personen verursacht, die dem Opfer unbekannt waren. Allerdings wurden 7 % der jüngsten gewalttätigen Übergriffe innerhalb des vergangenen Jahres von einem Familienmitglied des Opfers verübt oder ereigneten sich im Haushalt des Opfers. Etwa 30 % der an der Umfrage teilnehmenden Transgender-Personen gaben an, innerhalb des vergangenen Jahres häufiger als dreimal Opfer von Gewalt oder Gewaltandrohungen geworden zu sein.

6. Wie nehmen LGBT-Personen ihre Behandlung innerhalb der Gesellschaft war?

Die EU gründet auf Werten der Gleichheit und des Respekts, dennoch sind drei Viertel der befragten LGBT-Personen der Ansicht, Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung sei in ihrem Wohnsitzland weit verbreitet. Weitere statistische Beispiele zum Alltag von LGBT-Personen:

48 % der Befragten gehen innerhalb ihrer Familie offen mit ihrer sexuellen Ausrichtung um, 28 % offenbaren sich niemandem oder nur einigen Freunden. Nur 21 % teilen ihre sexuelle Ausrichtung ihren Arbeitskollegen oder Mitschülern mit.

Beinahe die Hälfte aller Befragten ist der Auffassung, dass unter den Politikern in ihrem Wohnsitzland verbale Beleidigung von LGBT-Personen weit verbreitet ist.

Zwei Drittel halten aus Angst, hierfür angegriffen, bedroht oder belästigt zu werden, in der Öffentlichkeit ungern die Hand ihres gleichgeschlechtlichen Partners. Unter den homo- und bisexuellen männlichen Umfrageteilnehmern liegt dieser Anteil bei 75 %.

50 % Prozent aller UmfrageteilnehmerInnen meiden bestimmte Orte oder Plätze aus Angst, aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung angegriffen, bedroht oder belästigt zu werden. Zu diesen Orten zählen insbesondere öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Straßen und Plätze sowie öffentliche Gebäude.

Von allen Gruppen fühlten sich die an der Umfrage teilnehmenden Transgender-Personen am häufigsten persönlich diskriminiert oder erfuhrn Gewalt.

7. Was kann für mehr Gleichbehandlung und Respekt für LGBT-Personen getan werden?

Zwar existieren im EU-Recht Gesetze zum Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung am Arbeitsplatz, doch besteht in diesem Bereich weiterhin Diskriminierung. Der EU stehen mehrere rechtliche und richtlinienbezogene Werkzeuge zur Verfügung, **um der Sachlage entgegenzuwirken und systematische Initiativen zum Kampf gegen Diskriminierung** aufgrund sexueller Ausrichtung und geschlechtlicher Identität zu entwickeln. Auch die Mitgliedstaaten müssen auf Grundlage der Umfrageergebnisse entsprechende Richtlinien weiterentwickeln, umsetzen und überwachen. Die EU-Mitgliedstaaten, die bereits spezielle LGBT-Aktionspläne erarbeitet oder diese Problematik in nationale menschenrechtsbezogene Aktionspläne integriert haben, können ihre

Vorgehensweise durch die Auswertung der länderspezifischen Daten weiter anpassen. Der Schutz vor Diskriminierung innerhalb aller EU-Mitgliedstaaten würde beträchtlich davon profitieren, wenn **entsprechende Maßnahmen über das Arbeitsrecht hinaus umgesetzt werden würden**. Mit der von der EU vorgeschlagenen horizontalen Richtlinie würde das Prinzip der Gleichberechtigung auf folgende Bereiche ausgedehnt werden: Religion, Glaubenseinstellung, Behinderung, Lebensalter und sexuelle Ausrichtung. In Bezug auf das Bildungswesen müssen die Mitgliedstaaten auf die Schaffung **eines schulischen Umfelds hinarbeiten, das für junge LGBT-Personen** sicher ist, unterstützend wirkt sowie frei von Mobbing und Ausgrenzung ist. Hierzu zählt neben der Förderung von Respekt und

Verständnis unter Lehrern und Schülern auch die Behandlung von LGBT-bezogenen Problemen innerhalb der Klasse. Dabei muss beispielsweise sichergestellt werden, dass objektive Informationen zu sexueller Ausrichtung, geschlechtlicher Identität und geschlechtlichem Ausdruck im Schulunterricht und bei Schulungen für Lehrkräfte vermittelt werden. Die Legislative und die Schulen der Mitgliedstaaten müssen ebenfalls entsprechende Richtlinien gegen homophob und transphob motiviertes Mobbing festlegen. Wie die Umfrageergebnisse zeigen, bringen LGBT-Personen entsprechende Vorfälle häufig nicht zur Anzeige, da sie entweder der Auffassung sind, hierdurch würde sich nichts ändern

(60 % der Befragten), oder nicht wissen, wie oder wo die Vorfälle zur Anzeige gebracht werden müssen (30 % der Befragten). Beinahe die Hälfte der Befragten brachte aufgrund der Annahme, die Polizei würde nichts unternehmen, Vorfälle in Bezug auf Hassverbrechen nicht zur Anzeige. Diese Verhaltensmuster kristallisierten sich auch aus der Arbeit der FRA mit anderen Gruppen, z. B. soziale Minderheiten und Migranten, heraus. Die Gesetze auf europäischer sowie auf nationaler Ebene müssen die Bevölkerung vor homophob und transphob motivierten Hassreden und Straftaten schützen. Die Wahrnehmung der entsprechenden Persönlichkeitsrechte und die Möglichkeiten, Diskriminierungen und hassmotivierte Gewalt zur Anzeige zu bringen, müssen gefördert werden. Die Mitgliedstaaten müssen ebenfalls **die Problematik der nicht zur Anzeige gebrachten Vorfälle** in Angriff nehmen, indem Gleichbehandlungsstellen und weitere Beschwerdemechanismen auf nationaler Ebene gestärkt werden, um so auf Diskriminierung aufmerksam zu machen sowie darauf, was LGBT-Personen selbst tun können. Die Mitgliedstaaten sollten auch die Strafverfolgungsbehörden im Umgang mit LGBT-bezogenen Problemen schulen bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen dazu ermutigen, Vorfälle im Namen der Opfer zur Anzeige zu bringen. Die Daten des Hassverbrechens, einschließlich der Beweggründe für die Straftat, müssen aufgezeichnet werden, um die Mitgliedstaaten beim Ergreifen entsprechender Maßnahmen zu unterstützen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen homophob und transphob motivierte **Hassreden und -verbrechen speziell thematisieren und die strafrechtliche Verfolgung entsprechender Vorfälle ermöglichen.**

8. Weitere Informationen zur Arbeit der FRA im Hinblick auf die Rechte von LGBT-Personen

Infolge der Anfrage des europäischen Parlaments, die Diskriminierung von LGBT-Personen und Homophobie innerhalb der EU zu untersuchen, begann die FRA im Jahr 2007 mit ihrer Arbeit zur Stärkung der Grundrechte von LGBT-Personen.

- ☒ Im Jahr 2008 erstellte die FRA einen Bericht zur rechtlichen Situation von LGBT-Personen innerhalb der EU. Dieser wurde im Jahr 2010 aktualisiert.
- ☒ Ein im Jahr 2009 erstellter Bericht behandelte die soziale Situation von LGBT-Personen innerhalb der EU.
- ☒ Im Jahr 2011 wurde eine Zusammenfassung der sozialrechtlichen Ergebnisse veröffentlicht (einschließlich Trendanalyse, Darstellung der Herausforderungen und vielversprechender Lösungsansätze), die die Unterschiede innerhalb der EU im Hinblick auf den Schutz vor LGBT-bezogener Diskriminierung aufzeigte.
- ☒ Aktuell befragt die Agentur im Hinblick auf die Grundrechte von LGBT-Personen öffentliche Behörden, Lehrkräfte, Strafverfolgungsbehörden und im Gesundheitswesen tätige Personen, wobei folgende Themen im Fokus stehen: Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Gesetzesvollzug und öffentliche Richtlinien.

Informationen zur Arbeit der FRA im Hinblick auf die Rechte von LGBT-Personen und die entsprechenden Veröffentlichungen finden Sie hier: : <http://fra.europa.eu/de/theme/lgbt-personen>

Wenden Sie sich an das FRA Media Team, um weitere Informationen zu erhalten:

E-Mail: media@fra.europa.eu / Tel.: +43 1 58030-858

5 Jahre PinkCop in der Schweiz



Mit einer tollen Veranstaltung haben PinkCop ihr 5-jähriges Bestehen in Zürich gefeiert. Hochrangige Vertreter aus Polizei und Politik haben am Vorabend des Zürich-Pride an der Veranstaltung teilgenommen. Das Grußwort für VelsPol-BW, als 'Hebamme' der PinkCop hat Thomas Ulmer gesprochen.



EGPA – Konferenz 2014



Das Mitarbeiternetzwerk VelsPol-Deutschland e.V. lädt zur Teilnahme an der

7. EGPA-Konferenz im Jahr 2014 nach Berlin ein.

Alle zwei Jahre kommen LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) Polizeibedienstete, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Polizeibehörden aus ganz Europa, anlässlich der internationalen EGPA-Konferenz (European Gay Police Association) zusammen.

Die 7. EGPA-Konferenz findet vom 18. bis 21.06.2014 in der Bundeshauptstadt Berlin statt und wird vom Mitarbeiternetzwerk VelsPol-Deutschland e.V. organisiert und ausgerichtet.

www.egpa2014.com.

Stammtischtermine

Der nächste Stammtisch findet am Freitag 02.08.2013, 20.00 Uhr im Restaurant 'Pfiff' statt;



Stammtischtermine 2013:

02.08.2013

02.08.2013

06.09.2013

04.10.2013

08.11.2013

Mitgliederversammlung

06.12.2013

Besuch
Weihnachtsmarkt

Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

Mitgliedsantrag

() Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
() Fördermitgliedschaft

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Telefon _____ / _____ Jahresbeitrag _____ Euro

() Einzugsermächtigung
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Kreditinstitut _____

Datum, Unterschrift: _____

() ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Impressum

Redaktion	Thomas Ulmer	Karen Seiter, Tobias Lingner
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	



Bundesseminar 2013

Rückblick

Baden-Württemberg

Mitgliederversammlung 2013

Am **Freitag 08. November 2013 um 20.00 Uhr** findet im Restaurant 'Pfiff', Stuttgart-West, Bebelstraße 85 die jährliche Mitgliederversammlung im Rahmen eines gemeinsamen Essens statt.
Das Restaurant 'Pfiff' ist mit der U 2 und 9 zu erreichen, Parkplätze stehen in der Umgebung bzw. bei der nahegelegenen Bauernmarkthalle am Vogelsang zur Verfügung.

Tagesordnungspunkte:

1. Begrüßung durch den Vorstand
2. Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollführung
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht des Vorstandes für Finanzen
5. Bericht der Kassenprüfer
6. a) Entlastung des Vorstandes
b) Entlastung der Kassenprüfer
7. Wahl der Kassenprüfer
8. Wahl des Vorstandes
9. Anträge der Mitglieder und des Vorstandes
10. Sonstiges
a) Vorlage des Entwurfs für eine Reisekostenordnung (Vorschlag Vorstand)

VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe Oktober-2013



Anträge der Mitglieder zur Tagesordnung können bis zu einem Tag vor der Versammlung an den Vorstand unter vorstand@velspol-bw.de gerichtet werden.

Der Vorstand bittet um zahlreiche Teilnahme an der Mitgliederversammlung.
Zur Platzreservierung bitten wir um Anmeldung per E-Mail oder über den nachstehenden
DOODLE-Link: <http://www.doodle.com/y2kwx44rc4shbzmm> .

Geschichte – Hotel Silber

Gemeinsame Pressemitteilung

von IG CSD Stuttgart e.V., Laura Halding-Hoppenheit (Kings Club), LSVD Baden-Württemberg e.V., Schwulst e.V., VelsPol Baden-Württemberg e.V. & Weissenburg e.V.

Hotel Silber: Appell an Stadt und Land Lesben und Schwule setzen sich gemeinsam ein für einen würdigen Lern- und Gedenkort im ehemaligen Gestapogebäude "Hotel Silber" unter

Einbeziehung aller NS-Verfolgengruppen Stuttgart, 11. Oktober 2013: „Es gibt in Baden-Württemberg bisher keine systematische Aufarbeitung und dauerhafte Darstellung des NS-Unrechts an homosexuellen Menschen“ – noch im Jahre 2010 musste dies die damalige baden-württembergische Landesregierung einräumen.

Auch die Stadt Stuttgart hat sich dieser Aufgabe bislang noch nicht konsequent gestellt. Das ist ein wichtiger Grund, warum die Erwartungen schwul-lesbischer Vereine und Aktivist*innen an den geplanten Lern- und Gedenkort Hotel Silber sehr hoch sind, zumal das Haus symbolhaft für mehrere Generationen Verfolgungsgeschichte Homosexueller in den Jahren 1928 bis 1969 steht. Es ist Symbol für die Vernichtung vieler Existenzen durch Berufsverbote, Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Ächtung und frühen Tod. Die

Geschichte des Umgangs mit Diversität und Vielfalt kann hier in besonderer Weise thematisiert werden. Die einmalige Chance der Aufarbeitung des Unrechts des § 175 in der NS-Fassung – auch in der Zeit von 1945 bis 1969 – in einer Gedenkstätte ist von überregionaler Bedeutung!

Aktuelle Kürzungspläne von Land und Stadt für den einzurichtenden Lern- und Gedenkort Hotel Silber, insbesondere die Reduzierung der Fläche von 1.300 auf 1.000 Quadratmeter unter Wegfall des zweiten Obergeschosses, die ehemalige Chefetage der Gestapo, lassen befürchten, dass die Themenvielfalt der Dauerausstellung und beispielsweise die Lebenssituation der Homosexuellen – auch in den Zeiten vor 1933 und nach 1945 – nicht konkret und angemessen dargestellt werden kann. Auch das von der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber und dem Haus der Geschichte in zahllosen Arbeitsstunden

entwickelte Konzept, welches unter anderem bereits konkrete Beispiele der Homosexuellenverfolgung enthielt, wäre so nicht mehr umsetzbar.

Wir appellieren an alle Mitglieder des Stuttgarter Gemeinderats und des baden-württembergischen Landtags, sich nach fast 70-jährigem Vergessen, Verdrängen und Vernachlässigen für einen würdigen Lern- und Gedenkort unter Einbeziehung aller NS-Verfolgtengruppen einzusetzen und sicher zu stellen, dass in Baden-Württemberg erstmals in einer Gedenkstätte die Geschichte der Ausgrenzung und Verfolgung Homosexueller angemessen dargestellt werden kann. Hierfür muss der Dauerausstellung im Hotel Silber ausreichende Fläche zur Verfügung gestellt werden. Unseres Erachtens ist die ursprüngliche Fläche von 1.300 Quadratmeter für den gesamten Lern- und Gedenkort unerlässlich. Für das Betriebsbudget müssen gegebenenfalls alternative Möglichkeiten ernsthaft geprüft werden.

Mit diesem gemeinsamen Appell bitten IG CSD Stuttgart e.V., Laura Halding-Hoppenheit (Kings Club), LSVD Baden-Württemberg e.V., Schwulst e.V., VelsPol Baden-Württemberg e.V. sowie Weissenburg e.V. um Unterstützung für das Anliegen, die historische Chance auf einen würdigen und umfassenden Lern- und Gedenkort Hotel Silber zu nutzen. Gemeinsam rufen die Träger*innen des Appells auf, möglichst viele Unterschriften zu leisten, die den handelnden und entscheidenden Personen in Stadt sowie Land die breite Unterstützung signalisieren. Unterschriften können unter folgender Websiteadresse geleistet werden:
www.csd-stuttgart.de/hotelsilber

Die Unterschriften werden von den Träger*innen des Appells Mitte/Ende November an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den Landtag von Baden-Württemberg übergeben. Die bisher geleisteten Unterschriften können online eingesehen werden. Die Liste wird in regelmäßigen Abständen ergänzt.

CSD – Saison 2013

Danke an alle Unterstützer und Helfer die an den Infoständen mitgearbeitet und die den CSD-Truck organisiert haben.



Gleichstellung

**STUTTGARTER
ZEITUNG**

Artikel aus der STUTTGARTER ZEITUNG
STADTAUSGABE (Nr. 163)
vom Mittwoch, den 17. Juli 2013, Seite Nr. 6



LESEZEICHEN



LANDESPOLITIK

Fortschritt bei Gleichstellung Homosexueller

Gesellschaft Die Sozialministerin setzt auf Beamtenrecht und Erziehung zu mehr Toleranz.

Die baden-württembergische Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) hält nichts von einem speziellen Verantwortlichen für die Belange Homo-, Bi- und Transsexueller ähnlich dem Landesbehindertenbeauftragten. 'Wissen Sie, nur weil Sie für einen Bereich einen extra Beauftragten benennen, lösen Sie die Probleme in dem Bereich auch nicht schneller', sagte Altpeter der Nachrichtenagentur dpa in Stuttgart. Sie habe gemeinsam mit der Community in Baden-Württemberg schon viel auf den Weg gebracht, sagte sie unter anderem mit Blick auf die rechtliche und finanzielle Gleichstellung homosexueller Beamter oder die Öffnung der Standesämter für gleichgeschlechtliche Paare. 'Und wir sind noch lange nicht am Ende unseres Weges', sagte Altpeter.

Als nächsten wichtigen Schritt nannte die Ministerin den geplanten Aktionsplan für Toleranz und Chancengleichheit. 'Die dahinter stehende Idee ist, dass bis spätestens 2015 ein Maßnahmenkatalog vorliegt, der genau aufzeigt, wie wir noch bestehende Diskriminierungen in der Gesellschaft abbauen können', erklärte Altpeter. Ein Schwerpunkt werde auf der Schule liegen. 'Denn wenn wir homophobe Einstellungen bei Erwachsenen verhindern wollen, dann müssen wir ihnen schon als Kinder beibringen, was Gleichberechtigung und Toleranz bedeuten.' Zudem müsse Lehrern gezeigt werden, wie sie das den Kindern am besten vermitteln können.

Unter der Überschrift 'Lesben und Schwule: Gleiche Pflichten - gleiche Rechte' haben sich Grüne und SPD im Koalitionsvertrag auf ihre politischen Ziele festgelegt. Im Kapitel 'Weltoffenes Baden-Württemberg' heißt es unteranderem:

'Durch die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern werden wir Baden-Württemberg künftig ein neues, tolerantes Gesicht geben und als Landesregierung respektvoll und weltoffen handeln. Mit dem Credo 'Gleiche Pflichten - gleiche Rechte' werden wir im gesamten Landesrecht dafür sorgen, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft im vollen Umfang mit der Ehe gleichgestellt wird.' Die Verpartnerung werde künftig auf dem Standesamt zu einheitlichen Gebührensätzen geschlossen. Verpartnete lesbische Beamtinnen und schwule Beamte werden in Versorgung und Besoldung gleich behandelt wie heterosexuelle Paare. dpa

#

aktuell 07/13



Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften ab 2001

Die Chronik des Kampfes um Gleichbehandlung im Dienstrecht

Es ist geschafft: Im Rahmen der Änderung verschiedener dienstrechtlicher Vorschriften wird die eingetragene Lebenspartnerschaft der Ehe gleichgestellt- und zwar rückwirkend zum 1. August 2001! Damit werden Beamtinnen und Beamte in Eingetragenen Lebenspartnerschaften (ELP) im Beihilfe-, Besoldungs-, sowie Versorgungsrecht wie Verheiratete behandelt. Dies war ein Prozess, den der DGB seit 2010 vorantrieb.

Gleichheit vor dem Gesetz

Beamtinnen und Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften waren lange Zeit im Vergleich zu Ehen durch dienstrechtliche Regelungen benachteiligt worden. Während verbeamtete Ehepartner beispielsweise Anspruch auf Familien- und Auslandszuschlag sowie erweiterte Beihilfe- und Versorgungsrechte haben, gingen eingetragene Lebenspartnerschaften zunächst komplett leer aus. Dies hätte sich eigentlich spätestens im Zuge der Dienstrechtreform 2009 ändern müssen, darauf hatte der DGB Baden-Württemberg schon damals schriftlich hingewiesen.

Benachteiligungen zu Unrecht

Hintergrund ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofes von 2008, das eine Benachteiligung von Lebenspartnern gegenüber Ehegatten bei der Hinterbliebenenversorgung eine Diskriminierung darstellt und gegen die europäische Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie verstößt. Verstärkt wurde dieser Befund am 7. Juli 2009 durch das Bundesverfassungsgericht: Im Bereich der

betrieblichen Hinterbliebenenrente für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst werde gegen das Gebot der Gleichheit vor dem Gesetz verstößen. Der Verweis auf das Schutzgebot der Ehe rechtfertige die Privilegierung der Ehe nicht, wenn dadurch eine Benachteiligung der ELP einhergehe.

Information:

Art. 3 Abs. 1 GG

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Art. 6 Abs. 1 GG

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“

EU-RL 2000/78/EG:

„Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie“

(anzuwenden seit 2003)

Durch das Gesetz zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung vom 4. August 2006 wurde die EU-RL in Deutschland umgesetzt. Wichtigster Bestandteil ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

DGB empört über Missachtung der Urteile

Während die Länder Hessen, Bayern und der Bund im Oktober 2010 auf die Rechtsprechung reagierten, wurde in Baden-Württemberg nur die negative Wirkung der Gleichstellung in Recht gegossen: Durch den nun auf ELP anzu-



wendenden Versorgungsausgleich wurden im Trennungsfall die Versorgungsansprüche der Partner abgegolten.

Der DGB Baden-Württemberg reagierte empört und forderte von der schwarz-gelben Landesregierung die völlige Gleichstellung ein.

Das Recht auf unserer Seite

Bestärkt wurde der DGB von Urteilen des Bundesverwaltungsgerichtes vom 28. und 29. Oktober 2010, das Beamteninnen und Beamte in ELP rückwirkend zum Juli 2009 Anspruch auf den Familienzuschlag, Stufe 1, gemäß § 40 Absatz 1 BBesG, sowie Aufwandsentschädigungen und Auslandszuschläge gemäß § 53 Abs. 2 BBesG zusicherte. Das Bundesverwaltungsgericht bezog sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli G 2009 und auf die EU-RL 2000/78/EG, die seit 2003 angewendet werden muss.

Der DGB hatte daraufhin im Dezember 2010 schriftlich eingefordert, der aktuellen Rechtsprechung im neuen Dienstrecht gerecht zu werden. Außerdem riefen die DGB-Gewerkschaften ihre Mitglieder dazu auf, den Familienzuschlag und weitere vorenthaltene Leistungen geltend zu machen.

Erste Schritte unter Rot-Grün

Am 13. Juli 2011 handelte die im März gewählte neue Landesregierung und legte dem DGB im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 89 LBG einen Gesetzesentwurf vor, in dem die Gleichstellung zumindest rückwirkend zum 1. Januar 2009 vorgesehen war. Der DGB forderte die Gleichstellung ab 2003 ein, da seither die Rahmenrichtlinie angewendet werden muss. Das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen wehrte zunächst in einen Brief an den

DGB vom 27. Juli 2011 ab. Eine Gleichstellung der ELP in allen dienstrechten Angelegenheiten werde in Baden-Württemberg ab Januar 2009 gewährt; das Urteil sei jedoch erst im Juli 2009 gefällt worden.

Zeitpunkt gemäß Recht

Für eine weiter zurück gehende Gleichstellung bis 2003 war aber der grüne Koalitionspartner. Am 15. Mai 2012 verkündete das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die abschließende Einigung: Es sollte eine klarstellende Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes und des Versorgungsrücklagegesetzes vorgenommen werden, durch die ehebezogene gesetzliche Regelungen zum 1. September 2006 auf Lebenspartnerschaften übertragen werden.

Wir haben's geschafft: Gleichstellung ab 2001

Anlässlich der neusten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 19. Juni 2012 wird die Gleichstellung auf den Zeitraum ab 1. August 2001 ausgeweitet, das geht aus dem aktuellen Entwurf des Gesetzes zur Änderung verschiedener dienstrechter Vorschriften vom April 2013 hervor, der dem DGB vorliegt. Hierdurch erfolgt die Gleichstellung ab dem Zeitpunkt, ab dem eingetragene Lebenspartnerschaften geschlossen werden konnten. Nun werden Verheirateten wie Beamteninnen und Beamten in eingetragener Lebenspartnerschaft Ehegattenzuschlag, Hinterbliebenversorgung, Reise- Umzugskosten- oder trennsrechtliche Vergünstigungen gewährt werden.

Der DGB Baden-Württemberg erkennt dies positiv an und freut sich mit den Homo-Beamtenpaaren über die gemeinsam erkämpfte Gleichbehandlung im Dienstrecht.

Information:

Von den Veränderungen betroffene Gesetze sind

- *das Landesbeamten gesetz,*
- *das Landesbesoldungsgesetz,*
- *das Landesbeamtenversorgungsgesetz,*
- *das Landesreisekostengesetz,*
- *das Landesumzugsgesetz,*
- *das Ministergesetz,*
- *die Beihilfeverordnung,*
- *die Landestrennungsgeldverordnung.*

National / International

Bundesseminar 2013 - Rückblick

Eröffnungsveranstaltung im Frankfurter Römer



Empfang im Kaisersaal



Hier ein ausführliches Pressefeedback zum Bundesseminar 2013

Homosexuelle Beamte

Innenminister ermutigt zum Comingout

17.07.2013 • Anlässlich eines Empfangs fordert Innenminister Rhein (CDU) die Polizei dazu auf, „unverkrampt“ über Homosexualität in den eigenen Reihen zu sprechen.

Von Janek Rauhe



Der Empfang im Frankfurter Römer für homosexuelle Polizisten wäre noch vor einigen Jahren unvorstellbar gewesen, sagt Peter Jüngling vom Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter

Der hessische Innenminister Boris Rhein (CDU) hat die Polizei dazu aufgefordert, offen und „unverkrampt“ über Homosexualität in den eigenen Reihen zu sprechen. In Hessen müsse sich kein Polizist wegen seiner sexuellen Orientierung verstecken, sagte Rhein im Frankfurter Rathaus Römer bei einem Empfang für homosexuelle Polizisten aus ganz Deutschland. Homophobes Verhalten und Diskriminierung würden nicht geduldet. Die hessische Polizei sei eine Polizei der Vielfalt. Er wolle daher jeden ermutigen, insbesondere Führungskräfte, sich zu outen. „Sie haben meine volle Unterstützung.“

Rhein hat die Schirmherrschaft für eine Tagung übernommen, an der bis Sonntag in Frankfurt fast 100 homosexuelle Polizisten aus Deutschland teilnehmen. Organisiert wurde sie vom Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Hessen. Die Stadt empfing die Teilnehmer im Kaisersaal.

„Viele haben Angst“

Das sei noch vor einigen Jahren unvorstellbar gewesen, sagte Peter Jüngling, Oberkommissar auf der Polizeistation in Hanau und Vorsitzender des hessischen Landesverbandes. Noch immer sei es für homosexuelle Polizisten schwer, sich zu outen, so der Vorsitzende des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter Deutschland, Thomas Ulmer. „Viele haben Angst, bei der Beförderung übergegangen zu werden.“ Immer wieder würden Kollegen wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Daher sei es wichtig, dass Homosexualität während der Polizeiausbildung thematisiert werde, sagte Ulmer. Nur so ließen sich Vorurteile abbauen.

Doch auch viele Homosexuelle hätten noch große Bedenken gegenüber der Polizei. Fast 90 Prozent aller Straftaten gegen Lesben und Schwule, die in direktem Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung stünden, würden nicht angezeigt, sagte Ulmer. Ein Grund dafür sei, dass viele Lesben und Schwule Angst vor homophoben Reaktionen der Polizei hätten und davor, nicht ernst genommen zu werden.

Hessen sei bei der Gleichstellung von homosexuellen Polizisten schon weit, sagte Florian Meerheim vom hessischen Landesverband. So bekämen verpartnerne Polizisten wie ihre verheirateten Kollegen den Familienzuschlag. Außerdem gebe es in fast allen Flächenpräsidien außer im Polizeipräsidium Osthessen in Fulda Ansprechpartner für Homosexuelle

Quelle: FAZ , 17.7.2013

Homosexualität bei der Polizei

- Out auf dem Revier -

14.07.2013· Vielen homosexuellen Polizisten fällt es immer noch schwer, Kollegen von ihrer Partnerschaft zu erzählen. Ein lesbisch-schwules Mitarbeiternetzwerk soll ihnen nun helfen. In der nächsten Woche treffen sich Dutzende homosexuelle Polizisten aus ganz Deutschland in Frankfurt.

Von Janek Rauhe



„Ich hatte keine Lust mehr, meine Partnerin zu verleugnen.“ – „Nehme meinen Partner ‚ganz selbstverständlich mit auf die Weihnachtsfeier“: Andrea Langlotz und Florian Meerheim sind froh, ihren Kollegen von ihrem Privatleben erzählt zu haben.

Schwule im Hanauer Schlossgarten verhaften. Für Polizisten damals sei das noch ganz gewöhnlich gewesen, erinnert sich der Hanauer Oberkommissar Peter Jüngling. Ein Einsatz unter vielen, den Polizisten zu Dienstende noch einmal besprechen, um den Arbeitsstress in der Gruppe abzubauen. „Das war Routine, so wie ein Diebstahl oder ein Verkehrsunfall.“ Damals, vor mehr als vierzig Jahren. Bis Ende der sechziger Jahre galt in der Bundesrepublik der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches noch in seiner von den Nationalsozialisten verschärften Form, wonach Sex zwischen zwei erwachsenen Männern selbst in gegenseitigem Einverständnis verboten und mit Gefängnisstrafe zu ahnden war; weibliche Homosexualität hingegen war nie gesetzlich verboten.

Schwule wegen ihrer sexuellen Orientierung verhaften, das musste Jüngling aber selbst nicht mehr. Als der heute 57 Jahre alte Hanauer in den siebziger Jahren bei der Polizei begann, sprachen die Kollegen nur noch manchmal darüber. 1969 hatte die Große Koalition das Totalverbot männlicher Homosexualität aufgehoben, auch wenn im Vergleich zu Delikten von Heterosexuellen noch ein höheres Schutzalter bestand. Erst 1994 wurde der Paragraph durch den Angleich mit dem DDR-Recht im Zuge der Wiedervereinigung ersatzlos gestrichen.

Homosexuelle Prominente sind Mutmacher für ein Coming-Out

Seine eigene Sexualität schob der Polizeianwärter Jüngling damals noch weit von sich. Dass er selbst schwul sein könnte, darüber habe er nie nachgedacht, auch wenn er immer gespürt habe, dass er sich eher zu Männern hingezogen fühle. „Ich habe mich in die Arbeit und mein Hobby, die Archäologie, gestürzt.“ Über eine Partnerschaft habe er als junger Polizist nicht nachgedacht. Die Gespräche der Kollegen über das Verhaften der Schwulen im Schlossgarten seien für ihn uninteressant gewesen. „Ich war ja nicht betroffen.“ Die Emanzipationsbewegung der Homosexuellen in den Siebzigern, den Kampf gegen den Paragraphen 175 und gegen die Diskriminierung habe er nicht mitbekommen, sagt Jüngling im Rückblick. Erst Ende der neunziger Jahre begann er, zu seiner Homosexualität zu stehen, sie auch auszuleben. „Ich habe mir, bis ich 42 Jahre alt war, einfach keine Gedanken darüber gemacht.“

Warum das so gewesen sei, könne er sich im Rückblick kaum mehr erklären: „Ich habe mich wohl alleine gefühlt.“ Die heutige Generation junger Schwuler habe hingegen so viele Vorbilder offen homosexueller Prominenter. Sie wüssten inzwischen, dass sie nicht nur eine kleine Gruppe seien. Außerdem werde mittlerweile offen über Homosexualität gesprochen, „in meiner Jugend war das ein Tabu“. Im Nachhinein sei es schade, dass er so spät entdeckt habe, schwul zu sein.

Als er sich Anfang des neuen Jahrtausends zu seiner Homosexualität bekannte, wollte er sie auch nicht mehr vor den Kollegen verstecken. Wenngleich sein Coming-out auf der Dienststelle eher die Folge von Fragen neugieriger Kollegen gewesen sei. Als er sich freiwillig für einen Einsatz während des Christopher Street Day in Frankfurt meldete, der jährlichen Emanzipations-Demonstration Homosexueller, sei für viele Kollegen klar gewesen, dass er schwul sein müsse. Offene Diskriminierung

habe er nie erfahren. „Natürlich reden die ein oder anderen hinter deinem Rücken über dich. Das stört mich aber nicht“, sagt Jüngling. Einige Kollegen würden sich auch heute noch an seiner Sexualität stören, gingen ihm aus dem Weg. Das hänge weniger mit dem Alter zusammen als mit der Herkunft, sagt der Beamte. Jüngere Kollegen, die aus der Provinz kämen, täten sich mit seiner Homosexualität schwerer als manch älterer Kollege.

Klischees von „Weichei“ bis „taffe Lesbe“

Auch Andrea Langlotz wollte sich nicht mehr verstecken. Sie gehörte Ende der achtziger Jahre zu den ersten Frauen auf dem Ersten Revier in Darmstadt. „Ich hatte keine Lust mehr, meine Partnerin zu verleugnen.“ Nach fünf Jahren im Dienst outete sie sich 1993 vor den Kollegen. „Ich lebe mit einer Frau zusammen“, eröffnete sie ihnen während einer Besprechung. „War das alles?“, habe einer gefragt, erinnert sich die heute 49 Jahre alte Oberkommissarin.

Dann sei nicht mehr über ihre Homosexualität gesprochen worden. „Ich wurde nicht anders behandelt, sondern so wie immer.“ Dennoch habe sie drei Jahre gebraucht, bis sie sich sicher gewesen sei, richtig gehandelt zu haben. „Mir war es wichtig, dass ich auch im Beruf die sein kann, die ich bin.“

Lesbische Frauen hätten es bei der Polizei leichter, sagt Langlotz, die seit drei Jahren in der Ermittlungsgruppe auf der südhessischen Polizeistation Ober-Ramstadt arbeitet. Nach dem gängigen Klischee seien Lesben „taffer“ als heterosexuelle Frauen. Für den Beruf des Polizisten sei dies ein Vorteil, schließlich müssten Polizisten durchsetzungskraftig sein. Schwule Polizisten hätten es hingegen schwerer, weil sie oft von heterosexuellen Kollegen als Weichlinge abgestempelt würden, die ihre Männlichkeit erst unter Beweis stellen müssten, meint Langlotz. Denn es gebe noch immer dieses Machobild des Polizisten. Zudem würden sich viele heterosexuelle Männer immer noch damit schwertun, Gefühle und Nähe zu zeigen.

Netzwerk hat in Hessen rund 50 Mitglieder

Zwei Jahre nachdem sie den Kollegen von ihrem Privatleben erzählte, gründete Langlotz zusammen mit anderen den Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter. Noch heute organisiert sie Stammtische für mehr als 20 homosexuelle Kollegen aus dem Polizeipräsidium Südhessen. Gerade zu Beginn ihrer Karriere seien diese Stammtische wichtig gewesen. „Das war ein tolles Gefühl, so viele homosexuelle Kollegen kennenzulernen“, sagt Langlotz im Rückblick. Sie habe sich gestärkt und nicht mehr alleine gefühlt.

Der Verband nennt sich Mitarbeiternetzwerk und versteht sich als Anlaufstelle für Kollegen, aber auch für homosexuelle Opfer von Straftaten, die mit der Polizei schlechte Erfahrungen gemacht haben. Der Verein organisiert Stammtische, beteiligt sich an Demonstrationen wie dem Christopher Street Day und nimmt an Treffen von homosexuellen Verbänden im hessischen Sozialministerium teil. Wichtigstes Ziel sei es, dass sich kein Polizist wegen seiner sexuellen Identität mehr verstecken müsse, schreibt der Verband auf seiner Homepage. In Hessen hat er mehr als 50 Mitglieder. Es gibt einen Bundesverband und in den meisten Bundesländern Landesverbände. Alle zwei Jahre treffen sich homosexuelle Polizisten aus ganz Europa. Das nächste Treffen ist im kommenden Jahr in Berlin.

In diesem Jahr organisiert der hessische Verband das Bundestreffen der homosexuellen Polizisten. Fast 100 Beamte werden vom 17. Juli an in Frankfurt erwartet. Das Treffen wird von der Bundeszentrale für politische Bildung als Fortbildung anerkannt. Der hessische Innenminister Boris Rhein (CDU) hat die Schirmherrschaft für das Treffen übernommen und wird im Römer eine Begrüßungsrede halten.

Gleichstellung mit der Ehe bei der Besoldung

„Das ist eine sehr große Anerkennung für uns“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des hessischen Verbandes, Florian Meerheim. „Das war vor einigen Jahren noch undenkbar.“ Der 32 Jahre alte Oberkommissar ist Streifenpolizist in Flörsheim. Auf den meisten Dienststellen in Hessen gebe es homosexuelle Beamte, auch wenn einige noch Vorbehalte hätten, sich zu offenbaren. Meerheim hat seinen Vorgesetzten und Kollegen gesagt, dass er mit einem Mann zusammenlebe.

Seinen Partner nehme er „ganz selbstverständlich“ mit auf die Weihnachtsfeier der Dienststelle oder zu privaten Treffen seiner Dienstgruppe. Wer seine Sexualität verberge, der müsse auch einen Großteil des Privatlebens vor den Kollegen verstecken. „Wäre ich nicht geoutet, könnte ich nicht erzählen, dass ich mit meinem Freund am Wochenende weg war.“ Hätte er sich nicht offenbart, müsste er bei vielen privaten Gesprächen schweigen. Bei einer zwölf Stunden langen Schicht lasse sich das Privatleben aber gar nicht aussparen. Schließlich müsse man sich als Streifenpartner kennen und vertrauen.

Vor drei Jahren hat die schwarz-gelbe Landesregierung in Wiesbaden Beamte, die eine Lebenspartnerschaft eingegangen sind, bei der Besoldung mit verheirateten heterosexuellen Beamten gleichgestellt und ihnen Familienzuschlag gewährt. Ende Mai dieses Jahres hat der Landtag beschlossen, dass diese Gleichstellung auch rückwirkend zum 1. August 2001 gilt, an dem Tag, als Lebenspartnerschaften in Deutschland möglich waren. Die hessische Polizei sei bei der Gleichstellung von homosexuellen Polizisten schon sehr weit, sagt Meerheim. So gebe es in allen Flächenpräsidien bis auf das Polizeipräsidium Osthessen in Fulda „Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“, die Meerheim ebenfalls repräsentiert. Deren Bekanntheit und Anerkennung müsse in den Präsidien allerdings noch verbessert werden.

Andererseits gebe es bei Homosexuellen noch immer große Vorbehalte gegenüber der Polizei, sagt Meerheim. Bei älteren Schwulen sei das noch die Folge des Paragraphen 175. Viele Homosexuelle hätten zudem Bedenken, sich bei der Anzeige von Straftaten vor den Polizisten zu outen. Sie hätten Angst davor, sich für ihre Homosexualität erklären zu müssen und nicht verstanden zu werden.

„Für mich war es sehr befreiend“

Viele homosexuelle Opfer von Straftaten würden deshalb aus Scham keine Anzeige erstatten. Diese Vorbehalte abzubauen sei eine wichtige Aufgabe der Ansprechpartner, die nicht unbedingt homosexuell sein müssten, sagt Meerheim. „Wir sind eine Polizei der Vielfalt, das wollen wir auch zeigen.“

Der Hanauer Oberkommissar Jüngling ist sich sicher, dass es noch viele Polizisten gebe, die ihre Homosexualität versteckten aus Angst vor Diskriminierung und

Benachteiligung bei der Beförderung. „Wir hätten es leichter, wenn sich mehr Polizisten outen würden“, sagt Jüngling, der auch Vorsitzender des Verbandes in Hessen ist. Ein wichtiges Ziel sei es daher, Homosexualität stärker in der Ausbildung von Polizeibeamten zu thematisieren. Einerseits, um junge Polizisten für die Opfergruppe zu sensibilisieren, und andererseits, um deutlich zu machen, dass es auch lesbische und schwule Kollegen auf der Dienststelle gebe. „Das wird manchmal noch ausgeblendet“, sagt Jüngling.

Oberkommissarin Langlotz rät jedem homosexuellen Kollegen zum Comingout im Dienst: „Für mich war das sehr befreiend.“ Dennoch bleibe es immer eine persönliche Entscheidung, die abgewogen werden müsse. Wichtig sei dabei vor allem, dass man auf der Dienststelle etabliert sei. Es gebe aber mehr homosexuelle Polizisten, als viele denken würden, ist sich Langlotz sicher. „Wir sind nicht allein.“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung – 14.07.2013

Rhein im hr-Interview 16.07.2013

"Offen über Homosexualität sprechen"



In Frankfurt haben sich am Mittwoch schwule und lesbische Polizeibeamte getroffen - um sich zu ihrer Homosexualität zu bekennen. Innenminister Boris Rhein (CDU) fordert im hr-Interview: Die Polizei muss Mut zum Coming out machen.

Hessens Innenminister Boris Rhein (CDU)

Rhein: "Homophobes Verhalten dulden wir nicht"
3:13 Min
(© hr, 17.07.2013)

Mehr zum Thema
• Outing ohne Angst

Der Kollege schwul, die Kollegin lesbisch? Bei der Polizei kann das immer noch ein Problem sein. Aus Angst vor Nachteilen schweigen viele Polizisten und Polizistinnen auch heute noch über ihre Homosexualität. Seit 1995 arbeitet ein Netzwerk schwuler und lesbischer Polizisten daran, dass die Gründe für die Angst beseitigt werden. 50 Mitglieder hat die Vereinigung heute in Hessen. Von Mittwoch bis Sonntag sind sie Gastgeber der 20. Jahrestagung des Bundesverbands lesbischer und schwuler Polizeibediensteter. Als Schirmherrn haben sie sich Innenminister Boris Rhein (CDU) gewählt.

Herr Innenminister, wie lange mussten Sie nachdenken, bis Sie die Schirmherrschaft angenommen haben?

Ich habe nicht überlegen müssen. Als ich Herrn Jüngling vom Mitarbeiternetzwerk vor zwei Jahren auf dem Christopher-Street-Day traf, habe ich sofort zugesagt. Ich bin ganz konservativer Katholik. Aber wir können es Menschen doch nicht antun, dass sie sich verstecken müssen, nur weil sie eine sexuelle Identität haben, die nicht dem Mainstream entspricht. Ich will mit der Schirmherrschaft ein deutliches Signal an die hessische Polizei und an die Polizeiführung senden, hinter das man auch nicht zurück kann.

Und dieses Signal lautet?

Die hessische Polizei ist eine vielfältige Polizei, die homophobes Verhalten und insbesondere Diskriminierungen nicht duldet. Am Ende zählt nur, was einer kann, was einer leistet und wie jemand ist. Und nicht, welche sexuelle Identität jemand hat.

Hätten Sie einen solchen Satz vor fünf, sechs Jahren auch schon gesagt?

Ich schon. Und mein Vorgänger Volker Bouffier auch. Der hat nämlich 2001 bei der Frankfurter Polizei den ersten offiziellen Kontaktbeamten für Schwule und die erste Kontaktbeamte für Lesben beauftragt. Das zeigt: Das Thema ist nicht verschlafen worden. Ganz im Gegenteil, wir sind da ziemlich in der Zeit.

Aber bekennen sich dann nicht enttäuschend wenige Polizisten zu ihrer Homosexualität?

Ja, deshalb ist es gut, dass es solche Veranstaltungen und den Verband schwuler und lesbischer Polizisten gibt. So wird deutlich gemacht: Wir sind ein Abbild der Gesellschaft als Polizei. Nehmen Sie Frankfurt: In der Stadt gibt es 50.000 schwule und lesbische Menschen. Das muss sich am Ende auch in der Polizei widerspiegeln. Es nützt auch der Polizeiarbeit, weil deren Erfolge doch auch darauf basieren, dass es eine Vielfalt der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt. Nur eine solche Polizei wird offener und unverkrampt mit den polizeilichen Belangen umgehen.

Ein schwuler Polizist des Mitarbeiter netzwerkes hat sich erst geoutet, als die Beförderung durch war.

Ja, das ist natürlich ein Problem. Auch das ist ein Grund dafür, dass die hessische Polizei offen über Homosexualität sprechen und geradezu darum werben muss, dass sich Menschen outen. Aus Angst vor Sticheleien und vor dem Karriereknick entstehen sonst Situationen, in denen die Betroffenen ein Versteckspiel machen und eine Scheinidentität leben. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie das wäre, wenn ich mich so verstecken müsste. Und am Ende leiden ja auch die Arbeit und die Leistungsfähigkeit darunter.

Also sollten sich alle schwulen und lesbischen Polizisten in Hessen outen?

Das ist immer eine persönliche Entscheidung. Deshalb haben wir ja die Ansprechpartner in den Polizeipräsidien als Experten, die empfehlen, ob man es macht, wie man es macht, ob man zum Beispiel die Vorgesetzten vorher einbindet. Das muss ordentlich vorbereitet sein. Darüber sollte auch jeder mit seinem Partner sprechen. Er sollte sich auch überlegen, ob er mit den Folgen zurecht kommt. Am Ende ist aber, so glaube ich, alles besser, als mit solchen einer Scheinidentität zu leben. Die betroffenen Polizisten und Polizistinnen sitzen ja stundenlang in einem Streifenwagen oder im Dienst zusammen. Da kann man nicht einfach das Privatleben ausschalten. Ich weiß nicht, ob es den Menschen gut tut, dann so zu tun, als würde man in einer heterosexuellen Gemeinschaft leben. Wir sollten da aber auch niemandem Vorschriften machen.

Im Polizeipräsidium Osthessen haben homosexuelle Polizisten aber noch keinen Ansprechpartner...

Den gibt es dort in der Tat nicht. Den Polizeipräsidien war es damals freigestellt, das einzurichten oder es zu lassen. Außer Fulda haben es alle gemacht. Das halte ich auch für richtig, und auch die Fuldaer sollten sich Gedanken darüber machen, ob sie es tun. Aber ich will das niemandem aufstülpen. Die große Mehrheit hat entschieden: Es ist der richtige Weg. So haben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jemanden, der ihnen zur Seite steht und ihre Interessen vertritt. Diese Ansprechpartner sind aber auch für Opfer anti-lesbischer und anti-schwuler Gewalt da. Das halte ich für einen ganz wichtigen Schritt. Wir wollen nicht zulassen, dass Menschen aus Angst vor dem Outing nicht zur Polizei gehen, um eine Straftat anzugezeigen.

Die Fragen stellten Martin Woelke (hr1) und Wolfgang Türk (hr-online).

Russland

VelsPol Presseerklärung: Zur Demonstration „Enough is Enough!“ in Berlin (31.08.2013). Mit Sorge beobachtet der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter seit Wochen die Entwicklung der Situation Homosexueller in Russland und rufen daher zur Teilnahme an der Demonstration auf.

Hierzu erklärt Marco Klingberg, Vorsitzender des Vereines lesbischer und schwuler Polizeibediensteter Berlin-Brandenburg und stellvertretender Bundesvorsitzender folgendes:

Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Kriminalisierung und Verfolgung von Homosexuellen in Russland sind nicht hinnehmbar. Homosexuellenrechte sind Menschenrechte. Mit dem Antihomosexuellengesetz begeht Russland tagtäglich Menschenrechtsverletzungen. Es ist an der Zeit, dass hier ein deutliches Zeichen an die russische Regierung gerichtet wird. Menschenrechte sind ein elementarer Bestandteil einer demokratischen Grundordnung.

Das in Russland gültige Verbot von „Homosexuellen-Propaganda“ ist eine rückschrittliche und homophobe Gesetzgebung. Russland scheint sich, vom 21. Jahrhundert zu verabschieden. Es ist dringend geboten, dass diese diskriminierende Gesetzgebung, die übrigens nicht nur für in Russland lebende Homosexuelle gilt, abgeschafft wird. LGBTI-Aktivisten brauchen unsere Unterstützung.

Im Sommer nächsten Jahres wird VelsPol Deutschland Ausrichter der 7th European Gay Police Association Conference in Berlin sein. Wir sehen uns darin bestärkt, dass die Situation Homosexueller in den Osteuropäischen Staaten ein Bestandteil der Themenschwerpunkte der Tagung sein wird. Wir wollen hier ein deutliches Zeichen gegen Intoleranz, Hass, Homophobie und jeglicher Form von Diskriminierung setzen.

www.enough-is-enough.eu



ENOUGH is ENOUGH! - OPEN YOUR MOUTH!

www.enough-is-enough.eu

ENOUGH is ENOUGH! - OPEN YOUR MOUTH!

Konferenz 2016

Am Freitag (06.09.2013) traf sich der Bundesvorstand zusammen mit den Ansprechpartnern für gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Polizeipräsidium Berlin mit Kollegen der Amsterdamer Polizei zu einem Arbeitsgespräch. Hier wurde u.a. unsere Arbeit vorgestellt und eine Zusammenarbeit für die weltweite LGBT-Tagung vom 03. - 06.08.2016 in Amsterdam besprochen.

Gründung VgLB



Gründung von VgLB (Verband gleichgeschlechtlicher Lebensweisen – Bundesbehörden e.V.)

In Bonn hat sich am Samstag (28.09.2013) die Organisation VgLB auf Initiative von Kollege David Petry (Bundespolizei) gegründet. Der VgLB möchte nicht nur die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei, des BKA und des Zolls ansprechen, sondern alle lesbischen, schwulen und transsexuellen Beschäftigten der Bundesbehörden.

Der VelsPol-Bundesvorstand begrüßt die Gründung des VgLB und will auch mit dieser Zusammenarbeiten bzw. kooperieren.

VelsPol-Deutschland e.V. war schon immer an einer Gründung eines Netzwerkmitgliedes für die Bundespolizei, BKA und Zoll interessiert, insbesondere nach dem Bundesseminar in Stuttgart 2012.

Im Vorfeld der Gründung des VgLB kam es zu Irritationen bzgl der Namensgebung und der Ausrichtung der neuen Organisation.

Von Seiten des Initiatoren David Petry wurde die Namensgebung 'VelsPol-Bund' angestrebt. Der Bundesvorstand hatte bereits in einem Gespräch Anfang September in Berlin, aufgrund einer eventuell auftretenden Verwechslung, Bedenken geäußert.

In einer Abfrage bei den VelsPol-Landesvereinen und VelsPol-Landesgruppen wurde eine Freigabe für die Verwendung von VelsPol-Bund mit 5 zu 3 Stimmen mehrheitlich abgelehnt. Der Bundesvorstand war einstimmig gegen die Verwendung von 'VelsPol-Bund' für die neue Organisation.

Alle diejenigen VelsPol-Landesgruppen und -vereine die eine Freigabe abgelehnt hatten, hatten Bedenken wegen einer möglichen Verwechslung mit VelsPol-Deutschland.

EGPA – Konferenz 2014



Zwischenzeitlich ist die Seminarbeschreibung erschienen, diese ist unter folgendem Link

<http://www.yumpu.com/de/document/view/20814895/egpa-2014-deutsch> oder

<http://www.yumpu.com/en/document/view/20819070/egpa-conferece-2014-berlin>

abrufbar. Informationen zu den Teilnahmekosten erscheinen Mitte Dezember, die Anmeldung startet Anfang 2014.

Stammtischtermine

Der nächste Stammtisch findet am Freitag 08.11.2013, 20.00 Uhr im Restaurant 'Pfiff' statt;



Stammtischtermine 2013:

08.11.2013

Mitgliederversammlung

06.12.2013

Besuch
Weihnachtsmarkt

Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

Mitgliedsantrag

<input type="checkbox"/> Aktive Mitgliedschaft (nur Polizeibedienstete)	<input type="checkbox"/> Fördermitgliedschaft
Name _____	Vorname _____
Strasse _____	
PLZ/Wohnort _____	
E-Mail _____	
Telefon _____ / _____	Jahresbeitrag _____ Euro
<input checked="" type="checkbox"/> Einzugsermächtigung Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.	
<input type="checkbox"/> ich überweise auf das Konto VelsPol-BW e.V. bei der VoBa Sindelfingen Konto 412772000 BLZ 60390000	
Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Kreditinstitut: _____ Datum, Unterschrift: _____	
Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de	

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Impressum

Redaktion	Thomas Ulmer	Karen Seiter, Tobias Lingner
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	

Aktionsplan



Für Akzeptanz & gleiche Rechte

Baden-Württemberg

VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe November 2013



Baden-Württemberg

Rückwirkende Gleichstellung im Besoldungs- und Versorgungsrecht

09. Oktober 2013 Pressemeldung von Bündnis 90/Die Grünen BW

Plenarrede von Brigitte Lösch, Bündnis 90/Die Grünen, Mittwoch 09.10.2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
beim Gesetz zur Änderung dienstrechlicher Vorschriften, möchte ich gerne einen Punkt als wesentlichen Inhalt dieses Gesetzes heraus greifen - die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur rückwirkenden Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften ab dem 1. August 2001. Momentan ist es ab 1.9. 2006. Im Juni 2012 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass Beamte, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben beim Familienzuschlag nicht schlechter behandelt werden dürfen als Ehepaare – es geht darum, verpartnernte schwule und lesbische BeamtInnen auch in dienstrechlichen Fragen vollständig mit heterosexuellen, verheirateten BeamtInnen gleichzustellen – und zwar ab dem Augenblick, ab dem eine eingetragene Lebenspartnerschaft in Deutschland möglich war – also ab 2001.

Schauen wir einmal kurz zurück ...

2006 ging die Zuständigkeit für das Besoldungsrecht vom Bund auf die Länder über – und einige Bundesländer nutzten schondamals die Chance die Diskriminierung von eingetragenen Lebenspartnerschaften zu beenden und diese im öffentlichen Dienstrecht den Ehen gleichzustellen. In Baden-Württemberg nicht!

Sowohl in Bayern, wie in Thüringen, Sachsen und eben auch in Baden-Württemberg wurden bei den Landesanpassungsgesetzen der Familienzuschlag der Stufe 1, die Hinterbliebenenpension sowie entsprechende Vergütung bei Reise, Umzug oder Trennung ausgespart.

Sie sehen, wie schwer sich die damalige Landesregierung mit Akzeptanz und rechtlicher Gleichstellung von Homosexuellen und Lebenspartnerschaften getan hat.

Am 29. Oktober 2010 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass BeamtenInnen, die in einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft leben, Anspruch auf Familienzuschlag und Beihilfe haben – und die damaligen Regierungsfraktionen von CDU und FDP haben sich auch da geweigert die notwendigen Korrekturen am Dienstrechtsreformgesetz durchzuführen.

Erst nach dem Regierungswechsel – im Jahr 2012 hat die grün-rote Landesregierung die Diskriminierung im Dienstrecht beendet – und eine Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Beamtenrecht beschlossen – und zwar mit einer rückwirkenden Bindung ab 1. September 2006, eben ab dem Termin, indem die Zuständigkeit auf die Länder überging.

Und nun gehen wir noch einen Schritt weiter, und dehnen die Rückwirkung aufgrund des BVerfG-Urteil von 2006 auf 1.8.2001 aus.

Damit ist Baden-Württemberg das achte Bundesland, das die Rückwirkung bis 2001 umsetzt – die anderen Bundesländer und der Bund müssen ihr Gesetz entsprechend noch ändern.

In Baden-Württemberg sind bis Dez. 2012 insgesamt 4.671 Lebenspartnerschaften geschlossen worden.

Im gleichen Zeitraum waren dem Landesamt für Besoldung 355 Lebenspartnerschaften bei BeamtenInnen gemeldet.

Aktuell – Oktober 2013 – sind 419 verpartnerte BeamtenInnen gemeldet.

Damit haben sich auch die Befürchtungen einer sehr hohen Dunkelziffer bezüglich nicht gemeldeter Lebenspartnerschaften nicht bewahrheitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind ja dieses Jahr schon einen entscheidenden Schritt weiter als letztes Jahr beim ersten entsprechenden Gesetzentwurf –

Wir wissen Alle, dass es bei diesem Gesetzentwurf zur Gleichstellung nicht um eine Freiwilligenleistung oder um ein Luxusgeschenk geht.

– es geht darum einen Rechtsanspruch umzusetzen, der sowohl den europarechtlichen Vorgaben des europäischen Gerichtshofs wie auch den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts genügt.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich diesen Gesetzentwurf und freuen uns, dass Baden-Württemberg nun endlich auch ein Bundesland ist, indem staatliche Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung der Vergangenheit angehört – und wir nun auf einem guten Weg sind was die Akzeptanz und gesellschaftliche Anerkennung – von Homosexualität anbelangt.

Der LSVD Baden-Württemberg begrüßt dies sehr. Herzlichen Dank insbesondere auch an Brigitte Lösch, die sich stets für Homosexuelle einsetzt. Mit großer Spannung erwarten wir die Verabschiedung des Gesetzes.

Aktionsplan

Allgemeine Information Aktionsplan „Akzeptanz & gleiche Rechte“

Worum geht es?

Ziel der grün-roten Landesregierung ist, dass in einem landesweiten Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ Konzepte entwickelt werden, um Diskriminierungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) abzubauen damit Baden-Württemberg zum Vorreiter für gesellschaftliche Offenheit und Vielfalt wird. Das federführende Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg koordiniert die Erstellung des Aktionsplans. Wissenschaftliche wird der Prozess durch die FamilienForschung Baden-Württemberg begleitet.

Für wen erstellen wir den Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ und warum binden wir Sie ein?

Durch die Sichtbarmachung von Diskriminierung und den davon betroffenen Menschen stoßen wir die Diskussion an, in welcher Gesellschaft wir leben möchten. Letztlich profitieren alle Bürgerinnen und Bürger von einer diskriminierungs- und angstfreien Gesellschaft. Daher brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass sexuelle Vielfalt und geschlechtliche Identität akzeptiert wird und hierfür steht der Aktionsplan. Damit das alles keine theoretische Diskussion bleibt, müssen wir dafür sorgen, dass das im Alltag auch gelebt wird. Hierfür brauchen wir SIE – die Akteure vor Ort.

Was wollen wir mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ erreichen?

Das grundlegende Ziel des Aktionsplans ist es, die bestehenden Diskriminierungsbereiche von LSBTIQ-Menschen aufzudecken und für deren tatsächliche Gleichstellung in unserer Gesellschaft zu werben. Die bestehenden strukturellen Benachteiligungen sollen dabei durch koordinierte Maßnahmen gezielt abgebaut und die bereits laufenden Aktivitäten und Initiativen für mehr Gleichstellung sowohl auf Landes- wie auch kommunaler Ebene bekannter gemacht werden. Indem wir den Dialog zwischen Verwaltung, Politik, Community und Praxis fördern, können Vorbehalte weiter abgebaut und LSBTIQ-Menschen als wertgeschätzter Teil der Gesellschaft sichtbar werden.

Wie wollen wir den Aktionsplan erstellen?

Um die Akzeptanz sexueller Vielfalt und geschlechtlicher Identität zu erhöhen und bestehende Benachteiligungen abzubauen, bedarf es zunächst einer systematischen Analyse der Ausgangssituation. In dieser werden u.a. die wesentlichen wissenschaftlichen Daten zur Lebenssituation von LSBTIQ-Menschen zusammengestellt und ausgewertet.

Das Herzstück des Aktionsplans ist jedoch die breit angelegte Beteiligung der LSBTTIQ-Menschen sowie die Vernetzung mit vielen weiteren gesellschaftlichen Akteuren im Rahmen der vier regionalen Beteiligungsworkshops (Stuttgart am 20.11.2013, Ulm am 17.1.2014, Freiburg am 23.1.2014 und Mannheim 08.2.2014). Auf diesen Beteiligungsworkshops erarbeiten LSBTTIQ-Menschen gemeinsam mit Vertreter/innen der Landesministerien, Kommunen, relevanten gesellschaftlichen Akteuren und interessierten Bürger/innen Hauptdiskriminierungsbereiche, Maßnahmen zur Beseitigung und notwendige Veränderungen. Die Erarbeitung erfolgt in Kleingruppen mit Themenschwerpunkten. Da die Ergebnisse in den Aktionsplan der Landesregierung einfließen, haben die Teilnehmenden die Chance, sich aktiv an dem politischen Prozess zu beteiligen.

Parallel zu den Beteiligungsworkshops findet ab dem 20. November 2013 bis Februar 2014 eine anonyme Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg statt. Neben Fragen zur sexuellen und geschlechtlichen Identität werden beispielsweise Erfahrungen als Jugendlicher oder Regenbogenfamilie, in der Schule, bei der Arbeit und mit der Polizei erfasst. Die Ergebnisse dieser Onlinebefragung fließen ebenfalls in die Erstellung des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ ein.

Wen wollen wir in die Erstellung des Aktionsplans einbinden?

Um die tatsächliche Lebenswirklichkeit abzubilden, binden wir von Anfang an die Community der lesbischen schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen in die Erstellung des Aktionsplans ein. Damit das „Gesagte“ auch „gehört“ wird, werden zu den Beteiligungsworkshops alle Landesministerien, Kommunen, Bildungseinrichtungen, soziale und kulturelle Einrichtungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, relevante gesellschaftliche Akteure wie Vereine, Kirchen, Verbände, Wissenschaft und Forschung sowie alle interessierte Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs eingeladen.

Bis wann soll der Aktionsplan erstellt sein?

Die Erstellung des Aktionsplans wird Ende 2014 abgeschlossen sein, wobei ein Teil der darin enthaltenen Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung bereits umgesetzt sein wird.

Aktionsplan



Für Akzeptanz & gleiche Rechte

Baden-Württemberg



Machen Sie mit!

BETEILIGUNGSWORKSHOP

Mittwoch, 20. November 2013
16:00 – 19:40 Uhr
SpOrt Stuttgart Bad Cannstatt

in Kooperation mit



ONLINEBEFRAGUNG

zur Lebenssituation
von LSBTTIQ
in Baden-Württemberg



www.Aktionsplan-Akzeptanz-und-gleiche-Rechte.de



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

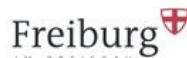
Weitere Beteiligungsworkshops bei unseren Kooperationspartnern

Stadt Ulm



Ulm

17.01.2014
16 – 19:40 Uhr



Freiburg

23.01.2014
16 – 19:40 Uhr



Mannheim

08.02.2014
10 – 13:40 Uhr



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN
DIE MINISTERIN

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren
Baden-Württemberg · Postfach 103443 · 70029 Stuttgart

laut Verteiler

Datum 25. OKT. 2013
Aktenzeichen 22-5902.1-1
(Bitte bei Antwort angeben)



Für Akzeptanz & gleiche Rechte
Baden-Württemberg

↗ Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“

Anlagen

- Informationsblatt „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“
- Einladungsflyer Beteiligungsworkshop

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Interessierte,

wir wollen eine landesweiten Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ entwickeln, um Vorurteile gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren (LSBTIQ) Menschen abzubauen und Baden-Württemberg zu einem Vorreiter für Offenheit und Vielfalt zu machen. Die Erstellung des Aktionsplans ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche und somit auch alle Landesministerien berührt. Homo- und Transphobie muss in allen Lebensphasen von der Kindheit über die Jugend bis zum Alter und sowohl in der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung als auch in Ausbildung und Studium, Arbeitswelt, Kultur und Sport entgegengewirkt werden.

Als baden-württembergische Sozialministerin wende ich mich an Sie, da es eines breiten gesellschaftlichen Signals bedarf, um Homo- und Transphobie wirksam entgegenzutreten und die Akzeptanz sexueller Vielfalt und geschlechtlicher Identität zu erhöhen. Damit der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württem-

berg“ die tatsächliche Lebensrealität abbildet, wollen wir in den Dialog mit LSBTIQ-Menschen treten und einen Austausch mit Ihnen, den Kommunen, rd. 80 verschiedenen relevanten gesellschaftlichen Akteuren und interessierten Bürgerinnen und Bürgern herbeiführen. Ziel ist es, ein ehrliches Bild der alltäglichen Diskriminierungserfahrung von LSBTIQ-Menschen in Baden-Württemberg zu erhalten, um passgenaue Maßnahmen zur Beseitigung auf verschiedenen Ebenen zu erarbeiten.

Um Bürgerinnen und Bürger an dem Prozess zu beteiligen, richtet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg in Kooperation mit den Städten Stuttgart, Ulm, Freiburg und Mannheim regionale Workshops aus. Als großer Erfolg kann bereits jetzt gewertet werden, dass alle vier Oberbürgermeister ihre Teilnahme an den Beteiligungsworkshops zugesagt haben.

Ich lade Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung mit anderen regionalen Akteuren ein. Wie Sie dem anliegenden Flyer entnehmen können, findet der Auftaktworkshop am **20. November 2013 um 16.00 Uhr im SpOrt in Stuttgart** statt. Die Weiteren folgen am **17. Januar 2014 um 16.00 Uhr im Bürgerzentrum Eselsberg in Ulm, am 23. Januar 2014 um 16.00 Uhr im neuen Rathaussaal in Freiburg und am 8. Februar 2014 um 10.00 im Schloss Mannheim.**

Parallel zu den Beteiligungsworkshops findet ab dem 20. November 2013 bis Februar 2014 eine anonyme Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTIQ-Menschen in Baden-Württemberg statt. Weitere Informationen zu den Beteiligungsworkshops sowie die Anmeldung und den Onlinefragebogen finden Sie auf der Homepage www.aktionsplan-akzeptanz-und-gleiche-rechte.de.

Für Ihre Unterstützung bedanke ich mich schon im Voraus und freue mich auf Ihre Teilnahme an einem der regionalen Workshops.

Mit freundlichen Grüßen



Katrin Altpeter MdL

Veranstalter



Das **Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg** ist mit der Erstellung und Umsetzung des Aktionsplans für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg beauftragt.

Christina Rebmann

Leitung Referat 22 Chancengleichheit, Frauen, Antidiskriminierung

Christina.Rebmann@sm.bwl.de

0711/123-3514

www.sozialministerium-bw.de

Kooperationspartner



Die **Landeshauptstadt Stuttgart** beteiligt sich als Kooperationspartner des Beteiligungsworkshops an dem Projekt. Stuttgart hat den Anspruch nicht nur für die eigenen MitarbeiterInnen, sondern für die gesamte Bevölkerung ein offenes Klima mit einem respektvollen Miteinander zu gestalten.

Dr. Ursula Matschke

Leiterin Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern

Ursula.Matschke@stuttgart.de

0711/216-80437

www.stuttgart.de

Durchgeführt von



Die **FamilienForschung Baden-Württemberg** unterstützt das Land sowie Kommunen,

Kreise und Unternehmen aus Baden-Württemberg durch aktuelle Onlineangebote, Informationsveranstaltungen, Managementverfahren, Prozessbegleitungen und regionale Konferenzen.

Erich Stutzer

Leitung Familienforschung Baden-Württemberg

Erich.Stutzer@stala.bwl.de

0711/641-2957

www.fafo-bw.de

Ansprechpartnerinnen

Sara Bode und Carmen Weiss

FamilienForschung Baden-Württemberg

Tel.: 0711/641-2969

Sara.Bode@stala.bwl.de; Carmen.Weiss@stala.bwl.de

Anmeldung

Bitte melden Sie sich möglichst bis zum 11.11.2013 unter www.fafo-bw.de/Veranstaltungen/2013-11-20.1.asp an.

Alternativ per E-Mail mit Ihren Kontaktdaten und dem Handlungsfeld, welches Sie an diesem Tag bearbeiten wollen, unter fafo-veranstaltungsmanagement@stala.bwl.de oder per Fax (0711/641-2444).

Zusätzlich: Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ in Baden-Württemberg – machen Sie mit!



www.Aktionsplan-Akzeptanz-und-gleiche-Rechte.de

Veranstaltungsort

SpOrt Stuttgart –
Sport-, Bildungs- und Dienstleistungszentrum
Fritz-Walter-Weg 19
70372 Stuttgart

Telefon: 0711/28077-190
www.sportstuttgart.de

Bus- und Stadtbahnhaltstellen

Buslinie 56 Haltestelle Fritz-Walter-Weg
Stadtbahn S1 Haltestelle NeckarPark (Mercedes-Benz)



Aktionsplan



Für Akzeptanz & gleiche Rechte
Baden-Württemberg



Machen Sie mit!

BETEILIGUNGSWORKSHOP

Mittwoch, 20. November 2013

16:00 – 19:40 Uhr

SpOrt Stuttgart

Fritz-Walter-Weg 19

70372 Stuttgart



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN



Seit dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg hat es einige richtungsweisende und längst überfällige Schritte zur Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender und intersexuellen Menschen gegeben. Dennoch erfahren viele Menschen in ihrem Alltag aber leider nach wie vor vielfach Ablehnung und Vorbehalte. Das wollen wir nicht länger akzeptieren.

In einem landesweiten Aktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte wird die Landesregierung daher Konzepte und Maßnahmen entwickeln, mit denen Vorurteile gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender und intersexuellen Menschen abgebaut und Baden-Württemberg zu einem Vorrreiter für Offenheit und Vielfalt gemacht werden soll. Homo- und Transphobie muss in allen Lebensphasen und Lebensbereichen entgegengewirkt werden. Als Sozialministerin des Landes Baden-Württemberg lade ich Sie herzlich ein, hierbei mitzuwirken.

Eine gute Gelegenheit dazu bietet der erste von insgesamt vier Beteiligungsworkshops im Land, der in Stuttgart stattfindet. Er soll den Austausch über Diskriminierungserfahrungen ermöglichen und gleichzeitig Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit bieten, eigene Maßnahmen und Ideen für den Abbau von Diskriminierung zusammenzutragen. Die Ergebnisse dieses Workshops werden, wie auch die Ergebnisse der anderen Workshops, direkt in die weitere Erarbeitung des Aktionsplans einfließen.

Unser gemeinsames Ziel ist eine ehrliche Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender und intersexuellen Menschen. Das geht über bloße Lippenbekenntnisse hinaus und setzt einen persönlichen und unverstellten Dialog voraus. Mit unserem Workshops ermöglichen wir einen solchen Austausch. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn Sie an der Veranstaltung teilnehmen und sich in die Debatte einbringen.

Ihre

Katrin Altpeter MdL

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Programm

15:30 Uhr **Ankommen**

Begrüßungskaffee und Möglichkeit des Marktplatzbesuches

16:00 Uhr **IMPULSVORTRÄGE**

Aktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg

Katrin Altpeter MdL,
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren

Die Stadt Stuttgart als Vorrreiterin für Akzeptanz

Fritz Kuhn,
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

Erwartungen und Handlungsbedarfe aus Sicht der Community

Vertreter/in,
Landesnetzwerk LSBTTIQ

16:30 Uhr **Rahmenmoderation der Veranstaltung**

Erich Stutzer,
Leiter FamilienForschung Baden-Württemberg

16:45 Uhr **ARBEITSGRUPPENPHASE 1**

Bestandsaufnahme: Sammlung von Diskriminierungsbereichen im jeweiligen Handlungsfeld und von erfolgreichen Praxisbeispielen

17:45 Uhr **Kaffeepause**

Möglichkeit des Marktplatzbesuches

18:15 Uhr **ARBEITSGRUPPENPHASE 2**

Veränderungen planen: Sammlung von notwendigen Maßnahmen und Ideen für Veränderungen im jeweiligen Handlungsfeld

19:00 Uhr **Zusammenführung der Ergebnisse**

Blitzlicht aus den Arbeitsgruppen

19:30 Uhr **Abschluss und Benennung des weiteren Vorgehens**

Gesamtmoderation:

Erich Stutzer,
Leiter FamilienForschung Baden-Württemberg

Die sechs Handlungsfelder des Aktionsplans

1. **Gleichberechtigt aufwachsen und leben als LSBTTIQ**

- Kinder und Jugendliche
- Familien
- Ältere Menschen
- Menschen mit Migrationshintergrund
- Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf (z.B. pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung)
- Spezielle Gesundheits- und Präventionsbedarfe

2. **Institutionelle Bildung und Qualifizierung für mehr Gleichstellung**

- Schulische und außerschulische Bildung
- Hochschulen (Wissenschaft und Forschung)
- Fort- und Weiterbildung insbesondere für die Bereiche Gesundheit und Pflege

3. **Sensibilisierung für eine tolerante und gleich- berechtigte Gesellschaft**

- Bürgerbeteiligung
- Gesellschaft
- Verwaltung
- Medien, Kultur, Sport
- Religionen
- Geschichtsaufarbeitung und Erinnerungskultur

4. **Diskriminierungsfreie Arbeitswelt**

- Land als Arbeitgeber / andere Arbeitgeber
- Arbeitslosigkeit und soziale Frage

5. **Schutz und Gleichstellung durch polizeiliche und justizielle Arbeit**

- Gewaltprävention
- Strafvollzug
- Sensibilisierung von Polizeibeamten
- Rechtliche Gleichstellung

6. **Weiterentwicklung von Strukturen und Abbau von Barrieren für transsexuelle, transgender und interse- xuelle Menschen**

VelsPol-BW e.V. ist mit dem Thema Gewalt beim Workshop (Schutz und Gleichstellung durch polizeiliche und justizielle Arbeit) vertreten.

Unter nachstehendem Link geht es zur Online-Anmeldung für die Veranstaltung in Stuttgart:

<http://www.fafo-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/Veranstaltungen/FormAnmeld.asp?20131120.1>

Informationen zum Aktionsplan:

Sozialministerium Baden-Württemberg

http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Aktionsplan_Fuer_Akzeptanz_gleiche_Rechte_Baden-Wuerttemberg/170735.html

FamilienForschung Baden-Württemberg

<http://fafo-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/Aktionsplan.asp>

Aktionsplan-Umfrage

Die Onlinebefragung startet am 23.11.2013, die Ergebnisse werden in die Erstellung des Aktionsplanes einfließen.

Gedenken 'Rosa Detlef'

Die MCC-Gemeinde in Stuttgart hat heute an Erwin Staudt (ehemaliger VfB-Präsident/ CSD-Schirmherr) und an das Orga-Team des CSD Konstanz den 'Rosa Detlef' verliehen. Hierzu gratulieren wir, als Preisträger 2011 recht herzlich.



Im Rahmen der Preisverleihung wurde im Beisein von Carmen Züfle, der Ehefrau des verstorbenen Stuttgarter Polizeipräsidenten Thomas Züfle an die Maßstäbe, die ihr Mann für die Gay-Community und für VelsPol-BW gesetzt hat gedacht.

Danke an die Gemeindemitglieder der MCC und

Pfarrer Axel Schwaigert. (20.10.2013)

Veranstaltung – Hotel Silber Stuttgart

Kontinuitäten in der Verfolgung: Die Kriminalisierung der Sinti und Roma und der Homosexuellen nach 1945

Hotel Silber, Dorotheenstraße 10, Stuttgart

6. November 2013, 19:00 Uhr

Das Ende des „Dritten Reichs“ bedeutete nicht das Ende der Verfolgungs- und Leidensgeschichte der Sinti und Roma und der Homosexuellen. Beinahe nahtlos wurde deren Ausgrenzung und Diskriminierung fortgeführt. Die von der Kriminalpolizei im Hotel Silber weiter betriebenen Nachstellungen und Schikanen bestätigten und prägten die Ressentiments gegen die Minderheiten.

Dr. Silvio Peritore, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, referiert über den verdrängten Völkermord an den Sinti und Roma und die fortgesetzte Diskriminierung. Joachim Stein, geschäftsführender Vorstand des schwul-lesbischen Zentrums Weissenburg in Stuttgart, spricht über die Kontinuitäten in der Verfolgung der Homosexuellen nach 1945. Das sich anschließende Gespräch wird moderiert von Albrecht Ackermann, Lehrbeauftragtem an der Hochschule Esslingen im Projekt „Erziehung nach Auschwitz“. An dem Gespräch nimmt auch Thomas Ulmer, Bundesvorsitzender des Verbands lesbischer und schwuler Polizeibediensteter, teil.

National / International

Koalitionsverhandlungen

Schwusos: Der Kampf um volle Gleichstellung hat erst begonnen

Anlässlich der aktuellen Koalitionsverhandlungen haben der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos) sowie die VertreterInnen aus den Landesverbänden und den FachsprecherInnen der Fraktionen am Wochenende in einer gemeinsamen Klausur in Düsseldorf getagt. Dort wurde folgende Resolution beschlossen:

Der Kampf um volle Gleichstellung hat erst begonnen

Die Diskussion um die Koalitionsverhandlungen sind im vollen Gange. Dabei stellen wir fest, dass die Entwicklung der Debatte um die volle Gleichstellung von Lesben und Schwulen in eine falsche Richtung führt. Es geht nicht um einen Kompromiss bei unterschiedlichen Positionen, sondern um die Umsetzung unverhandelbarer Gleichheitsrechte und die gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben und Schwulen.

Die volle Gleichstellung von Lebenspartnerschaften sowie die Öffnung der Ehe sind eine Ausgestaltung von verfassungsgemäßen und diskriminierungsfreien Rahmenbedingungen. Lesben und Schwule sind gesellschaftlich mehrheitlich akzeptiert.

Die Union hat schon in den Sondierungsverhandlungen deutlich gemacht, dass sie von ihrem bisherigen diskriminierenden und verfassungswidrigen Kurs nicht abweicht. Es ist ein falscher Kurs.

Homosexuelle wurden über Jahrzehnte in der Bundesrepublik diskriminiert. Lange Zeit durch den Schandparagrafen 175 des Strafgesetzbuchs, darüber hinaus, weil ihren Beziehungen lange Zeit die Rechte vorenthalten wurden – bis heute. Während die Gesellschaft einen immer stärkeren Wandel durchlaufen hat und Homosexualität heute akzeptiert ist, bleibt die Union und an ihrer Spitze die Bundeskanzlerin bei ihrer diskriminierenden Verweigerungshaltung, Lesben und Schwulen gleiche Rechte zuzugestehen. Diese Weigerung kann noch nicht mal durch eindeutige und klare Warnungen des Bundesverfassungsgerichts beseitigt werden – vielmehr werden sogar Verfassungsgerichtsurteile ignoriert.

Es ist die Zeit der gesellschaftlichen Veränderung. Die Gesellschaft unterstützt mehrheitlich die Forderung nach voller Gleichstellung, wie Umfragen immer wieder darlegen. Die Gesellschaft unterstützt auch die Forderung nach Öffnung der Ehe. Sinn und Zweck des Schutzes der Ehe als Institution ist es, eine Verantwortungsgemeinschaft als Keimzelle in der Gesellschaft zu begründen. Damit wird auch eine ökonomische Verantwortung übernommen. Dem stehen Rechte innerhalb der staatlichen Gemeinschaft gegenüber (z. B. Ehegattensplitting). Lebenspartnerschaften müssen diese Rechte ebenfalls zustehen. Aktionspläne zur Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Trans*, Bi- und Intersexuellen werden in mehreren Bundesländern erfolgreich umgesetzt. Dies muss auch auf Bundesebene geschehen.

Es ist die Zeit der gesellschaftlichen Gruppen. Derzeit beobachten die Gruppen nur von der Seite aus und wundern sich nur über die Union. Aufgrund ihrer neuen Stärke glaubt sie, dass sie auch eine Legitimation für ihren diskriminierenden Kurs der Ablehnung gleicher Rechte erhalten hat. Das ist falsch – und hier müssen sich auch die gesellschaftlichen Gruppen einmischen, um darauf hinzuweisen.

Es ist die Zeit, auch in der Union Nein zu sagen. Gerade viele Großstadt-Unionisten wissen, dass die anhaltende Ablehnung gleicher Rechte von Lesben und Schwulen auf Dauer nicht zu tragen ist. Dennoch wird der eigenen Führung nicht die Gefolgschaft versagt. Es müssen nun auch aufrechte Unions-Mitglieder aufstehen und Nein sagen. Ein diskriminierender Kurs passt in kein christliches und konservatives Weltbild. Der britische Konservative Premierminister David Cameron hat vor gemacht, dass die Öffnung der Ehe auch von Konservativen umgesetzt wird und kein Spielball der politischen Linken ist.

Es geht um Gerechtigkeit – es geht um die Umsetzung von Menschenrechten – und die sind nicht verhandelbar! Der Kampf um die volle Gleichstellung hat jetzt erst begonnen!

Quelle: ANSGAR DITTMAR BUNDESVORSITZENDER AG LESBEN UND SCHWULE IN DER SPD (SCHWUSOS)



GLEICHSTELLUNG VON HOMOSEXUELLEN IM KOALITIONSVERTRAG VERANKERN

- Öffnung der Ehe,
- Aktionsplan und
-
- Ergänzung der Verfassung

Anlässlich der zweiten Runde der Koalitionsverhandlungen erklärt Axel Hochrein, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):

Der Lesben- und Schwulenverband fordert die Verhandlungspartner auf, im Koalitionsvertrag die überfällige rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender zu beschließen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen deutlich gemacht, dass die Diskriminierung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften gegen die Verfassung verstößt. Der Gesetzgeber ist aufgefordert worden, das Steuerrecht und das Adoptionsrecht zu reformieren. Das ist bislang nicht oder nur lückenhaft erfolgt. Verfassungswidrige Regelungen müssen reformiert werden. Dieser Aufgabenstellung muss sich die neue Bundesregierung stellen. Am sinnvollsten ist das mit einer Änderung von § 1353 BGB, so dass auch gleichgeschlechtliche Paare die Ehe eingehen können. Die Öffnung der Ehe gehört zu den Wahlversprechen der SPD, wir werden das nicht vergessen. Vielmehr erwarten wir, dass sich die SPD für die Umsetzung dieses Versprechens, mit gleichem Nachdruck einsetzt, wie für andere Ziele ihres Wahlprogramms.

Der LSVD und ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen fordern seit Jahren, das Verbot der Diskriminierung auf Grund der sexuellen Identität in Artikel 3 Absatz 3 GG zu verankern. Die große Koalition sollte ihr verfassungsändernde Mehrheit nutzen und als Bundesregierung die Ergänzung des Grundgesetzes in die Wege leiten. Als Mitglied der Kampagne „3+“ sollte gerade die SPD dafür sorgen, dass dies als klare Vereinbarung im Koalitionsvertrag steht.

Wir werden aber auch die Union nicht aus ihrer Verantwortung für die Rechte von Homosexuellen und Transgender entlassen. Frau Merkel und Herr Seehofer haben im Wahlkampf immer wieder betont, dass sie gegen Diskriminierung sind und sich für Respekt gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender in der Gesellschaft einsetzen. Gleiche Rechte zu verweigern, ist aber das glatte Gegenteil von Respekt. Auch auf Bundesebene muss ein Aktionsplan für Gleichberechtigung, Vielfalt und Respekt verankert werden.

Wir appellieren an Frau Merkel, Herrn Gabriel und Herrn Seehofer: Stärken sie die Bürgerrechte von Lesben und Schwulen. Eine Bundesregierung die mit dem Makel bewusster und fortgesetzter Diskriminierung startet, ist ansonsten nur zahlenmäßig eine große Koalition.

Quelle: LSVD

EGPA – Boardmeeting in Paris



EGPA Board meeting Ministère de l'Intérieur, Place Beauvau, Paris 25th October with Monsieur Claude Baland, Directeur Général de la Police Nationale (3rd from left) and Le Général Jean-Claude Goyeau, Directeur Adjoint à la Direction des Personnels Militaires de la Gendarmerie Nationale (2nd from right) in front row of picture next to FLAG! President, Mickaël Bucheron (2nd from left). Countries represented: France, Germany, Switzerland, Belgium, Ireland, Scotland.



Saarland

Kollege Stefan Schiber hat im Auftrag des saarländischen Polizeipräsidenten mit Schulungen zum Thema Homosexualität in der Polizei begonnen. Somit kann die Initiative nach dem Bundesseminar 2012 in Stuttgart, als voller Erfolg bezeichnet werden. Die Vorträge sollen nicht nur in der Ausbildung sondern in den nächsten Wochen auch auf die Weiterbildung in der Polizei des Saarlandes ausgedehnt werden.

Stammtischtermine



Nächster Stammtischtermin 08.11.2013, 20.00 Uhr, bitte beachten an diesem termin findet auch die Mitgliederversammlung 2013 statt.



Mitglied werden

Mitgliedsantrag

Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
 Fördermitgliedschaft

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Telefon ____/_____

Jahresbeitrag _____ Euro

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

BLZ: _____

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

Kreditinstitut _____

Datum, Unterschrift _____

Impressum

Redaktion	Thomas Ulmer	Karen Seiter, Tobias Lingner
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	

NEWSLETTER

VelsPol –BW e.V.



DAS MITARBEITERNETZWERK FÜR LESBEN UND SCHWULE IN DER POLIZEI

The screenshot shows a website for the European Gay Police Association (EGPA) conference in Berlin. The header features the EGPA logo and the text "EGPA EUROPEAN GAY POLICE ASSOCIATION EGPA-Konferenz 2014 - Berlin". The main content area includes a photograph of a conference room, the date "18. - 21.06.2014", and a description of the conference's purpose and participants. Below this, there are sections for the UK and German versions of the invitation, both mentioning the conference will take place in Berlin from June 18th to 21st, 2014, organized by VelsPol Deutschland e.V.

Das Mitarbeiternetzwerk VelsPol-Deutschland e.V. lädt zur Teilnahme an der 7. EGPA-Konferenz im Jahr 2014 nach Berlin ein. Alle zwei Jahre kommen LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) aus ganz Europa, anlässlich der internationalen EGPA-Konferenz (European Gay Police Association) zusammen.

Die 7. EGPA-Konferenz findet vom 18. bis 21.06.2014 in der Bundeshauptstadt Berlin statt und wird vom MitarbeiterNetzwerk VelsPol-Deutschland e.V. organisiert und ausgerichtet.

Members of the VelsPol-Deutschland e.V. (VelsPol Germany) network cordially invite you to the 7thEGPA conference in Berlin in the year 2014. Every two years LGBT (lesbian, gay, bisexual and transgender) police officers and also representatives from police authorities all over Europe get together at the international EGPA (European Gay Police Association) conference. This conference will take place in the German capital Berlin from 18th to 21st June 2014, organized by the network of VelsPol-Deutschland e.V.

November 2013

Baden-Württemberg

ONLINEBEFRAGUNG über die Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen



Bitte teilnehmen
und teilen!



Aktionsplan - Onlinebefragung

Die Onlinebefragung über die Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen in Baden-Württemberg (im Folgenden kurz LSBTTIQ-Menschen genannt) ist gestartet. Die Onlinebefragung ist ein Bestandteil bei der Erstellung des Aktionsplans "Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg". Mit diesem Aktionsplan möchte Baden-Württemberg zu einem Vorreiter für Offenheit gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt werden. Da bisher in Baden-Württemberg noch keine verlässlichen Informationen zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen vorliegen, werden in der Onlinebefragung Daten zu Ihrer sexuellen Identität bzw. Ihrer Zugehörigkeit zu transsexuellen, transgender, intersexuellen oder queeren Menschen sowie zu Ihren

Erfahrungen in verschiedenen Lebens- und Handlungsbereichen erfasst. Aufgrund der Komplexität des Themas kann die Befragung nur einen Ausschnitt Ihrer Lebenssituation betrachten. Im Rahmen der Onlinebefragung übernimmt die FamilienForschung im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg die Auswertung der Daten und wird diese vertraulich behandeln. Sie sichert die Anonymität und den Schutz Ihrer Daten zu. Die Befragung findet vom 20. November 2013 bis zum 28. Februar 2014 statt. Der zeitliche Umfang der Befragung beträgt ungefähr 30 Minuten. Wir bedanken uns schon jetzt für Ihre Zeit und Ihre offenen und ehrlichen Antworten. Sollten Sie Fragen, Anregungen oder Kritik haben, wenden Sie sich gerne an uns. Ihr Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg.

<https://adobeformscentral.com/?f=L2sK7-l0EfQnhW8sIFuEsg#2>

Aktionsplan



Für Akzeptanz & gleiche Rechte

Baden-Württemberg

!

Machen Sie mit!

ONLINEBEFRAGUNG

zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren (LSBTIQ)
Menschen in Baden-Württemberg.

ZEITRAUM:

20.11.2013 bis 28.02.2014

www.Aktionsplan-Akzeptanz-und-gleiche-Rechte.de



FaFo
FamilienForschung
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

Die Onlinebefragung ist Bestandteil der Erstellung des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“.

Da bisher in Baden-Württemberg kaum verlässliche Informationen zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen vorliegen, werden in der Befragung Daten zu Ihrer sexuellen Identität bzw. zu Ihrer Zugehörigkeit zu TTIQ-Menschen sowie zu Ihren Erfahrungen in verschiedenen Lebens- und Handlungsbereichen erfragt.

Die FamilienForschung Baden-Württemberg übernimmt die Auswertung der Daten und sichert Ihnen Ihre Anonymität und den Schutz Ihrer Daten zu.

Der zeitliche Umfang beträgt ungefähr 30 Minuten. Wir freuen uns, wenn Sie an der Befragung teilnehmen und bedanken uns schon jetzt für Ihre Zeit und Ihre offenen und ehrlichen Antworten.

EINE BEFRAGUNG DES
Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie,
Frauen und Senioren Baden-Württemberg

IHRE ANSPRECHPARTNERIN
Sara Bode, FamilienForschung Baden-Württemberg
Tel.: 0711 / 641 - 2969
Mail: Sara.Bode@stala.bwl.de

WEITERE INFORMATIONEN UND DIE ONLINEBEFRAGUNG UNTER:
www.Aktionsplan-Akzeptanz-und-gleiche-Rechte.de

Mitgliederversammlung 2013

An der Mitgliederversammlung 2013 haben am 15.11.2013 mehr als 20 Mitglieder unseres Vereines teilgenommen. Der Landesvorstand wurde für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Das Protokoll wird demnächst veröffentlicht.

Historisch-politische Bildung in der Polizei



Aus der Geschichte des „Hotel Silber“ lernen - Historisch-politische Bildung in der Polizei Stuttgart (hdgbw) – Welchen Platz kann die geplante Einrichtung im „Hotel Silber“ in der Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg einnehmen?

Diese Fragen diskutierten ausgewiesene Experten am Mittwoch, 13. November 2013, im „Hotel Silber“ in der Dorotheenstraße 10 in Stuttgart. Aus der Geschichte des „Hotel Silber“ lassen sich grundlegende Fragen zur Funktion und zum Selbstverständnis der Polizei ableiten, die auch in der historisch-politischen Bildung der Beamtinnen und Beamten eine Rolle spielen. Immerhin diente das Gebäude in drei politischen Systemen als Polizeidienststelle. So dramatisch sich die Aufgaben der Polizei während dieser Zeit auch änderten: Sie war stets eine verlässliche Stütze der jeweils herrschenden Ordnung. Über den Stellenwert dieser spezifischen Geschichte in den Bildungsplänen der Polizei, über Konzepte und Erfahrungen auch aus anderen Bundesländern referierten und diskutierten Thomas Köhler (pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter des Geschichtsorts Villa ten Hompel in Münster) und Markus Schweikert (Referent für die Aus- und Fortbildung der Polizei im Innenministerium Baden-Württemberg).

Rückwirkende Gleichstellung im Besoldungs- und Versorgungsrecht - verabschiedet

Brigitte Lösch MdL: Landtag verabschiedet diskriminierungsfreies Dienstrecht: BeamtInnen in Lebenspartnerschaften rückwirkend gleichgestellt bis 2001

Am 6. November 2013 verabschiedete der Landtag das Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften. Dieses beinhaltet die Gleichstellung von verpartneten BeamtInnen rückwirkend ab dem 1. August 2001. Von diesem Datum an war es in Deutschland möglich eine eingetragene Partnerschaft einzugehen. „Bisher galt die gesetzliche Rückwirkung ab 2006, doch aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom Juni 2012 werden wir die Rückwirkung bis zum 1. August 2001 ausdehnen“, so Brigitte Lösch, MdL und

Sprecherin der Fraktion Grüne im Landtag für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Trans und Intersexuellen (LSBTIQ). Damit werden gleichgeschlechtlich verpartnete Paare auch in dienstrechtlichen Fragen vollständig den verheirateten Beamtinnen und Beamten gleichgestellt. Da sich das Bundesverfassungsgerichtsurteil aber nur auf den Familienzuschlag beziehe, gehe das Land sogar über das rechtlich geforderte hinaus. Die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts lasse sich 1:1 auf

alle Aspekte des öffentlichen Dienstrechtes, wie zum Beispiel Versorgung, Beihilfe und Trennungsgeld übertragen. „Es ist keine gestaltende Politik, wenn eine Regierung immer erst reagiert wenn das Bundesverfassungsgericht es vorgibt. Ich freue mich deshalb, dass wir mit diesem Gesetz vorausgehen und uns nicht wie die Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht treiben lassen“,

sagt Lösch. „In Baden-Württemberg sind wir nun endlich den Schritt hin zu einem zeitgemäßen und diskriminierungsfreien Dienstrecht gegangen. Das ist ein deutliches Signal für einen weiteren Abbau von bestehenden Diskriminierungen gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften“, so Lösch abschließend.

aktuell 11/13



Baden-Württemberg

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften ab 2001

Unscheinbares Gesetz sorgt rückwirkend für Gerechtigkeit

„Das Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“ wurde am 6. November 2013 im Landtag verabschiedet. Das unscheinbare Gesetz schließt eine Gerechtigkeitslücke: Damit werden die eingetragenen Lebenspartnerschaften rückwirkend zum 1.8.2001 auch beamtenrechtlich der Ehe gleichgestellt. Für die DGB-Gewerkschaften ist dies ein Erfolg. Schon lange hatten sie das Land zu echter Akzeptanz und rechtlicher Gleichstellung von Homosexuellen und Lebenspartnerschaften aufgefordert.

Ein Schritt zur Anerkennung der Vielfalt

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Gabriele Frenzer-Wolf begrüßte die Verabschiedung des Artikels 4 des besagten Gesetzes als ein Signal für Anerkennung von Vielfalt der Lebensformen. Gleichzeitig betonte sie: „Es handelt sich bei der rechtlichen Gleichstellung um kein Geschenk oder Zugeständnis, sondern um das gute Recht der Bürgerinnen und Bürger, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben“.

Umsetzung der Rechtsprechung überfällig

Für die DGB-Gewerkschaften ist die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften ohnehin längst überfällig gewesen. Schon 2008 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass eine Benachteiligung von Lebenspartnern gegenüber Ehegatten bei der Hinterbliebenenversorgung eine Diskriminierung darstellt. Damit würde gegen die europäische Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie verstößen. Diese Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie EU-RL 2000/78/EG ist seit 2003 anzuwenden und wurde am 4.8.2006 per Gesetz in Deutschland umgesetzt. Wichtigster Bestandteil ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Verstärkt wurde das Urteil des EuGH am 7.7.2009 durch das Bundesverfassungsgericht und das sich im Jahr 2010 darauf berufende Bundesverwaltungsgericht. Beamten und Beamten in eingetragenen Lebenspartnerschaften wurde das Recht auf Familienu-

schlag, Aufwandsentschädigungen und Auslandszuschläge zugesprochen.

Während andere Bundesländer die Rechtsprechung zeitnah im Besoldungs- und Versorgungsrecht umsetzen, zögerte hierzulande die damals schwarz-gelbe Landesregierung. Der DGB protestierte und forderte die Umsetzung der Rechtsprechung wiederholt und hartnäckig ein.

Widerstände bis zuletzt

Auch im Rahmen der ersten Lesung am 9.10.2013 zeigten sich noch Widerstände gegen die Gesetzesänderung zugunsten der Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften. Dies ist bemerkenswert, zumal mit dem Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften auch andere wichtige Gesetzesveränderungen vorgenommen werden, so bei der Dienstpostenbündelung, im Beihilfrecht, oder bei der Anerkennung von Zivildienstzeiten.

Die Opposition störte sich insbesondere daran, dass man beim Zeitpunkt der rückwirkenden Gleichstellung über die Mindestforderung des Gesetzes hinaus noch Angebote mache - zumal angesichts der Kosten, die die Gleichstellung nach sich zöge.

Wie viele Partnerschaften in Baden-Württemberg der Ehe wirklich gleichgestellt würden, zeigte Brigitte Lösch auf, die für die Fraktion GRÜNE sprach. Demnach sind in Baden-Württemberg bis Dezember 2012 insgesamt 4 671

Lebenspartnerschaften geschlossen worden. Im Oktober 2013 sind beim Landesamt für Besoldung und Versorgung 419 verpartnetzte Beamten und Beamte gemeldet. - Die einmaligen Kosten von 400 000 € für die zeitliche Ausweitung sind also mehr als überschaubar.

Diskriminierung im Beamtenrecht aufgehoben

Doch um Kosten geht es auch nicht, sondern darum, Diskriminierung in Baden-Württemberg zu beseitigen. Mit der vollen rechtlichen Anerkennung ist hierzu formal ein wichtiger Schritt erfolgt, auf den die DGB-Gewerkschaften schon lange gedrängt haben. Ein Erfolg, der sich lohnt!

Um von der Gleichstellungsregelung Gebrauch zu machen, genügt eine nachträgliche Beantragung der Leistung.



06. Dezember 2013

VelsPol - Stammtisch

Weihnachtsmarktbesuch

18.00 Uhr Rückseite Rathaus
Stand der AIDS-Hilfe Stuttgart

EGPA – Konferenz 2014

Hier ein kurzes Update zur Planung der EGPA-Konferenz 2014. Seit einigen Tagen ist der neue Internetauftritt www.egpa2014.com zur Konferenz online.

Derzeit führt der Vorstand Gespräche mit den Innenministerien von Berlin und Brandenburg sowie mit diversen Sponsoren. Die Anmeldephase zur Konferenz beginnt im Januar.

Mitglied werden

Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!



Mitgliedsantrag

- Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
 Fördermitgliedschaft

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Telefon ____ / ____

Jahresbeitrag _____ Euro

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Kreditinstitut: _____

Datum, Unterschrift: _____

ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

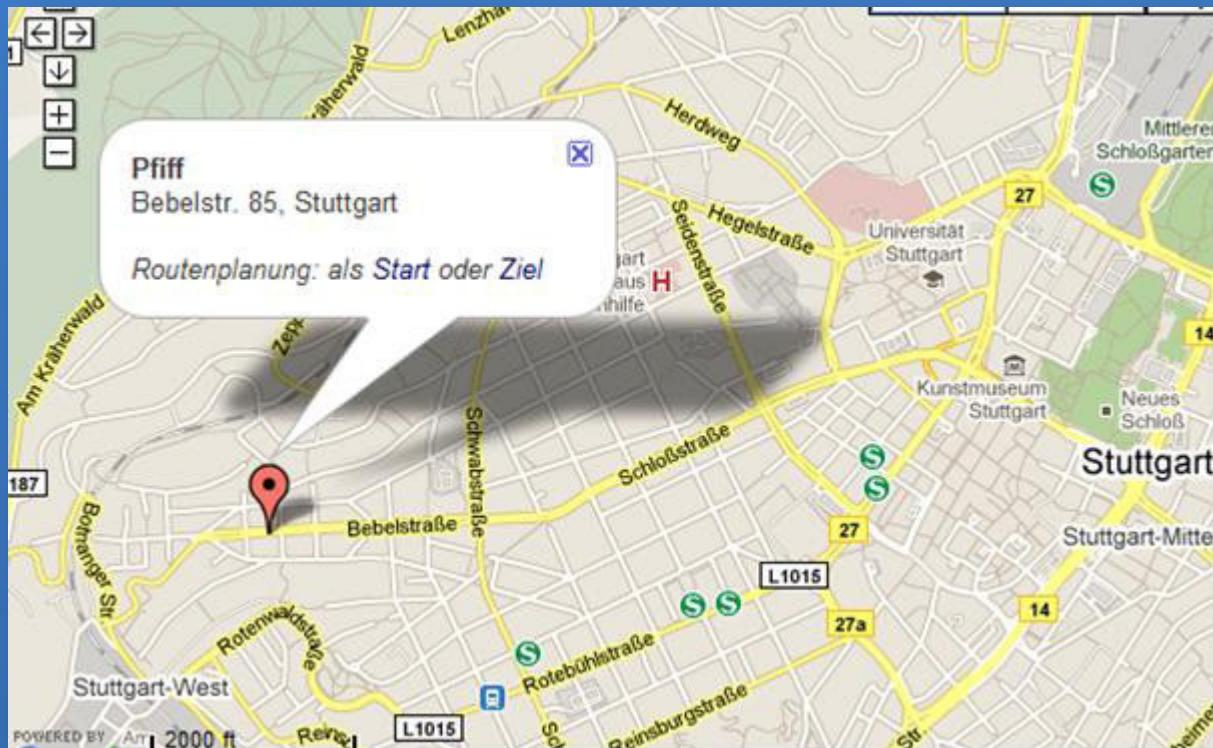
Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Stammtisch

Wir treffen uns regelmäßig im Restaurant `Pfiff` in Stuttgart, Bebelstraße 85.
<http://www.pfiff-stuttgart.de/>



Termine (geplant)

10.01.2014	07.02.2014	07.03.2014
04.04.2014	09.05.2014	06.06.2014
04.07.2014	01.08.2014	05.09.2014
10.10.2014	07.11.2014	05.12.2014

Redaktion	Thomas Ulmer, Karen Seiter, Tobias Lingner	
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	

VelsPol –BW e.V.
NEWSLETTER

DAS MITARBEITERNETZWERK FÜR LESBEN UND SCHWULE IN DER POLIZEI



Dezember 2013





Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde – der Vorstand wünscht Euch frohe und geruhsame Festtage sowie einen guten Rutsch ins Jahr 2014.

Für VelsPol-BW e.V. stehen im Jahr 2014 zwei große Ereignisse bevor. Im Juni treffen wir uns in Berlin zur EGPA-Konferenz und zum Jahresende feiern wir 20 Jahre VelsPol – Baden-Württemberg.

Zum Schluss möchten wir uns bei allen Unterstützerinnen und Unterstützer, bei den vielfältigen Veranstaltungen von VelsPol-BW e.V. im Jahr 2013 bedanken.

Im Namen des Vorstandes

Thomas Ulmer



Mit SEPA (Single Euro Payments Area, einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum) wird zukünftig der Euro-Zahlungsverkehr in Europa vereinheitlicht. Jeder Kontoinhaber, ob Privatperson, Unternehmen oder Verein, ist von der Umstellung auf SEPA betroffen. In der „Verordnung Nr. 260/2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro“(SEPA-Verordnung) ist der 1. Februar 2014 als verbindlicher Auslauftermin für die nationalen Zahlverfahren für Überweisungen und Lastschriften in den Euroländern festgelegt. Ab diesem Zeitpunkt werden die nationalen Überweisungs- und Lastschriftverfahren durch die SEPA-Zahlverfahren ersetzt.

Sehr geehrte Mitglieder,

wir nutzen mit Ihnen für den Einzug der Mitgliedsbeiträge das Lastschriftverfahren (Einzugsermächtigungsverfahren). Als Beitrag zur Schaffung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) stellen wir ab dem 1. Februar 2014 auf das europaweit einheitliche SEPA-Lastschriftverfahren um.

Die von Ihnen bereits erteilte Einzugsermächtigung wird dabei als SEPA-Lastschriftmandat weitergenutzt. Dieses Lastschriftmandat wird durch Ihre **Mandatsreferenz** (Nummer und Name) und unserer Gläubiger Identifikationsnummer **DE94ZZZ00001144429** gekennzeichnet, die von uns bei allen Lastschrifteinzügen angegeben wird.

Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von 15 Euro wird weiterhin von Ihrem Konto eingezogen. Die Abbuchung erfolgt jährlich im 2. Quartal.

Für Überweisungen an VelsPol-BW e.V. sind künftig folgende Daten zu verwenden:

IBAN: **DE57 6039 0000 0412 7720 00**

BIC: GENODES1BBV

Um unsere Daten auf dem aktuellen Stand zu halten, ist es notwendig, unter nachstehendem Link ist es möglich die Daten online zu aktualisieren.

<http://www.velspol-bw.de/44.html>

Homosexuelle Polizistinnen und Polizisten - Geht der Weg von der Diskriminierung zur Akzeptanz oder zur Integration?

Fazit

Anhand dieser Arbeit wurde durch die Autorin ein ausführlicher Überblick über die derzeitige Berufssituation für homosexuelle Polizeibeamte gegeben. Zusammenfassend muss hervorgehoben werden, dass sich die Situation innerhalb der letzten Jahre schon stark verbessert zu haben scheint, wahrscheinlich durch die allgemeinen Entwicklungen in der Gesellschaft und nicht zuletzt auch durch die Arbeit von Vereinen wie VelsPol.

Die Berufssituation ist nicht mehr vergleichbar mit der von vor über 20 Jahren, als Homosexualität strafrechtlich noch durch den § 175 StGB verfolgt wurde. Dennoch entspricht die tatsächliche Berufssituation nicht dem rechtlichen Soll-Zustand, denn es herrscht immer noch keine Atmosphäre vollkommener Integration und Akzeptanz der lesbischen und schwulen Polizeibeamten. Fortwährend gibt es Kollegen, die aus Furcht vor Diskriminierung ihre sexuelle Orientierung ihrem kompletten beruflichen Umfeld gegenüber verbergen - und das zum Teil mit gravierenden persönlichen Folgen für die geistige und körperliche Gesundheit. Das ist ein Zustand, der in der heutigen

Gesellschaft nicht mehr geduldet werden kann und den es zu beseitigen gilt. Die Verantwortung dafür liegt zu einem Großteil beim Dienstherrn, der gewisse Voraussetzungen schaffen muss, wie beispielsweise ein Arbeitsumfeld, das nicht von Wissens- und Informationsdefiziten über homosexuelle Lebensweisen und Diskriminierungsformen geprägt ist. Dafür bieten sich vor allem Aus- und Fortbildungsmaßnahmen an. Die Einführung eines Ansprechpartners für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ist ebenso förderlich, wobei sich hier wiederum die Frage stellt, wieso ein solcher beispielsweise in Köln mit der Begründung er sei nicht benötigt wieder abgeschafft wurde und wieso es einen solchen in anderen Behörden erst gar nicht gibt. So hat die Autorin im Rahmen der Vorbereitungen zu dieser Arbeit in Düsseldorf versucht Kontakt zu jemandem aufzunehmen, der speziell für homosexuelle Mitarbeiter eine Ansprechperson darstellt. Da es keinen so genannten Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen gab, wurden die Gleichstellungsbeauftragte und der Soziale Ansprechpartner kontaktiert, die beide dafür nicht zuständig waren und auch keinen Zuständigen benennen konnten. Folglich haben lesbische und schwule Polizeibeamte in Düsseldorf innerbehördlich keinen Ansprechpartner, der ihnen als Unterstützung beiseite steht. Solch einen Missstand darf es nicht geben, vor allem in Anbetracht dessen, dass zum Beispiel zwei der befragten Kollegen, die beide aus Angst vor Diskriminierung noch nicht geoutet sind, ihren Dienst in Düsseldorf versehen. Und die Behörde Düsseldorf ist hier sicherlich in NRW kein Einzelfall. Darüber hinaus müssen auch ein Umdenken und eine Verhaltensänderung bei einigen heterosexuellen

Kollegen stattfinden, denn ein Arbeitsumfeld, in dem immer mal wieder schwulen- und lesbeneindliche Sprüche genannt werden, schafft kein Outing-freundliches Klima. Vor allem von Mitarbeitern der Polizei, die in einem Beruf tätig sind, in dem man viel mit Vorurteilen und Minderheiten zu tun hat, in dem man immer wieder tolerant sein muss, kann erwartet werden, dass sie auch den eigenen Kollegen gegenüber die gleiche Toleranz entgegen bringen können wie den Bürgern. Dabei ist vor allem zu nennen, dass hier primär die Einstellung der männlichen Kollegen das Problem zu sein scheint, da sie Schwulen gegenüber kaum Offenheit entgegenbringen. Im Gegensatz dazu sind weibliche Mitarbeiter Schwulen und Lesben gegenüber aufgeschlossen. Hier scheint es also zum einen an den Polizistinnen gelegen zu sein Toleranz vorzuleben und an den männlichen Polizisten, dass diese an ihren Vorurteilen arbeiten. Aber auch die Betroffenen selber können etwas zur Verbesserung ihrer Situation beitragen. Zum einen können sie ihr Outing nach den von VelsPol vorgeschlagenen Grundsätzen durchführen, und zum anderen müssen sie generell präsenter sein. Die Vorurteile von Kollegen bestehen meist deswegen, weil sie keine Homosexuellen kennen, die diese widerlegen können. Würden beispielsweise mehr schwule Kollegen, die der gesteigerten Anforderung an die Männlichkeit gerecht werden, sich auch outen, so könnten Vorurteile innerhalb der Kollegenschaft korrigiert und abgebaut werden, wodurch gleichzeitig ein freundlicheres Klima gegenüber Homosexuellen geschaffen werden würde. Insgesamt sollte das Thema Homosexualität bei der Polizei nicht länger totgeschwiegen werden. Nachdem sich bis jetzt bereits mehrere Einzelpersonen der Thematik im Rahmen einer Seminar- oder Bachelorarbeit angenommen haben, ist es

nun an der Zeit, dass das Land NRW innerhalb der Polizei eine Studie durchführt, da ausschließlich das Land die organisatorischen Möglichkeiten besitzt, dieser einen repräsentativen Charakter zu verleihen. Nur so kann schlussendlich die derzeitige Situation für lesbische und schwule Polizeibeamte erfasst und ein möglicher Handlungsbedarf für eine völlige Gleichberechtigung und Akzeptanz ermittelt werden. Denn als Grundsatz muss abschließend festgehalten werden, dass die Homosexualität der Kollegen für den Einzelnen vielleicht interessant und von Bedeutung sein mag, dass sie jedoch keine Auswirkungen auf die gemeinsame Arbeit hat und demzufolge, im Vergleich zu vielen anderen wichtigen Charaktereigenschaften, bedeutungslos für das Erreichen gemeinsamer polizeilicher Ziele ist.

VelsPol hat Kollegin Isabell Schiller, Studentin an der FH für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (Polizeivollzugsdienst) bei der Erstellung ihrer Bachelorarbeit unterstützt. Mit ausdrücklicher Genehmigung des Dozenten und Isabell Schiller haben wir die Bachelorarbeit unter nachstehendem Link <http://www.velspol-bw.de/resources/Bachelorarbeit+Isabel+Schiller.pdf> veröffentlicht und das Fazit der Arbeit hier abgedruckt.

Stimmung gegen den Aktionsplan

Hier eine Stellungnahme des Sprechendenrates des Aktionsplanes.

Liebe Mitwirkende im Netzwerk,

in den vergangenen Tagen werden wir von vielen verschiedenen Seiten auf eine Onlinepetition aufmerksam gemacht, die sich gegen die Pläne der Landesregierung zur Verankerung der gesellschaftlichen Vielfalt in den neuen baden-württembergischen Bildungsplänen stellt:

„Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“
<https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>

Auch queer.de hat am 16.12. bereits über die Petition berichtet:
http://www.queer.de/detail.php?article_id=20651

Bei näherer Betrachtung wird sehr schnell klar, aus welcher Ecke die Initiator_innen sowie vor allem die fleißigen Kommentator_innen stammen. Diese sind in der **Liebenzeller-Gemeinde sowie in der Evangelischen Allianz Deutschland** zu finden. Vor allem letztere fallen schon seit Jahren immer wieder mit ausgrenzenden Positionen gegen Homosexualität („Sünde“) und alle anderen „abnormen“ Formen des heutigen gesellschaftlichen Zusammenlebens auf. So wird auch die im Sommer vom Rat der

Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) veröffentlichte Orientierungshilfe zum Thema „Familie“ aus diesen Kreisen aufs Schärfste kritisiert. Mengenmäßig sind diese Gruppen zwar überschaubar, sie verstehen es allerdings sich exzellent in Szene zu setzen und für ihre kruden Meinungen zu werben. Die aktuelle Petition ist ein gutes Beispiel dafür.

Der Vorsitzende der Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, intervenierte im Jahr 2006 aufs Schärfste als Bundeskanzlerin Merkel einmalig ein Grußwort zum CSD in Stuttgart beisteuerte. Nach seinem persönlichen (!) Intervieren bei Angela Merkel im Bundeskanzleramt äußerte diese sich nie wieder anlässlich eines CSDs, egal wo in Deutschland.

Dazu passt auch ein aktueller Artikel zur Petition des christlichen Nachrichtenportals idea.de, in welchem u.a. auf besagten Hartmut Steeb verwiesen wird:
<http://www.idea.de/detail/politik/detail/baden-wuerttemberg-bildungsplan-will-akzeptanz-sexueller-vielfalt-26651.html>

Dem Petitionsumfeld wird auch eine **Nähe zu möglichen Homo-Heilern**, wie beispielsweise Wüstenstrom aus Tamm bei Ludwigsburg, nachgesagt. Auch wenn das öffentlich natürlich sehr verklausuliert abgestritten wird.

Die nun in der aktuellen Petition verbalisierte Kritik und vor allem die unsäglichen Kommentare sind nicht neu. Im Gegenteil, sie sind altbekannt und bereits 1.000-fach vorgetragen. Die meisten der geäußerten „Argumente“ sind mit einfacher Gegenrede nicht zu entkräften, da sie schlicht jeder Grundlage entbehren. Die angeführten „Tatsachen“ sind schlichtweg Erfindungen, die benannten Befürchtungen daher ohne realen Anlass.

Ein fairer und sachlicher Dialog oder ein offener Gedankenaustausch ist auf einer solchen Basis schlicht nicht möglich.

Im Sprechendenrat haben wir die Petition sowie ein mögliches Vorgehen unsererseits intensiv diskutiert. **Gemeinsam sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir diesem Text keine Legitimation und keine Öffentlichkeit bieten wollen.** Daher haben wir uns gegen große öffentliche Maßnahmen ausgesprochen. Eine von mehreren Seiten ins Spiel gebrachte Gegen-Petition würde das Handeln der „Gegner“ aufwerten und ist auch nicht nötig – die Landesregierung hat sich ja bereits für einen landesweiten Aktionsplan sowie eine Verankerung der Vielfalt im Bildungsplan ausgesprochen (wenn auch noch nicht ganz in der Form, die wir uns letztendlich wünschen).

Im Anhang findet ihr eine **kurze, pauschale Stellungnahme**, in welcher wir die Petition als Beleg dafür sehen, wie wichtig der Aktionsplan insgesamt und insbesondere die explizite Verankerung des Themas „LSBTTIQ“ in den baden-württembergischen Bildungsplänen ist.

Die Stellungnahme haben wir bereits auf der **Website des Netzwerks** veröffentlicht:
<http://www.netzwerk-lsbttiq.net/index.php/aktuelles/94-bildungspetition>

Der Text ging außerdem an das Sozialministerium als unsere Kontaktadresse in der Landesregierung sowie zur Information an die mit der Evaluierung des Aktionsplans beauftragte Familienforschung.

Weitere Maßnahmen sind von unserer Seite aktuell nicht geplant.

Wir hoffen, dass euch die allgemeine, bewusst unemotionale Stellungnahme eine mögliche Antwort auf Anfragen aus der Community oder von Seiten Dritter bietet.

Sprechendenrat des Netzwerks

LSBTTIQ Baden-Württemberg
 Monika Barz, Mathias Falk, Isabelle Hlawatsch, Ines Ims, Angela Jäger, Christoph Michl, Annika Spahn
 Web: www.netzwerk-lsbttiq.net
 Kontakt: sprechendenrat@netzwerk-lsbttiq.net

Aktionsplan



Für Akzeptanz & gleiche Rechte
Baden-Württemberg

!

Machen Sie mit!

ONLINEBEFRAGUNG

zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren (LSBTTIQ) Menschen in Baden-Württemberg.

ZEITRAUM:
20.11.2013 bis 28.02.2014

www.Aktionsplan-Akzeptanz-und-gleiche-Rechte.de





FaFo
FamilienForschung
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

Stellungnahme des Netzwerks LSBTTIQ Baden-Württemberg zur Petition „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“

Stuttgart, 17. Dezember 2013: Aktuell werden über die Internetplattform „openPetition“ Unterstützerinnen und Unterstützer für eine Petition gegen die Verankerung der gesellschaftlichen Vielfalt in den neuen baden-württembergischen Bildungsplänen gesammelt. Vor allem die Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler gegenüber Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität sowie der damit verbundenen Lebensrealitäten stehen dabei in der Kritik.

Hierzu erklärt das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg:

1. Die Petition und vor allem die diesbezüglichen Kommentare machen sichtbar, in welchem Ausmaß homo- und transphobe Vorstellungen und Ängste vor LSBTTIQ-Lebensweisen noch immer in Teilen der Bevölkerung verbreitet sind.
2. Die Petition zeigt eindrücklich die Dringlichkeit des von der baden-württembergischen grün-roten Landesregierung im Koalitionsvertrag verankerten Aktionsplans „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“. Dieser wird aktuell erarbeitet und voraussichtlich im Herbst 2014 dem Kabinett vorgelegt.
3. Die Petition lässt erahnen, welche zentrale Bedeutung einer fundierten und frühen Sensibilisierung für die Vielfalt unserer Gesellschaft gerade in der schulischen Bildung zukommt. Deutlich wird auch, wie wichtig der Schutz der

Menschenrechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Jugendlichen ist.

Über das Netzwerk:

Das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg ist ein überparteilicher und weltanschaulich nicht gebundener Zusammenschluss von lesbisch-schwul-bisexuell-transsexuell-transgender-intersexuell und queeren (LSBTTIQ) Gruppen,

Vereinen und Initiativen. Das Netzwerk zeigt damit bereits die Vielfalt und die Vielgestaltigkeit von Geschlecht und sexueller Orientierungen. Ziel des Landesnetzwerks ist es, die Zusammenarbeit der verschiedenen LSBTTIQ-Mitgliedsgruppen auf Landesebene zu fördern und den Erfahrungsaustausch zu intensivieren, zu zentralen Themen gemeinsame Positionen zu erarbeiten und gegenüber landespolitischen Entscheidungstragenden zu vertreten.

Insgesamt 13 Vertreterinnen und Vertreter aus dem Netzwerk wurden von der grün-roten Landesregierung in den begleitenden Gleichstellungsbeirat zum Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ berufen.

LSBTTIQ: Die Abkürzung steht für die einzelnen Richtungen in der vielfältigen Regenbogen-Gemeinschaft – lesbisch (L), schwul (S), bisexual (B), transgender (T), transsexuell (T), intersexuell (I), queer (Q).





Stammtisch

Wir treffen uns regelmäßig im Restaurant `Pfiff` in Stuttgart, Bebelstraße 85.
<http://www.pfiff-stuttgart.de/>



Termine

10.01.2014	07.02.2014	07.03.2014
04.04.2014	09.05.2014	06.06.2014
04.07.2014	01.08.2014	05.09.2014
10.10.2014	07.11.2014	05.12.2014

Redaktion	Thomas Ulmer, Karen Seiter, Tobias Lingner	
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	